Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

26. September 1977
Jg. 5 Nr. 39

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Einmischung der Sozialimperialisten auf Zypern zurückgewiesen

Im Ringen der beiden Supermächte um die Beherrschung des östlichen Mittelmeeres haben die Sozialimperialisten eine Internationale Konferenz über die Zypernfrage vorgeschlagen. Sie wollen sich als „Friedensmacht" im Gespräch halten, Einmischungs- und Interventionsrechte sichern und die Vorherrschaft der USA und der britischen Imperialisten auf der Insel brechen, die dort strategisch wichtige Stützpunkte unterhalten. Konkret geht es ihnen um Rechte für ihre Kriegsflotte in diesem Gebiet. Die Vorschläge der Sowjetunion stoßen auf Ablehnung. Der Vertreter der türkischen Volksgruppe, Denktasch, hat erklärt, „daß, wenn Gespräche zwischen den beiden Volksgruppen gemeint sind", eine Konferenz „angemessen wäre, wenn es sich um eine Internationale Konferenz handelt, wie sie die Sowjets wünschen, sind wir kategorisch dagegen, denn sie bedeutet, die Zypernfrage aus unserer Einflußsphäre zu ziehen."

US-Hafenarbeiter im Kampf gegen Lohnsenkung und Entlassung

Zum ersten Mal seit 1971/72 bereiten sich die amerikanischen Hafenarbeiter auf einen nationalen Streik vor, der den US-Imperialisten den Warenumschlag an der gesamten Atlantikküste lahmlegen würde. Ende September läuft der gültige Tarifvertrag aus und alle Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den Schiffseignern sind bisher gescheitert. Die Kapitalisten haben mit der Umstellung auf Container den Lohn gedrückt und die Arbeitshetze gesteigert. Von 12000 registrierten Hafenarbeitern in New York finden im Schnitt nur 7500 Arbeit. In den anderen Häfen droht 15000 bis 20000 Arbeitern Arbeitslosigkeit. Um den Lohn zu drücken, haben die Kapitalisten eigens einen zunehmenden Teil des Umschlags außerhalb des Hafens verlegt. So wird der Tarifvertrag umgangen, und die Kapitalisten nutzen den Druck der industriellen Reservearmee, um für sie billigere Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Gewerkschaft fordert 2 Dollar Lohnerhöhung und einen einheitlichen garantierten Mindestlohn für alle Hafenarbeiter.

Delegation des Pan Africanist Congress von Azania (Südafrika) in der BRD

Vergeblich hatten die Behörden des BRD-Imperialismus versucht, die Rundreise einer Delegation des Pan Africanist Congress (PAC) von Azania in der BRD zu verhindern. Eine Woche lang wurde der Leiter der Delegation, Genosse Edwin Makoti, Mitglied des Zentralkomitees des PAC, in London festgehalten, bis ihm das Visum zur Einreise in die BRD erteilt werden mußte. In einer Erklärung gegenüber den BRD-Behörden stellte der Genosse fest: „(. . .) Obwohl die BRD wie die Regierungen anderer imperialistischer Staaten die Erklärung von Lagos unterschrieb, derzufolge positive Aktionen zur weiteren Isolierung der Regierung des rassistischen Südafrika vorgeschrieben werden, versucht die Regierung der BRD mich davon abzuhalten, über die Lage in meinem Land aufzuklären. Das hat seine Ursache in den bestehenden engen Beziehungen zwischen der Regierung der BRD und des rassistischen Südafrika."

BRD an zweiter Stelle unter den Weltbankwürgern

Zusammen mit dem Weltwährungsfonds hält die Weltbank diese Woche ihre Jahresversammlung ab. Mc Namara, früherer US-Kriegsminister, hat seinen Jahresbericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die Weltbank mehr Kredite denn je vergeben hat. Sie finanzieren den Einkauf für Projekte im Straßenbau, Stromversorgung, Landwirtschaft usw. in Entwicklungsländern. Die Materialien für die Projekte werden nicht in den jeweiligen Ländern gekauft, sondern von den imperialistischen Monopolen geliefert. Ihnen öffnen die Kredite neue Märkte zur Versilberung ihres Absatzes und sichern ihr Monopol. Die USA-Monopole konnten bisher 27 Prozent des Weltbankgeschäfts an sich bringen, die BRD-Monopole 14 Prozent, die japanischen 13 Prozent, Großbritannien 11 Prozent. Die Entwicklungsländer zahlen dafür doppelt. Sie müssen die Kredite zurückzahlen, zuzüglich der Zinsen von rund 8,5%. Diesen Zins streichen die Geldgeber der Weltbank ein. Auch hier stehen die westdeutschen Imperialisten an zweiter Stelle mit einem Anteil von fast einem Viertel.

Unter US- und NATO-Schirmherrschaft Aggression gegen Libanon

Die Palästinenser und arabischen Völker im Kampf für ihre nationalen und staatlichen Rechte gegen die Aggression des israelischen Siedlerregimes

„Angeblich israelische Einheiten in Südlibanon eingedrungen – Palästinenser schicken neue Truppen in das Grenzgebiet", in dieser Richtung berichtete die Bourgeoispresse zunächst über den Einmarsch des israelischen Zionistenregimes, um dann schrittweise zuzugeben, was sich nicht länger verheimlichen ließ: Israel würde mit Waffen die Phalangisten im Kampf gegen die Palästinenser unterstützen, und schließlich, daß die Israelis mit Truppen und motorisierten Verbänden ihre Stellung im Südlibanon ausbauen.

Das ZDF berichtet: „Was sich derzeit im Südlibanon abspielt, ist ein bewaffneter Nahost-Konflikt im Kleinen, der sich jederzeit zum nächsten großen Krieg zwischen Arabern und Israelis ausweiten kann. Im Südlibanon wird sich dabei zeigen, ob Amerika wenigstens einen kleinen Nahost-Frieden erzwingen kann, oder ob die Amerikaner inzwischen da auch machtlos sind. Das sind bewaffnete Christen im Südlibanon im Kampf mit Palästinensern. Seit etwa einem Jahr werden hier nur etwa 1400 Christen, ehemalige libanesische Soldaten und Milizen, von den Israelis eingekleidet und mit Waffen versorgt. Gegen diese Christen kämpfen 5000 palästinensische Guerillas. Für diese Christen hat Israel an 4 Stellen seine Grenzen gegen den Libanon geöffnet . . . Aber allein ohne Israelis wären die Christen zu schwach, um sich gegen die Palästinenser zu behaupten, oder um sie gar zu vertreiben. Bis vor zwei Tagen unterstützte nur israelische Artillerie über die Grenze hinweg die Christen . . . Jetzt operiert auch die israelische Armee. Das hat sie auch früher schon von Zeit zu Zeit getan, um die Palästinenser in Schach zu halten. Neu und gefährlich ist jetzt nur: wenige Kilometer nördlich der Palästinenser steht Gewehr bei Fuß die syrische Friedensarmee, die den Libanon und die Palästinenser schützen soll. Die Israelis könnten diese Guerillas innerhalb kürzester Zeit vernichten. Schauen die Syrer dabei zu? Allen Beteiligten einen Zwangsfrieden auferlegen, das könnte nur Amerika. Nicht zu vergessen, Verbündeter der Guerillas ist die Sowjetunion."

Das ist in Kürze die Argumentation der Imperialisten, ihre Vorstellung der Lage. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Christen und Palästinensern gäbe es im Südlibanon. Überlegenheit der Palästinenser, deswegen sei die Unterstützung durch Israel notwendig. Verschärfung der Konfrontation. Israel nicht zu halten, auch durch die Amerikaner nicht. Präsident Carter gab sich ungehalten über die Politik der Israelis, aber die sind ebenso und ließen sich nicht dreinreden. Militärisch wären sie natürlich jederzeit fähig, die Truppen der Palästinenser zu erschlagen. Daß sie es nicht tun, liegt wohl daran, daß das nicht ihr Ziel sein kann, soll man den Imperialisten glauben. Wenn überhaupt Frieden möglich sei zwischen den ständigen Streitereien der Palästinenser und den Israelis, dann nur durch die Amerikaner, aber, da es durch gutes Zureden und politische Einflußnahme auf Israel nicht ginge, sei offensichtlich nur durch größere Intervention ein Zwangsfrieden zu sichern. Aber wer will das schon, denn es würde bewaffnete Auseinandersetzung mit der Sowjetunion bedeuten.

Das Spiel zwischen den US-Imperialisten und ihrem israelischen Kettenhund ist abgrundtief abgekartet und durchsichtig.

Bereits Anfang des Jahres hat Carter verkündet, daß 1977 das Jahr der Entscheidung der Nahost-Frage sei. Zur Bekräftigung hat er einen „Friedensplan" in die Welt setzen lassen und dann wieder – wie es sich gehört – dementiert. Der Plan der US-Imperialisten ist alles andere als Frieden im Nahen Osten, den es nicht geben kann, solange der zionistische Siedlerstaat besteht. Der Plan besteht darin, den jetzigen Zustand aufrechtzuerhalten und damit die Möglichkeit zur ständigen Einmischung im Nahen Osten. Die Palästinenser sollen in Westjordanien ein Reservat bekommen unter Kontrolle von Israel und UN-Truppen. Einen ähnlichen „Friedensplan" haben die Sozialimperialisten, der ebenfalls darauf hinausläuft, die Kontrolle für die Sozialimperialisten im Nahen Osten zu sichern. Bildung eines Teilstaates, Garantie für den Staat Israel und das ganze unter internationaler Kontrolle der Friedenslösung durch die Supermächte.

Da dieser Plan der imperialistischen Einmischung und Expansion nur gegen den Kampf des palästinensischen Volkes und gegen die arabischen Staaten durchgesetzt werden kann, zielt die Politik der Supermächte auf Unterdrückung und Zerschlagung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes. Keine Rede also von einem außer Rand und Band geratenen Israel unter Begin, das die US-Imperialisten nicht mehr in der Lage seien zu zügeln. Die Politik des zionistischen Siedlerstaates befindet sich in völliger Übereinstimmung mit den Plänen des US-Imperialismus und jenem Ansinnen, das der zionistische Siedlerstaat nicht halten.

Allerlei Manöver unternehmen die US-Imperialisten und die Zionisten, um das zu vertuschen. Dajan hat eine Reise über Europa nach den USA unternommen und dort Gespräche mit den US-Imperialisten geführt. Nachdem kurz zuvor noch die US-Imperialisten die offen erklärte expansionisti-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Kapitalistenklasse verlangt weitere Lohnraubabschlüsse und läßt ihre Wirtschaftsinstitute Abschlüsse unter 3,5% propagieren. So könne die „Wirtschaft gesunden", sagen sie. Die Sozialdemokraten greifen diese Lügen gleich auf, entwickeln sie weiter und reden von Milliarden Krediten und Subventionen für die Kapitalisten durch Besteuerung der Löhne. Das „kurbelt die Wirtschaft an", ist ihre Behauptung. Die Tatsachen sind: Profite in schwindelnden Höhen, Verschärfung der Ausbeutung, immer weniger Arbeiter durch Rationalisierungsinvestitionen, Rekordzahlen von Pleiten, Konkursen und betrügerischen Bankrotten, Stagnation und Fesselung der Produktivkräfte. Diese Tatsachen können die Kapitalisten und ihr Staat nicht unterdrücken. Jedes Zugeständnis an die Kapitalistenklasse ist Vergrößerung des Elends für die Arbeiterklasse. Ausreichender Tariflohn auf den Normalarbeitstag! Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! 1500 DM Steuerfreibetrag!

Die „flexible Lohnpolitik" des Siemens-Konzerns

„Erfolgsbeteiligung": Dividendenpunkte mal persönlicher Grundbetrag mal Dienstalterspunkte / Forderung nach 60 Pfennig mehr sofort auf zwei Betriebsversammlungen erhoben

Die Metallarbeiter kämpfen um mehr Lohn. Das verdient die Unterstützung von allen Arbeitern und den Volksmassen. Viele Initiativen von revolutionären Arbeitern arbeiten gegenwärtig daran, die Einheit der Belegschaften für betriebliche Lohnerhöhungen in Höhe von 60 Pfennig pro Stunde bzw. 100 DM monatlich herzustellen.

Die Kapitalisten bekämpfen die Initiativen für mehr Lohn. Mit Hilfe der Sozialdemokratie wollen sie diese Initiativen spalten und zersetzen. Die sozialdemokratischen Funktionäre in den Betrieben unternehmen deshalb allerlei Manöver, um „Alternativlösungen" zu einer sofortigen Lohnerhöhung durchzusetzen. Bei der Firma DIAG-Fritz Werner preist der Betriebsrat seine Vereinbarung mit der Geschäftsleitung an, wonach in diesem Jahr über das Weihnachtsgeld in Höhe von 90% des Lohnes eine einmalige Zulage von 120 DM gezahlt werden soll. Bei der Firma Berthold, wo der Vertrauensleutekörper zum Tarifkampf die Forderung nach 210 DM aufgestellt hat, versuchen die Sozialdemokraten, den Kampf um sofortige Lohnerhöhung dadurch aufzuhalten, daß sie ein Weihnachtsgeld von 500 DM fordern.

Für die Entwicklung des Kampfes um mehr Lohn sind die großen Belegschaften wichtig. Der Siemens-Konzern ist einer der größten Ankäufer von Arbeitskraft. Allein in Westberlin werden von den Siemens-Kapitalisten über 20000 Menschen ausgebeutet. Die Konzernleitung weiß deshalb um die Notwendigkeit, eine Initiative für sofortige Lohnerhöhung in ihrem Konzern zu zerschlagen.

Beispiel Siemens-Hausgerätewerk Westberlin: Dort arbeiten 1777 Arbeiter und 450 Angestellte. Die Masse der Beschäftigten an den Bändern verdient 8,93 DM/Stunde (Lohngruppe 3), die 391 Arbeiterinnen, die größtenteils in Lohngruppe 2 eingestuft sind, sogar noch weniger: 8,50 DM/Stunde. An dem normalen Endmontageband arbeiten etwa 30 Bandarbeiter. Acht Arbeiter, entweder mit höherer Qualifikation (Reparaturschlosser) oder aber Antreiber, verdienen mehr. Zwischen 10,15 DM und 14 DM (Bandführer). Dazwischen liegen noch etwa sechs im Prüffeld Beschäftigte mit 9,50 DM. Einerseits ist es also so, daß jeder etwas anderes verdient, andererseits kann man eine Hauptspaltungslinie feststellen, nämlich zwischen Bandarbeitern und den bis zu 4 DM besser bezahlten Antreibern.

Es gibt in den letzten Wochen die Erscheinung, daß die Siemens-Kapitalisten versuchen, einigen Bandführern und ersten Springern Aufstiegsmöglichkeiten zu versprechen. Schon im Frühjahr haben sie den Bandführern die Erhöhung ihrer Lohngruppe 7 auf Lohngruppe 8 zugesagt, und jetzt machen sie weitere Versprechungen, um eine willfährige Schicht herauszubilden, die sich dann als Spaltpilz gegen die Bewegung für mehr Lohn einsetzen läßt.

Parallel dazu versucht die Geschäftsleitung, den Belegschaften einzureden, daß es den Arbeitern nur gut gehen kann, wenn es auch den Kapitalisten gut geht. So versucht die Geschäftsleitung, ihre sogenannte „Erfolgsbeteiligung" anzupreisen. Die Sozialdemokratie unterstützt das. Die Siemens-Kapitalisten schreiben über ihre „Erfolgsbeteiligungen" in den „Siemens-Mitteilungen": „Die Erfolgsbeteiligung richtet sich nach der Dividende, der Lohn- bzw. Gehaltsgruppe unter Berücksichtigung der persönlichen Leistung und der Dauer der Firmenzugehörigkeit. Sie errechnet sich nach der Formel: Dividendenpunkte mal persönlicher Grundbetrag mal Dienstalterspunkte." Der interessante Faktor in dieser Rechnung ist der persönliche Grundbetrag. Über ihn schreiben die Siemens-Kapitalisten: „Der persönliche Grundbetrag ist von einem neuen Normalgrundbetrag und dem Überverdienst abhängig. Für die Normalgrundbeträge gibt es 14 Stufen, die sich nach den Lohn- bzw. Gehaltsgruppen richten." Das Siemens-Hausgerätewerk soll leitungsmäßig in Zu-

Fortsetzung auf Seite 2

Manöverwelle: Finanzkapital verlangt volle Einsatzbereitschaft

Der Kampf um Europa wird geprobt / Leber: „Durchhalten, Männer, bei uns siegen die Verteidiger immer" / Zunehmende Widersprüche in der Armee und Kämpfe gegen die Unterdrückung durch die Armee

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat über ihr Sprachrohr, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", im Juni eine Debatte über die Militärstrategie ihrer imperialistischen Armee eingeleitet. Adelbert Weinstein hat aufgerufen, von der Vorneverteidigung zur Vorwärtsverteidigung überzugehen. Die Militärs sollten planen, „die Tiefe, die die Beweglichkeit des modernen Krieges verlangt, ‚vorwärts' zu suchen". Besetzung der DDR, der Tschechoslowakei zum Zwecke der „Abschreckung"! Und weil Panzerabwehrhubschrauber mehrere hundert Kilometer Raum brauchen, sollte die Verteidigung noch weiter ostwärts beginnen. Dies ist keine Erfindung von Weinstein. Er hat es nachgelesen bei Hitler: „Wenn ein Volk in der Größe seines Grund und Bodens seine Ernährung an sich gesichert hat, so ist es dennoch notwendig, auch noch die Sicherstellung des vorhandenen Bodens selbst zu bedenken. Sie liegt in der allgemeinen machtpolitischen Stärke des Staates, die wieder nicht wenig durch militär-geographische Gesichtspunkte bestimmt wird." (Mein Kampf, Seite 728)

Der Aufruf Weinsteins ist bei den Militärs auf offene Ohren gestoßen. „Nur die geistige Auseinandersetzung mit der gültigen militärstrategischen Konzeption vermag zu beweisen, ob sie noch den politischen, militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Gegebenheiten entspricht", schreiben sie in ihrer Zeitschrift „Europäische Wehrkunde", und sie schreiten zur Tat. Bundeswehr-Generalinspekteur Rüdiger von Reichelt eröffnete das Manöver „Standhafte Chatten" im Raum Nordhessen/Südniedersachsen mit den Worten: „Die Bundeswehr hält in der gegenwärtigen Situation in Europa große Manöver für unverzichtbar." Und Kriegsminister Leber empfahl sich den Finanzbourgeois, die ihn aushalten, mit den markigen Worten:

„Wir sind stark genug, um keinen Gegner fürchten zu müssen." Um den Beweis dafür anzutreten, wurden im Manöver „Standhafte Chatten" 38000 Bundeswehrsoldaten und 3500 Soldaten der amerikanischen Besatzertruppe aufgeboten. Mit 9000 Rad- und 3200 Kettenfahrzeugen, darunter 1800 Kampfpanzer, übten die Militärs an der Staatsgrenze zur DDR das „Führen von Großverbänden und das Zusammenwirken der verbundenen Waffen in schnell sich ändernden Lagen". Fast zur gleichen Zeit mußten 25000 Soldaten der westdeutschen Armee und der belgischen und amerikanischen Besatzertruppen im südlichen Niedersachsen beim Manöver „Blue Fox" den Vormarsch gen Osten aus der Tiefe der BRD üben. Mit 2000 Rad- und 6000 Kettenfahrzeugen „warfen sie sich dem vermeintlichen Feind, der aus dem Osten kommt, entgegen" (Northeimer Neueste Nachrichten). Horst Hildebrandt, Generalinspekteur des Heeres, erstattet Rapport vor den Finanzbourgeois: „Auch dieses Manöver hat gezeigt, daß es unser Ziel ist, die Bundesrepublik soweit wie möglich vorn zu verteidigen. Das ist unsere eindeutige Verteidigungskonzeption. Also genießen auch die Gebiete östlich von Weser und Fulda den vollen Schutz der NATO." Aber in diesem Manöver ging es nicht nur darum, den Kapitalisten ihre Stätten der Ausbeutung östlich der Weser zu verteidigen. Es ging darum, in „kühnen Stößen" schnell Raum zu gewinnen. „Innerhalb weniger Tage trieben die Panzerbrigaden aus Belgien, der Bundesrepublik und den USA ihren Manövergegner über die Leine und die Weser hinweg..." Unterstützt wurden die Panzerverbände von 60 belgischen Hubschraubern und 15 Transporthubschraubern, die Luftlandetruppen in feindliches Gebiet brachten, um die feindlichen Truppen zu binden, damit der Panzervormarsch ungehindert vonstatten gehen konnte. Rascher Raumgewinn bei Uberwindung großer Flüsse war das Manöverziel. Ersetzt man die Leine und Weser durch den Elbe-Seiten-Kanal und die Elbe, dann wird deutlich, was geübt wurde: das schnelle Erreichen des Brückenkopfes Westberlin im Rahmen der Vorwärtsverteidigung.

Der Hannoversch-Mündener Divisionskommandeur faßt das Ergebnis des Manövers zusammen: „Die Pioniere sind in Ordnung. Unsere Pioniere können stolz auf ihre Leistungen sein." Es soll der Eindruck erweckt werden, daß sich über 60000 Soldaten mit einheitlichem Willen für ein einheitliches Ziel in Bewegung gesetzt hätten. Das Ergebnis für die Soldaten aber ist ein anderes. Der Hannoversch-Mündener Divisionskommandeur stellt es als ein schönes Abenteuer hin, daß es oft kaum Schlaf gab und die Verpflegung oft erst nach zwölf Stunden Einsatz kam. Allein diese Schinderei hat zwei Menschen während des Manövers „Standhafte Chatten" in den Tod getrieben.

Ein Soldat berichtet: „Während der Häuserkampfausbildung sollte in Hammelburg eine Stacheldrahtsperre gestürmt werden. Einem Soldaten, der Schlamm an den Stiefeln hatte, wurde befohlen, über eine auf der Drahtsperre liegende Leiter zu laufen. Er rutschte aus, fiel in den Stacheldraht und zog sich schwere Hautverletzungen zu."

Die Soldaten sind gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung und bekämpfen den Drill. Als eine belgische Militärkolonne in Echte am Propagandazug des Soldaten- und Reservistenkomitees Südniedersachsen vorbeifuhr, erhoben die Soldaten die Faust zum Gruß. An die Bewohner des Dorfes wurden zehn Kommunistische Volkszeitungen verkauft, und Jugendliche des Dorfes haben das SRK eingeladen, ins Jugendheim zu kommen, um weiter über die Ziele des Soldaten- und Reservistenkomitees und den Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu diskutieren.

Ein Bauer aus Bishausen berichtete, daß die Armee keinerlei Rücksicht nähme und Äcker, Feldzäune und Drainagesysteme z.T. bewußt zerstört würden. Die Militaristen protzen jetzt mit großzügiger und unbürokratischer Entschädigung. 2,5 Mio. DM sind im Etat des Manövers „Standhafte Chatten" für Manöverschäden eingeplant. Aber auch mit der „Entschädigung" haben die Bauern ihre Erfahrung. Die Entschädigungen begleichen keineswegs den entstandenen Schaden, und darüberhinaus nutzen sie den Bauern gar nichts, weil sie durch die Zerstörungen in Zeitverzug geraten mit der Bestellung ihrer Äcker. Das bringt die Bauern, die sich sowieso nur durch zwölf- bis sechzehn stündige Schinderei über Wasser halten können, an den Rand des Ruins. „Unser Krieg ist das nicht, er nutzt doch höchstens den Reichen, die sowieso die Existenz der kleinen Bauern zerstören wollen", sagte ein Bauer.

Die Absichten und Ziele, die mit diesen Manövern verfolgt werden, zeigen, daß rasche Fortschritte gemacht werden müssen im weiteren Aufbau von Soldaten- und Reservistenkomitees und in der Vorbereitung der proletarischen Revolution. – (Bezirksverband Südniedersachsen)

Wettlauf um die notwendigsten Lebensmittel

Die Bourgeoisie hat eine Erfindung gemacht: den „Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt". Diese erdachte Arbeiterfamilie hat nach der Statistik monatlich 2084,03 DM netto zum Leben. Dabei werden allein für Nahrung 583,13 DM ausgegeben. Für Miete wird 306,88 DM veranschlagt.

Wie sieht es nun wirklich aus bei einem Arbeiter, Maurergeselle, zwei Kinder? Er hat bei einem Achtstundentag 1280 DM netto. Davon gehen 330 DM für Miete ab. Die Miete wurde in diesem Jahr um 17 DM erhöht. Zum 1. Januar 1978 steht eine Mieterhöhung von 6 bis 10% an. 50 DM gehen für Strom, 80 DM für Heizung drauf. Es bleiben 820 DM für alle anderen Ausgaben. Von den notwendigen Ausgaben, die der bürgerliche Staat seinem „Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt" machen läßt, muß der Arbeiter die Ausgaben für Kleidung und übrige Haushaltsgegenstände, Auto, Körperpflege, Gesundheit und Bildung fast ganz streichen. Dann kommt er auf seinen Nettolohn. „Wann habe ich mir die letzte Hose gekauft? Das war 1973." „Bei Preissteigerungen beim billigsten Aldi-Kaffee von 7,48 DM auf 9,98 DM, bei Brot von 3,20 DM auf 3,65 DM heißt das für uns: nur noch sonntags Fleisch auf den Tisch. In der Woche gibt es Puffer und Bratkartoffeln. Wenn ich die geplante Mieterhöhung noch einrechne, heißt das bald nur noch Marmelade aufs Brot. Die Wurst wird ganz gestrichen. Ich bin jetzt praktisch gezwungen, 90 Stunden in der Woche mit Anfahrt- und Abfahrtszeit zu arbeiten, um überhaupt über die Runden zu kommen". Daß dann noch der bürgerliche Staat das meiste von den Überstunden wieder auffrißt, ist dem Arbeiter klar. Daß er außerdem mehr essen muß, um überhaupt die Arbeit zu schaffen, seine Arbeitskraft früher verschleißt, spürt er tagtäglich. Um 21 Uhr geht er normalerweise ins Bett.

Die Sozialdemokratie behauptet, daß sich die Arbeiterklasse nur am Beginn des Kapitalismus in einer elenden Lage befunden hätte. Heute ist es der Bourgeoisie gelungen mit Hilfe der Sozialdemokraten, große Teile der Arbeiterklasse an den Rand des Existenzminimums zu bringen. Erhebliche Teile können ihre Familie kaum noch mit ddem Lohn ernähren. Die nötigen Lebensmittel zu verschaffen wird zu einem Wettlauf.

Die Frau eines AEG-Arbeiters berichtet dazu: Sie studiert zweimal die Woche die Angebote in der Tageszeitung. Eins nach dem anderen wird nach der Arbeit abgefahren. Mindestens ein Nachmittag in der Woche geht für das Abfahren der Angebote hin. Wenn der Mann von der Arbeit kommt, ist die Frau schon fertig, dann rein ins Auto und los. Eingekauft wird bei „real" und „Famila". Sonderangebote: Plockwurst für 7 DM, neulich gab es einen halben Zentner Kartoffeln für 8 DM.

Die Ausbildung der Kinder können die Eltern nicht finanzieren. Für die Kinder, die die Grundschule besuchen, wird jedes Jahr ein Antrag gestellt auf Kostenübernahme durch die Schule. Da müssen Lohn, Miete und alle anderen Ausgaben angegeben werden. Die Stadt entscheidet. Die Bücher müssen dann am Jahresende wieder abgegeben werden. Fürs Gymnasium gibt es keine Kostenübernahme. Von Büchern, Zeitschriften und ähnlichem wird nur die Tageszeitung gekauft. Die beiden sagen: „Wir müssen jeden Haushaltsposten überlegen. Für mehr haben wir kein Geld. Bei uns raucht keiner, trinkt keiner. Zum Friseur geht auch keiner, das macht alles die Frau selbst. Viel Zeit geht bei diesem Wettlauf drauf und Fahrerei mit dem Auto."

Die imperialistische Expansion hat zur Gegenseite die Verelendung der Massen. Die Verelendung kann unter den Bedingungen des Kapitalismus nur eingeschränkt werden. Massenstreiks für einen ausreichenden Lohn für den Normalarbeitstag sind nötig. In den kommenden Tarifkämpfen fällt darüber die Entscheidung. Gelöst wird es nur durch die proletarische Revolution. Sie gilt es in diesen Kämpfen vorzubereiten.

Unter US- und NATO-Schirmherrschaft Aggression gegen den Libanon

Fortsetzung von Seite 1

sche Politik Begins kritisiert haben, verlautet dann über die Gespräche in Washington, sie seien zur Zufriedenheit verlaufen, aber neue Ergebnisse seien auch nicht herausgekommen. Israel erklärt scheinheilig seine „friedlichen Absichten" und daß im Südlibanon der gegenwärtige Zustand eingefroren werden sollte, nachdem Israel dort seine Stellungen bezogen und gefestigt hat. Im besetzten Westjordanien treiben die Israelis die Besiedlung voran und erklären dann, es sollten keine weiteren Besiedlungen stattfinden. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet zur gleichen Zeit über Interviews mit israelischen Siedlern, die erklären, vor dem Besuch Dajans seien noch rasch Umsiedlungen vorgenommen worden, denn die würden dann ja nicht mehr als neue Besiedlungen gelten.

Carter erklärt zunächst, er sei an einer Nahost-Konferenz unter der Teilnahme der PLO zur Sicherung des Friedens interessiert, um kurze Zeit darauf scheinheilig festzustellen: „Wir haben die PLO niemals aufgefordert, an den zukünftigen Verhandlungen teilzunehmen. Wir haben gesagt, daß palästinensische Volk müsse bei den zukünftigen Verhandlungen vertreten sein." Und: „Ich habe nie erklärt, ein unabhängiges Land für die Palästinenser zu fordern. Ich habe von der Ganzheit gesprochen, von der wir der Meinung sind, daß Jordanien eingeschlossen sein sollte." (Die Welt)

Neben den US-Imperialisten hat sich Dajan Rückendeckung für die Expansionspolitik Israels und für die Unterdrückung und Zerschlagung des Kampfes des palästinensischen Volkes und der PLO bei den europäischen Imperialisten geholt. Auf seiner Reise nach den USA ist er nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des EG-Ministerrates mit dem NATO-Oberkommandierenden in Europa, Haig, zusammengetroffen. Feinsinnig bemerkt die „Neue Zürcher Zeitung": „Haig war gerade von den Reforger-Manövern aus der Bundesrepulik eingetroffen und trug noch den Kampfanzug." Das ganze sei allerdings ein reiner Höflichkeitsbesuch gewesen, versichert die Zeitung.

Da das palästinensische Volk niemals das Ziel seines Kampfes aufgeben wird: Zerschlagung des zionistischen Staates, Errichtung eines demokratischen Staates der palästinensischen Volksmassen in Palästina, können die Imperialisten ihre Politik nur verfolgen durch erneute Vorbereitung eines Krieges gegen die palästinensischen Massen und gegen ihre Führung, die PLO, sowie gegen die arabischen Staaten. Dazu soll die gegenwärtige Politik Israels und die Besetzung des Südlibanon günstige Ausgangsbedingungen schaffen.

Im letzten Nahost-Krieg haben heftige Kämpfe zwischen der PLO und dem zionistischen Besatzerregime an der Grenze von Israel, Libanon, Syrien stattgefunden. Das Hebrongebirge war sowohl der Ausgangspunkt für den Angriff der Palästinenser wie es auch geeignet ist für den Rückzug nach den Operationen. Um die Palästinenser aus dem Hebron zu vertreiben, ist der Angriff vom Südlibanon aus notwendig. Dazu versucht Israel sich gegenwärtig eine Ausgangsposition zu schaffen. Zugleich wollen sie sich damit die Bedingungen für die Beherrschung des Libanon schaffen. Dabei stützen sie sich auf die von den Imperialisten finanzierten Phalangisten.

Deshalb hat der Führer der PLO, Arafat, die arabischen Staaten zur Unterstützung des Kampfes der Palästinenser im Libanon aufgerufen. Saudi Arabien hat den US-Imperialisten den Erlaß eines Ausfuhrverbots für Erdöl angekündigt, falls die Genfer Konferenz unter Beteiligung der PLO scheitert. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9.77) Der Zusammenschluß des palästinensischen Volkes im Kampf gegen das Siedlerregime und die Imperialisten macht Fortschritte und zwingt die Regierungen der arabischen Staaten, den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen. – (Z-Red.)

„Flexible Lohnpolitik"

Fortsetzung von Seite 1

kunft von der sogenannten Bosch-Siemens-Hausgeräte-Gesellschaft geführt werden. Der sozialdemokratische Gesamtbetriebsrat und Aufsichtsratsmitglied Schönherr wußte nun auf den letzten Betriebsversammlungen nichts Besseres zu tun, als sich stark dafür zu machen, daß diese Erfolgsbeteiligung auch unter Führung der neuen Leitung weiter gezahlt werden soll, bzw. verbessert werden soll, worunter er meint, daß sie noch differenzierter ausgelegt werden kann und zur Spaltung der Belegschaft tauglich ist.

In der letzten Woche haben Betriebsversammlungen im Siemens-Hausgerätewerk stattgefunden, getrennt organisiert nach deutschen und türkischen Arbeitern. Auf beiden Betriebsversammlungen ist von Arbeitern die Forderung nach sofortiger Lohnerhöhung in Höhe von 60 Pfennig die Stunde erhoben worden und verlangt worden, daß der Betriebsrat auf Grundlage dieser Forderung Verhandlungen mit der Geschäftsleitung aufnimmt und in vier Wochen über das Ergebnis dieser Verhandlungen die Belegschaft in Kenntnis zu setzen hat. Diese Beiträge fanden die Zustimmung und den Beifall der versammelten Arbeiter. Das ist ein positiver Ansatzpunkt. Man wird dem Betriebsrat in den nächsten Tagen deutlich machen, daß er einen bestimmten Auftrag hat und diesem Auftrag Folge leisten muß. Die Einheit der Belegschaft ist auf diesen Betriebsversammlungen einen guten Schritt vorwärtsgekommen. Das gilt es jetzt zu festigen.

Die Konkurrenzlage des Konzerns, die Tatsache, daß der Bestelleingang des Siemens-Konzerns in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres um 13% über dem Vorjahreswert liegt, kann und muß von den Arbeitern genutzt werden, um ihre Forderung durchzusetzen. Die Arbeiter können ihre Konkurrenz überwinden, die Kapitalisten nicht. Dr. Peter von Siemens unternimmt große Anstrengungen, diese schlichte Tatsache zu vernebeln. Er spricht in den „Siemens-Mitteilungen" von seiner Befürchtung, daß der „Kuchen" nicht mehr wächst und deshalb nur eine nackte Umverteilung des Vorhandenen gemacht werden kann. Er sagt: „Ohne Zweifel würde dies – ebenso wie dauernde sehr hohe Arbeitslosigkeit – eine kaum tragbare Belastung des sozialen Friedens in unserem Land bedeuten, der demokratische Regierungen auf die Dauer nicht standhalten können.

Aus diesen Worten spricht die nackte Angst um den Profit. Dieser Herr wird erfahren, daß die Arbeiter ihre Sorge der Durchsetzung ihrer Interessen und Forderungen widmen. Das wird für ihn bitter sein.

Kontoführungsgebühren: hinterhältige Methode der Lohnsenkung

Die Banken sind die Form der allgemeinen Buchführung der Kapitalisten als Klasse. Ein über das ganze Land verzweigtes Netz von Zweigstellen sammelt, verteilt und verschiebt die Geldmassen der Bourgeoisie und macht ihnen Gelder der Volksmassen zugänglich. Auch wenn die Löhne der Arbeiterklasse nur kurzfristig über die Konten der Banken laufen, befinden sie sich in den Händen der Finanzbourgeoisie und werden zu deren Geschäften genutzt. Mag dies auch nur zur Deckung der Geschäfte dienen, während es durch den Kapitalisten als Lohn aufs Konto des Arbeiters gezahlt wird oder in Form von Mietzahlungen des Arbeiters an die Wohnungsgesellschaft. Die Banken benutzen die gesammelten Gelder als Kapital, und wie tief es in ihren Klauen steckt, sieht man oft erst dann, wenn sie, wie die Herstatt Bank, Pleite machen.

Die Volksmassen werden gezwungen, den Lohn vermittels der Bank zu erhalten sowie Zahlungen ihrerseits durch diese laufen zu lassen. Nicht nur daß die Finanzbourgeoisie mit diesen Geldern ihre Zinsgeschäfte betreibt, sie läßt sich dies auch noch durch die Volksmassen bezahlen.

Dies geschieht in Form der Kontoführungsgebühren. Das Sammeln und Verteilen des Geldes selbst bringt keinen neuen Wert hinzu. Es sind „tote" Kosten, die der Finanzbourgeoisie entstehen. Sie verlangt durch Kontoführungsgebühren dafür Tribut. Es sind Milliardenbeträge, die so jährlich aus Arbeiterlohn in die Hände der Bourgeoisie gelangen. Zahlt ein Kapitalist den Lohn in zwei Zahlungen auf das Konto, welches der Arbeiter bei der Bank eingerichtet hat, verlangt die Bank für die zwei Buchungen einen Teil vom Lohn. Wie sich diese Reihe auswirkt, mag folgendes Beispiel verdeutlichen: Der Arbeiter richtet bei der Bank 6 Daueraufträge ein. Dafür muß er nach dem derzeitigen Höchstsatz 18 DM bezahlen. Für einen Monat errechnet sich folgende Summe nach den jeweiligen Höchstbeträgen:

Daueraufträge einrichten	1,50 DM
6 Buchungen durchschnittlich	3,00 DM
1 Bareinzahlung zugunsten Dritter	3,00 DM
1 Sammelkontoauszug	0,50 DM
	8,00 DM

Rechnet man diesen monatlichen Betrag als Durchschnittswert ab für die 115000 Arbeiter der Volkswagenwerke, so ergibt sich bereits hier eine Summe von 920000 DM pro Monat, die durch diese hinterhältige Methode vom Lohn der Arbeiterklasse einbehalten werden. Während für das VW-Kapital die Zeit zur Auszahlung der Löhne in der Fabrik, der Nachrechnung durch den Arbeiter, das Wegbringen des Lohns usw. jetzt zur produktiven Tätigkeit genutzt wird, muß der Arbeiter Zeit und Geld opfern, daß er an das, was nach Abgang der „Daueraufträge" und Ratenzahlungen auf dem Konto bei der Bank als sein Lohn verbleibt, herankommt. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 39/77: 32000

Das Volk von Azania befreit sich durch bewaffneten Kampf

Interview mit dem Genossen Makoti, Mitglied des ZK des PAC, am 21.9.1977, 22 Uhr in London

Die Liquidierung der Führer soll den Kampf des Volkes von Azania zerschlagen

„Genosse Sobukwe sagte in einem kürzlichen Interview zu einem schwarzen Journalisten aus den USA, daß wir in Sharpeville die Waffe der Furcht vor dem Gefängnis überwanden – das Volk war davor dazu gebracht worden, Gefängnishaft als unmoralisch anzusehen. Unser Volk trotzte erfolgreich dem Gesetz, ging ins Gefängnis und kam, was Dr. Nkruma von Ghana als „gefängnis-gereift" bezeichnete, hervor, sie wurden Volkshelden. Nach Sharpeville wurde Ins-Gefängnis-Gehen unter Mißachtung der kolonialen Gesetze eine von den Volksmassen geachtete und heldenhafte Sache, wodurch wir den Feind einer schrecklichen, gewaltsamen Waffe beraubten, einer Waffe gegen uns. Genosse Sobukwe betonte, daß durch die Massaker von Soweto am 16. Juni 1976 und den folgenden Tagen unser Volk die Furcht vor dem Tod überwand. Als wir den Tod nicht länger fürchteten, griff der Feind zum Gewehr. Aber seit letztem Jahr haben unsere Jugendlichen erfolgreich gezeigt, daß wir den Tod nicht länger fürchten, die Gewehre des Feindes nicht länger fürchten. Der Feind ist sich jedoch bewußt, daß es jetzt für uns möglich ist, Gewehre zu bekommen und einzusetzen. Deshalb ist der Zusammenstoß unvermeidlich, so daß die Ermordung einzelner Führer den Befreiungskampf nicht länger beeinträchtigen kann, vielmehr wird es jedem beweisen, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg ist, der uns bleibt."

Trauer in Kraft verwandeln

„Die Gedenkfeiern und Begräbnisse derjenigen, die bei den nationalen Erhebungen und in den Gefängnissen getötet worden sind, sind zu einem Sammelpunkt von großer Bedeutung im Kampf zur Sicherung der demokratischen Rechte des Volkes geworden, allen Unterdrückungsmaßnahmen, Beschränkungen und Einschüchterungen durch das rassistische Regime zum Trotz. Die Massen haben nicht nur aufgehört, den Tod zu fürchten, sie widerstehen auch jedem Versuch, sie zu tyrannisieren, ihre Rechte auf freie Rede und Versammlung einzuschränken, was klar gezeigt wurde in der Teilnahme an Begräbnissen durch Tausende und dem Halten revolutionärer Reden, dem Singen revolutionärer Lieder und erhobenen Fäusten, ohne sich durch die Bedrohung durch den Feind einschüchtern zu lassen.

Eine Nation ohne Gewehre kann weder Leben noch Land noch Freiheit verteidigen. Das Volk besitzt nur das Recht, tyrannisiert zu werden, geschlagen und hingeschlachtet durch diejenigen, die die Macht haben. Das erklärt die Entschlossenheit der Massen, Gewehre zu ergreifen, um den bewaffneten Befreiungskrieg zu führen. Es ist ganz falsch, das Verhalten der Massen als passiv zu sehen, wir haben im Fernsehen hier in England die Kampfentschlossenheit des Volkes von Azania gesehen bei den Gedenkgottesdiensten. In den Kirchen wurden zu den Gedenkfeiern für Steve Biko revolutionäre Reden gehalten, revolutionäre Lieder gesungen und die Fäuste erhoben. Die Polizei hat versucht, diesen Zusammenschluß zu verhindern. Sie hat nach offiziellen Angaben einen 15jährigen Jungen getötet und ein Mädchen ernsthaft verletzt."

„Verhaltenskodex" der EG-Staaten – imperialistische Manöver zur Erhaltung des Kapitalismus

„Die Imperialisten sind gezwungen worden, die Erklärung von Lagos zu unterschreiben: aktive Maßnahmen gegen das rassistische Vorster-Regime zu ergreifen, aber anstatt Maßnahmen gegen es zu ergreifen, wollen sie die Volksmassen in Europa glauben machen, daß das Problem in Südafrika ein moralisches ist und eine moralische Lösung benötigt. Die Wirkung ihres Verhaltenskodex ist nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung der menschlichen und materiellen Reichtümer dieses Landes, sondern die Garantie imperialistischer Ausbeutung in einer Atmosphäre von Ruhe und Ordnung. Unser Volk kann solche Manöver nicht täuschen. Der Kampf unseres Volkes gilt nicht kleinen Reformen und Zugeständnissen, es ist ein Kampf für nationale Befreiung und soziale Emanzipation. Es ist auch und vor allem ein Kampf für die Ergreifung der politischen Macht und für die Zurückgewinnung des Landes durch seine rechtmäßigen Besitzer. Das Ziel der Imperialisten ist jedoch, eine Arbeiteraristokratie zu schaffen, die eine Grundlage bieten soll für reformistische Ideen, schwarze und weiße Kollaboration und den Schutz imperialistischer Interessen in diesem Land. Die imperialistische Welt hat immer vorgegeben, gegen die Politik des Vorster-Regimes zu sein, das aber stets nur so weit, soweit dies ihre Profite nicht in Gefahr bringt, während sie bewiesen haben, daß sie die größten Stützen dieses Regimes sind. Durch diesen ‚Verhaltenskodex' holen tatsächlich die Imperialisten die Kastanien für Vorster aus dem Feuer."

„Wahlen" sollen das sinkende Schiff retten

„Die Verfassungs- und Wahlmanöver, die Vorster kürzlich angekündigt hat, entsprechen seiner Rolle eines Statthalters der Imperialisten, was die Regierung des rassistischen Südafrika ist. Die Imperialisten wollen Vorster gerne bei ihrem Ausbeutungsgeschäft, wie es der ‚Verhaltenskodex', den sie erstellt haben, repräsentiert. Um das zu ergänzen, hat Vorster die Abhaltung von allgemeinen Wahlen bloß für Weiße angekündigt, um Unterstützung zu suchen für die Schaffung von Verbündeten einer Mittelklasse durch parallele Parlamente von Weißen, sogenannten Farbigen und Indern, wie in dem Konzept der ethnischen Heimatländer für Schwarze, die alle zusammen eine Einheitsfront mit den Imperialisten gegen die schwarzen Arbeiter bilden sollen, deren weitere Ausbeutung gesichert werden soll.

Das ist genau der Aufruf, den Vorster vor 2 Jahren gemacht hat, daß nämlich ihm 6 bis 12 Monate gegeben werden sollten, um das Gesicht Südafrikas zu verwandeln. Keine Verwandlung der Politik, sondern ein verzweifelter Schritt ist das in einer Lage, die nicht länger hingenommen, noch hinausgezögert werden kann. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß der Imperialismus Reformen und Zugeständnisse machen kann ohne wirkliche Änderungen am System von Unterdrückung und Ausbeutung, solange die Maßnahmen darauf gerichtet sind, das Leben des Kapitalismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus zu verlängern."

„Südafrika-Kodex": Wo die Imperialisten der Schuh drückt

„Einen Verhaltenskodex für Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen von EG-Unternehmen in Südafrika haben die Außenminister in der Neunergemeinschaft gestern in Brüssel verabschiedet.

Der fünfseitige Text hat zwar nur den Charakter einer Empfehlung an die Unternehmen. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß die darin enthaltenen Regeln weitgehend befolgt werden. Vor allem solchen Firmen, die auf staatliche Kreditbürgschaften angewiesen sind, dürfte es künftig schwer fallen, sich dieser Einhaltung zu widersetzen. Der Kodex sieht einen Abbau der Rassendiskriminierung sowohl in den innerbetrieblichen Beziehungen wie im Bereich der Lohnpolitik und der Sozialleistungen vor. Er enthält die Forderung nach freier Wahl der Arbeitnehmervertretungen, Freizügigkeit der Arbeitskräfte und gleiche Lohn- und Aufstiegsbedingungen für schwarze und weiße Beschäftigte ... Genscher bezeichnete den EG-Kodex als einen bedeutenden Schritt der Gemeinschaft auf dem Wege der politischen Zusammenarbeit. Die EG trage damit auf einem Gebiet, in dem sie Möglichkeiten des Einflusses habe, zur Überwindung der Rassendiskriminierung und zu einem friedlichen Zusammenleben in Südafrika bei." (Die Welt, 21.9.77)

„Scharfe Kritik erhebt die deutsche Industrie gegen den am Dienstag im Brüsseler EG-Ministerrat verabschiedeten Wohlverhaltenskodex. (...) Von seiten der Industrie wird betont, daß die Republik Südafrika zu den wichtigsten Überseemärkten der Bundesrepublik gehört. Die deutschen Unternehmen stünden hier in schärfster Konkurrenz zu den Exporteuren aller übrigen Industrieländer. Strategisch wichtige Güter würden nicht geliefert." (Handelsblatt, 22.9.77)

„Die Bedenken der Industrie scheinen nicht nur in der Brüsseler Entschließung ihre Nahrung zu finden. Vielfältige Kritik an deutschen Ausfuhrgarantien für Südafrika war bereits vor wenigen Wochen auf der Wiesbadener Fachtagung der SPD zur Entwicklungspolitik laut geworden. Dazu der Bundesgeschäftsführer der Partei, Egon Bahr, in seinem Schlußwort: ‚... ich kann nicht verstehen, daß Hermes (die vom Bund beauftragte Kreditversicherungsgesellschaft) noch Garantien für längerfristige Geschäfte mit Südafrika gibt. Ich finde, das Risiko ist viel zu groß.' " (Handelsblatt, 22.9.77)

„Wenn deutsche Firmen sich bereitfänden, einer freiwilligen Wohlverhaltensvereinbarung beizutreten, so sei in keinem Fall ein Verhaltenskodex akzeptabel, der nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen im Gastland in Einklang steht. ‚Unter allen Umständen sollte unseres Erachtens die Veröffentlichung einer Kodexvereinbarung vermieden werden, die allzu leicht später als verpflichtende Regel ausgelegt und als Berufungsfall angesehen werden könnte', schreibt der Industrieverband." (Frankfurter Rundschau, 22.9.77)

Veranstaltungsreihe mit einer PAC-Delegation

Eine Delegation des PAC (Pan Africanist Congress), die auf Einladung des KBW in Westdeutschland eine Veranstaltungs-Rundreise durchführt, wurde von den Teilnehmern in bislang 6 verschiedenen Städten herzlich begrüßt. Der Genosse Makoti, Mitglied des Zentralen Komitees des PAC und Delegationsleiter, dem durch die westdeutschen Behörden die Einreise zunächst verwehrt wurde, ist inzwischen bei der Delegation.

Um den Kampf des Volkes von Azania zu unterstützen, führt der KBW auf Vorschlag des Zentralen Komitees des PAC eine Geldsammlung für die Errichtung einer Schule zur politischen Erziehung durch. Auf den sechs Veranstaltungen wurden bereits 16959 DM von 1650 Teilnehmern gespendet. Diese Schule ist ein wichtiges Kettenglied im Kampf gegen das Kolonialregime der Imperialisten und wird ihnen Schläge versetzen. Deshalb ist es nötig, daß die Revolutionäre und alle antiimperialistischen Kräfte diese Geldsammlung vorantreiben.

In der nächsten Woche werden weitere Veranstaltungen sein in:

Trier 26.9., Hotel Trier Süd, 20 Uhr

Mannheim 27.9., Kulturhaus Käfertal, 20 Uhr

Stuttgart 28.9., Liederhalle Mozartsaal, 19.30 Uhr

Frankfurt 29.9., Haus Dornbusch, Eschersheimer Landstraße, 19.30 Uhr

Gießen-Wieseck 30.9., Altenbusekerstr. 90, „Ludwigsburg", 20 Uhr

München 1.10., Künstlerhaus Lenbachplatz, 19.30 Uhr





Die Kämpfe in Soweto und anderen Städten Azanias eröffneten im Sommer 1976 eine neue Phase im Befreiungskampf der afrikanischen Volksmassen gegen die Imperialisten. Die Jugend des Volkes erhob sich zu Zehntausenden gegen das Siedlerregime.

Mit jedem Tag, jeder Woche sammelten sich immer mehr Menschen. Schwarze, Asiaten und Mischlinge erhoben sich geschlossen und begannen ihre Reihen fester zu schließen.

Bis an die Zähne bewaffnet versucht das Rassistenregime durch seine Söldner den Aufstand zu zerschlagen. Im August 1976 wurden die demonstrierenden Schüler und Studenten, die das verhaßte „Afrikaans" in der Schule und damit das Kolonialregime nicht wollten, von den Arbeitern durch große Streiks unterstützt. Die Arbeiter werden durch das internationale Finanzkapital ausgepreßt. Die Rolle der BRD-Imperialisten an dieser Auspressung ist nicht unbedeutend. Philipp Rosenthal sagte bereits im Jahr 1971 in einem „Spiegel"-Interview: „Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in vier Wochen verdient. Für uns ist das eine große Einsparung. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen."

Es wird verständlich, warum die westdeutschen Kapitalisten sich auf den „Verhaltenskodex" nicht einlassen wollen. So installierte die südafrikanische Marine in Silvermine bei Simonstown mit Hilfe der BRD-Imperialisten das Projekt Advokaat, ein computergesteuertes Nachrichtensystem und Kontrollsystem, das vom Kap der Guten Hoffnung bis Nordafrika zur südamerikanischen Küste, zum Südpol und bis nach Indien reicht. Die Elektronikausrüstung der Nachrichten- und Datentechnik wurde von westdeutschen Kapitalisten geliefert. Für die südafrikanische Raketenbasis Sb. Lucia (50 km entfernt von der Grenze nach Mozambique) kam ebenso die Ausrüstung aus der BRD, wo auch die Schulung des notwendigen südafrikanischen Personals stattfand. Das Volk von Azania kämpft gegen dieses Kolonialregime und gegen die Imperialisten, die dieses aufrechterhalten.

Seit Soweto sind die Aufstände nicht abgebrochen. Gegen die immer schärferen Unterdrückungsmaßnahmen organisiert das Volk von Azania den Kampf in Streiks, Schulboykotts, Angriffen auf Söldnertruppen der Kolonialisten und Brandstiftung gegen öffentliche Gebäude. Seit dem Aufstand in Soweto hat sich die Nationale Einheitsfront verbreitet, trotz aller Spaltungsmanöver des Kolonialisten Vorster haben sich Schwarze, Asiaten und Mischlinge zusammengeschlossen.

Das westdeutsche Volk unterstützt den Kampf des Volkes von Azania. Die westdeutschen Imperialisten werden ihre Pfründe in Südafrika nötigenfalls militärisch sichern wollen. Dafür werden sie das westdeutsche Volk nicht gewinnen können.







Erziehungsprogramm eines Bourgeoisinstituts für den Nachwuchs der Finanzbourgeoisie

Die Bourgeoisie züchtet ihre Brut in abgesonderten Schulen. Weil ihr Nachwuchs zudem vor der Unterdrückung und Knechtung der Jugend der Volksmassen an den öffentlichen Schulen bewahrt werden soll, wird er abgesondert gehalten.

Entsprechend heißt es im Prospekt des Internats Luisenlund: „Ein weitläufiger Park und Wälder umgeben das Schloß, Mädchen- und Jungenwohnhäuser, Schul- und Wirtschaftsgebäude, Turnhalle, Sportplatz und Tennisanlagen ... Die ‚Große Breite' der Schlei, an die der Park grenzt, ist ein ideales Segelrevier für Kutter und Jollen, für Regatten, Wander- und Vergnügungsfahrten. Theorie lernen die Segler in Führerschein-Kursen und Schulsportunterricht. Im Winter müssen sie die Boote in eigener Handwerkstatt für die neue Saison herrichten. Beim Segeln erwerben die jungen Leute wichtige Einsichten und Verhaltensweisen leichter als in anderen Bereichen des Heimlebens: z.B. rasche, sachgerechte Entscheidungen zu treffen, Verantwortung für Personen und erhebliche Sachwerte zu übernehmen, sich durchzusetzen, aber auch sich einzuordnen, kameradschaftliche Zusammenarbeit ..."



Internat Luisenlund

Um das Geschäft der Ausbeutung übernehmen zu können, muß gelernt werden, rasche und sachgerechte Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel darüber, wie das Kapital der Bourgeoisie am besten und profitbringendsten eingesetzt werden kann, welche Betriebe geschlossen werden müssen oder welche Arbeiter entlassen werden und die Ausbeutung gesteigert werden kann, um den Profit zu erhöhen. Die Organisierung der Ausbeutung ist die „Verantwortung über Personen", die Leitung der Fabriken für die Bourgeoisie, die „Verantwortung über erhebliche Sachwerte", die die Lakaien der Bourgeoisie tragen sollen. Zur Vorbereitung auf ihr Parasitendasein werden in „Luisenlund" sogenannte „Gilden" gepflegt zur Erlernung von Reiten, Voltigieren (Kunstreiten), Ponyreiten, Reparatur von Ställen und Reitplätzen, Töpfern, Malen, Tennis, Theater, Hockey, Kutterpullen, Segeln, Klavierspiel und Kunst. Es sind die Tätigkeiten einer schmarotzenden Klasse. Solcherlei „handwerkliche Fähigkeiten" sind die Beschäftigungen einer nichtproduzierenden verkommenen Klasse.

Das „Schloß Salem" mit eigenem Segelhafen am Bodensee rühmt sich seines Kontaktes zur Außenwelt: „Regelmäßig finden Klassenfahrten, Studienfahrten und Exkursionen statt. Klassenfahrten zum Beispiel in die Bretagne und nach Südfrankreich, Studienfahrten in die Toskana und nach Polen, Exkursionen in Industriebetriebe." (Aus: „Schule Schloß Salem") „Klassenfahrten" nach Südfrankreich – Nizza, Cote d'Azur, Monaco usw. sind die Tummelplätze, wo sich dieses Parasitengesindel jahraus, jahrein herumtreibt. „Studienfahrten nach Polen" – studiert werden die Ausbeutungsbedingungen für die westdeutsche Bourgeoisie. „Exkursionen in Industriebetriebe" – den Arbeitern in den Fabriken sind solche Stipvisiten der Bourgeois und ihrer Vertreter hinreichend bekannt. Verschärfung der Ausbeutung und Lohnsenkung zu prüfen und voranzutreiben, sind der Zweck solcher „Besuche".

Für diese „Ausbildungsstätten" zur Aufzucht des Bourgeoisnachwuchses ist der Preis für einen Internatsplatz exklusiv: In Luisenlund kostet ein Internatsplatz 14400 DM im Jahr; in Salem zwischen 15300 und 20100 DM jährlich. Das sind 1275 bis 1675 DM im Monat (gestaffelt, um „unterschiedlichen Einkommensgruppen" den Eintritt zu ermöglichen, wie es heißt). Die Arbeiterklasse hat an solchen Einrichtungen, die keinen anderen Zweck haben, den Parasitennachwuchs der Kapitalistenklasse hochzuziehen, kein Interesse. Sie führt den Kampf für eine Ausbildung der Jugend in allen Grundzweigen der Produktion. Sie will sich als produktive Klasse die Kenntnisse zur Beherrschung der Natur und zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte erwerben und dem Schmarotzerdasein der Bourgeoisie durch Sturz ihrer Herrschaft ein Ende bereiten. – (Z-Red.)

Die Ausbildung ist ein schlau ausgetüfteltes System der Aussiebung und Unterdrückung

Die Jugendlichen auf der Klöckner-Hütte Bremen bereiten die Jugendvertreterwahlen vor

Bremen. Über eine Viertelmillion jugendliche Arbeitslose hat das imperialistische „Modell Deutschland" gegenwärtig vorzuweisen. Während die Bundesanstalt für Arbeit 100000 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren angibt, wurden auf dem Berufsbildungskongreß in Westberlin andere Zahlen vorgelegt: die 15 bis 25-jährigen Arbeitslosen zählten 1967 insgesamt 43500 und 1977 über 251000. (Frankfurter Rundschau, 12.9.77) Die bürgerlichen Bildungswissenschaftler sind dahinter gekommen, daß die elende Lage der Jugendlichen nicht „lediglich ein Problem der Konjunktur und des Arbeitsmarktes" sei. Sie mußten feststellen, daß in Westberlin bei einer Befragung von 3000 Jugendlichen rund jeder vierte arbeitslos und etwa 30 bis 40% der arbeitslosen Jugendlichen noch nie beim Arbeitsamt waren, da sie sich von diesem Gang nichts mehr erhofften.

Diese unerträgliche Lage der Arbeiterjugend nutzen die Kapitalisten, um die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft voranzutreiben und um Extraprofite zu machen. Der bürgerliche Staat liefert Gesetze und Maßnahmen, um die schrankenlose Ausbeutung der lohnabhängigen Jugend besser vorantreiben zu können. Für diese „Reformmaßnahmen" sind die Sozialdemokraten gegenwärtig am besten geeignet, da sie die frühzeitige Unterwerfung der Jugend unter die Fabrikausbeutung noch als „besonderes Glück" und „besondere Chancen für Pechvögel" verkaufen. Der sozialdemokratische Bildungssenator Bremens Thape hat einen „Vorstoß" in der Kultusministerkonferenz gemacht, wo unter der Flagge „Erweiterung der Schulpflicht" und „Maßnahme zur Berufsfindung" auf ein einheitliches Vorgehen der Länder zur Einführung eines 10. Schuljahres gedrängt wird (Weser-Kurier, 24.8.77).

Als erste Maßnahme der „Erweiterung der Schulpflicht" auf zehn Jahre wurde zu Beginn des Schuljahres für 120 jugendliche Arbeitslose eine Sonderform des Berufsgrundbildungsjahres zur „Berufsfindung und Berufsvorbereitung" eingerichtet. Der eigentliche Zweck des 10. Schuljahres als Berufsgrundbildungsjahr kommt im „Weser-Kurier" unverhüllt zum Ausdruck, wo die Vorstellungen Thapes wiedergegeben werden: „Nach einem Jahr falle es diesen Schulabgängern dann leichter, eine Arbeitsstelle als Jungarbeiter anzunehmen, da einmal Basiskenntnisse für das Arbeitsleben vorhanden seien und zum anderen der junge Mensch uneingeschränkt an seinem Arbeitsplatz tätig sein könne, ohne zwischendurch zur Berufsschule gehen zu müssen." Diese Art von Ausbildung kostet die Kapitalisten nicht einen Pfennig und der Staat wendet auch nicht viel dafür auf: „Nennenswerte Haushaltsmittel sind einstweilen noch nicht für den freiwilligen Besuch einer 10. Hauptschulklasse nötig", gibt der „Weser-Kurier" bekannt. Bei diesen Maßnahmen zur Verelendung der Arbeiterjugend bleiben die Kapitalisten und ihre Staatsvertreter jedoch nicht stehen. Diejenigen Jugendlichen, die eine Lehrstelle erhalten, unterliegen bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit einer größeren Ausbeutung durch die verschärfte Konkurrenz.

Die Kapitalisten treten immer frecher auf. So hielt der Arbeitsdirektor Sporbeck der Klöckner-Hütte Bremen auf der Betriebsversammlung vom 17.9. eine Rede gegen „politische Kleingärtner", die in ihrem Programm zum Beispiel was gegen die Probezeit und für die Übernahme, fest und unbefristet, geschrieben haben. „Sowas kann ich nicht verstehen, wo doch jeder Lehrling die Chance haben muß, sich seinen Beruf auszuwählen." Gemeint hat er das Programm für die Wahl der Jugendvertretung, das zwei Jugendliche auf der Gewerkschaftsjugendgruppe gemacht haben, um die Arbeiterjugendlichen zusammenzuschließen:

„Die Ausbildung bei Klöckner sei eine der Besten", solche und ähnliche Worte bekommt man öfters von Seiten der Ausbildungsleitung und des Werksvorstandes zu hören. Auf den ersten Anschein hört sich das auch ganz gut an, ein korrekter Ausbildungsplan und man bekommt einiges an Ausbildungsmitteln, Bleistifte etc. gestellt. Kratzt man jedoch ein wenig an der Oberfläche, wird einem sehr schnell klar, daß diese Ausbildung ein schlau ausgetüfteltes System der Aussiebung und Unterdrückung ist. Die ersten drei Monate befinden wir uns in der Probezeit, was für uns bedeutet, in einer total rechtlosen Lage zu stecken. Dort sollen wir mit stumpfsinniger Arbeit zu ausdauernden und fügsamen Lehrlingen und späteren Lohnarbeitern gemacht werden. An die 60 Arbeiten werden programmäßig durchgezogen, dazu ca. 30 Zensuren für die einzelnen Übungen. Wer sich dagegen auflehnt, kann damit rechnen, gefeuert zu werden. Die ganze Lehre wird man mit Zensuren- und Beurteilungsbögen kontrolliert. In der Werkschule steht oftmals nicht das Lernen, sondern das Durchziehen des Lernprogramms an erster Stelle. Für die Elektriker ist dieser Druck noch stärker durch die Stufenausbildung. Keiner will nur die erste Stufe, mit der man nichts anfangen kann, machen; doch für die zweite will der Betrieb Leistung sehen. Sehr schnell geht dann das Gerangel um Zensuren los, und man verhält sich ruhig, damit man nicht auffällt. Wir haben aber keine Lust, uns in gegenseitige Konkurrenz treiben zu lassen, deshalb müssen wir uns zusammenschließen und unter einheitlichen Forderungen den Kampf organisieren.

– Übernahme aller Lehrlinge in die zweite Stufe!
– Weg mit der Stufenausbildung!
– Abschaffung der Probezeit!
– Abschaffung des Leistungsbewertungssystems!

Zu dem, was man zu Hause sowieso schon an Hausaufgaben und Übungen für die Prüfung macht, kommen bei uns noch die Wochenberichte und Ausbildungsnachweise hinzu. Um die Lehrzeit nicht allzusehr auf den Nachmittag auszudehnen, fordern wir:
– Abschaffung aller Wochenberichte!
– Schreiben der Ausbildungsnachweise während der Ausbildungszeit!

Ein besonderer Druck, der auf uns lastet, ist, daß wir so wenig verdienen. Leben kann man davon jedenfalls nicht. Deshalb müssen unsere Eltern, die auch nicht viel haben, die Ausbildung bezahlen. Für uns heißt das, nachdem wir Geld zuhause abgegeben haben, bleibt wenig übrig. Wir brauchen einen Lehrlingslohn, von dem man leben kann. Dieser muß tariflich an die Lohngruppen der älteren Kollegen angegliedert werden.
– Existenzlohn für Lehrlinge!

Nach der letzten Prüfung sind nicht alle in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen worden. Die dann folgende Arbeitslosigkeit trifft dann besonders hart, weil man es vor der Bundeswehr schwer hat, eine Anstellung zu finden, wodurch man Berufspraxis verliert. (...)
– Übernahme aller Lehrlinge fest und unbefristet!

Durch die Ausbildung in der Berufsschule übernimmt der Staat einen Teil der Berufsausbildung. Er regelt die Gesetze, wonach die Ausbildung bestimmt wird. Durch das neue Berufsbildungsgesetz wird die Berufsschulpflicht untergraben. Dort gibt es keine Festlegung, daß der Unterricht während der Arbeitszeit stattfindet. Letztes Jahr war es so, daß die Schlosser 2 durchschnittlich 8,5 Stunden Unterricht hatten. Die Elektriker 1 mußten vor der Schule noch arbeiten, weil die Stunden ungleichmäßig verteilt wurden. Gegen diese Schikane fordern wir:
– Für zwölf Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen!

Der Senat plant weiterhin, die Berufsschulzeit in mehrere Blöcke zusammenzufassen, so daß wir den Rest des Jahres im Betrieb sind, wo wir dann voll eingeplant werden können. Das heißt für uns, Theorie und Praxis klaffen auseinander und der Notendruck wird verschärft durch die sich anhäufenden Arbeiten. Wird man im Block krank, muß man wahrscheinlich viel Stoff nachholen und es kann leicht vorkommen, daß man die Prüfung nicht schafft. Dazu kommt, daß eine vernünftige Arbeit des Schülerrings nicht möglich ist. Deshalb:
– Weg mit dem Blockunterricht!

Ein wichtiges Mittel im Kampf für die Durchsetzung unserer Forderungen ist das Streikrecht. Es wird bei Streiks versucht, uns von unseren älteren Kollegen abzuspalten, obwohl unsere Interessen die gleichen sind. Deshalb fordern wir:
– Uneingeschränktes Streikrecht!

Die Arbeiterjugend bei Klöckner kann mit diesem Programm die Führung im Kampf der Jugend gegen Ausbeutung und wachsende Verelendung übernehmen. – (Bezirk Bremen-Unterweser)



Am 21.9. demonstrierten 150 Schüler des Berufsgrundbildungsjahres Metall unter der Forderung 300 DM mehr für alle zum Göttinger Amtshaus. Der KJB hat vorgeschlagen, die IGM für diesen Kampf zu gewinnen und für die Forderung: 60% vom Facharbeiterlohn zu kämpfen. Die Schülervertretung der Gewerbeschule bereitet jetzt eine Veranstaltung mit einem IG Metall-Vertreter vor.

Maßnahmen der Bourgeoisie zur Arbeitsbeschaffung – oder „besondere Chancen für Pechvögel"

Jugendliche berichten

Hamburg. Im August dieses Jahres waren beim Hamburger Arbeitsamt 2139 Jugendliche arbeitslos gemeldet, das sind über 8,1%. Über 700 Jugendliche suchen jetzt im September noch eine Lehrstelle. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug in Hamburg im August 3,9%. Wochenlang hat die gesamte Hamburger Presse die „Aktion Lehrstellensuche" durchgeführt. Die Kapitalisten haben sich aufgespielt als Menschenfreund, weil sie die Jugendlichen von der Straße holten.

Eine Jugendliche, die im Juli die Realschule verlassen hatte, berichtete, daß sie sich der Reihe nach bei verschiedenen Lehrstellen dieser Art vorgestellt hatte und immer waren 20 bis 50 Bewerber da. Sie hat keine Lehrstelle erhalten und arbeitet jetzt beim Otto-Versand als Aushilfskraft am Band.

Die Verteilung der Schüler auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt wird schon während der Schulzeit organisiert. Ganze Schulklassen kommen zum Arbeitsamt, um Tests zu machen. Eine 19jährige Fabrikarbeiterin berichtete: „Ich habe nach der Hauptschule eine Lehre als Kinderpflegerin angefangen. Mit den Kindern bin ich immer gut zurechtgekommen. Mit der Theorie bin ich nicht klargekommen, das war alles so künstlich. Da haben sie mir solange gesagt, ich sei unfähig, bis ich völlig die Lust verloren und die Lehre abgebrochen habe. Danach habe ich vier Wochen als Aushilfe beim Otto-Versand gepackt. Jetzt arbeite ich bei Lumoprint am Band. Ich will aber noch eine Ausbildung machen. Beim Arbeitsamt haben sie mich schon gezwungen, einen sogenannten Eignungstest mitzumachen, sonst gibt es da keine Berufsberatung. Eine Psychologin hat aus dem Ergebnis abgelesen, daß ich faul sei, voller Hemmungen und Komplexe, daß das an mangelnder Mutterliebe liege, daß ich keine richtige Bezugsperson gehabt habe. Das war unverschämt. Meine Mutter war gezwungen mitzuarbeiten, um uns Kinder zu ernähren. Jetzt ist sie mit 50 Jahren Frührentnerin geworden. Jetzt soll ich mich anstrengen, und wenn ich bloß einen Willen hätte, dann könne es noch klappen. Geeignet sei ich für Schuhverkäuferin, für Tankwart, Bandagistin und Fotolaborantin. Eine Stelle als Fotolaborantin wurde mir angeboten. Da mußte ich nochmal einen Test schreiben und es waren außer mir noch über 20 Bewerber. Als Tankwart hatten sie mir zwei Stellen angeboten. Obwohl ich zu keinem dieser Berufe Lust habe, würde ich was nehmen – besser, als überhaupt keine Ausbildung. Aber seit vier Monaten habe ich nichts mehr gehört. Vor zwei Wochen kam eine Karte, ich solle sie zurückschicken, wenn ich immer noch eine Lehrstelle suche. Aufgeben soll ich und mit der Bandarbeit mein Leben lang zufrieden sein. Ich habe die Karte zurückgeschickt, aber ich glaube nicht, daß sie für mich eine Lehrstelle finden wollen."

Wie ein Kapitalist seine liegengebliebene Ware losschlägt, indem er sie im billigen Sonderangebot verschleudert, so verfährt das Arbeitsamt mit der jugendlichen Arbeitskraft. Sie wird zu Niedrigstpreisen an die Kapitalisten verschachert. Das höchste ist, wenn niedrigster Hilfsarbeiterlohn nach Tarif gezahlt wird, also 7–8 Mark die Stunde. In Großbetrieben können die Kapitalisten in der Regel auch nicht unter den Tarif gehen, weil die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darauf bestehen. In den Kleinbetrieben aber brechen die Kapitalisten jegliche Tarife. Bei Auto-Richter hat ein Jugendlicher mit 18 Jahren 800 Mark netto erhalten. Wegen der ständigen Schikane hat er gekündigt und daraufhin hat ihm das Arbeitsamt einen Job für 5 DM die Stunde angeboten. Seinem Freund, Hauptschulabgänger, hat das Arbeitsamt eine Stelle in einem Teppichgeschäft in der Hallerstraße angeboten für 2 Mark die Stunde. Zwei 18jährige Mädchen berichteten, daß sie vor kurzem als Näherin gearbeitet haben, vier Stunden am Tag für 7 Mark nach Abzug von Fahrgeld, und dabei war es fast Akkordarbeit.

Die Kapitalisten verlangen aber nicht nur billige Arbeitskraft. Gefügig muß sie sein. „Bei Frigo-Transit im Hafen hat der Personalchef erst mal einen ordentlichen Haarschnitt verlangt und als er meine Tätowierungen angesehen hatte, da hat er gesagt, rufen Sie doch noch mal an. Dann hieß es: Es waren noch 50 andere Bewerber da."

Wenn die Jugendlichen sich nicht billig verkaufen lassen, sich gegen Schikane und Unterdrückung bei der Arbeit wehren, dann werden sie „für ein halbes Jahr auf Zwangsarbeit ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) geschickt, ab zum Friedhof, Stadtpark oder zum Botanischen Garten. Für ungefähr 7 Mark die Stunde mußt du z.B. umgraben, ohne Widerspruch alle Anweisungen befolgen. Fliegst du oder kündigst du, folgen vier Wochen Sperrfrist vom Arbeitsamt, und von der Sozialhilfe, die du statt Arbeitslosengeld kriegst, wird 20% abgezogen, daß sind 60 Mark von 290 Mark im Monat."

„Einmal ABM und nie wieder", sagen die Jugendlichen. Viele hauen vor Ablauf des halben Jahres ab.

Ein Jugendlicher, 18 Jahre, berichtete: „Ich bin in der Jugendpension, das ist eine Einrichtung vom Internationalen Bund für Sozialarbeit. Das Landesamt zahlt Zuschüsse und das ganze nennt sich ‚sozialtherapeutische Wohngruppe'. Ich habe eine Zweiwochenfrist gekriegt von der Heimleitung. Ich sollte eine Arbeit nachweisen, oder ich fliege, sie wüßten, daß auf dem Arbeitsamt ABM-Arbeit zu kriegen sei. Die wollte ich nicht machen. Dann müßte ich gehen.

Früher war ich auch schon in einem geschlossenem Heim. Da bin ich abgehauen. Weil ich nichts zu essen hatte, habe ich einen Überfall gemacht und danach war ich ein halbes Jahr im Knast. Danach war ich zwei Wochen im Übergangslager Hütten für schwererziehbare Jugendliche. Das Jugendamt hat dann meine Betreuung abgelehnt. Jetzt muß ich hier raus. Das Sozialamt zahlt mir die erste Monatsmiete, 175 DM für die Saga-Wohnung. Dann werden sie wieder mit ABM ankommen. Eine andere Arbeit finde ich nicht, weil die Kapitalisten immer danach fragen, wo ich vorher war. Lager- oder Transportarbeiter will ich machen, aber da krieg ich nichts, auch nicht im Hafen."

Die Bourgeoisie läßt den bürgerlichen Staat Jugendheime bauen, Jugendstrafanstalten, und setzt Jugendsachbearbeiter bei der Polizei ein und beim Sozialamt, weil sie weiß, daß sich die Jugendlichen gegen Zwangsarbeit, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung wehren. Die Bourgeoisie setzt auch Pfaffen ein, um die Jugend zu mobilisieren für die „Kirche im Wandel", wie den Pastor Dr. Schutz in Hamburg, um „die christliche Idee, das Prinzip Liebe gemäß der Botschaft Jesu, heute wieder ganz ursprünglich neue gestaltende Kraft werden" zu lassen. Das soll der Jugend der Arbeiterklasse die Kraft nehmen, die sie hat, wenn sie sich zusammenschließt und gegen die Kapitalistenklasse kämpft, und sich am Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus beteiligt. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

220 DM durchzusetzen erfordert Kampf

„Jedes Prozent ist zuviel" (Spethmann, Vorstandsvorsitzender Thyssen)



Ausschnitt eines Plakates des KBW Bezirk Bremen Unterweser, Zelle Klöckner, zum Lohnkampf in der Stahlindustrie. Das untere Bild verdeutlicht die Spaltung der Belegschaft. Von links nach rechts sind die Bewertungen der Arbeitsplätze an einer Tandemstraße aufgeführt: *Steuermann*, Lohngruppe 7, plus 37 Punkte – *Walzer*, Lohngruppe 7, plus 48 Punkte – *Walzer*, Lohngruppe 9, plus 48 Punkte – *Kolonnenführer*, Lohngruppe 9, plus 59 Punkte – *Walzer*, Lohngruppe 7, plus 48 Punkte – *Walzer*, Lohngruppe 9, plus 48 Punkte – *Walzhelfer Auslauf*, Lohngruppe 6, plus 41 Punkte. Die Punkte werden für Umgebung, Belastung, Muskeln, Verantwortung usw. vergeben und bewirken eine Erhöhung des Effektivlohns.

Klöckner Osnabrück / Georgsmarienhütte. Am 27. September findet die Vertrauensleutesitzung bei Klöckner Osnabrück statt. Auf der Tagesordnung stehen ein Lagebericht des Betriebsratsvorsitzenden Lill und die Lohntarifrunde. Die Lage sei schlecht, diesmal sei so gut wie nichts drin, hört man die Sozialdemokraten sagen.

Um die angekündigten fünfhundert bis sechshundert Entlassungen durchzusetzen, schlagen die Klöckner-Kapitalisten gegenwärtig die Tatik vereinzelter Entlassungen und Umbesetzungen ein. Zu den 87 Arbeitern, die seit Januar von Osnabrück nach Georgsmarienhütte gekommen sind, kommen jetzt z.B. noch weitere 22.

Im September wird noch verstärkt Kurzarbeit gefahren, in mehreren Abteilungen in Georgsmarienhütte und Osnabrück. Seit mehreren Wochen stimmt der Betriebsrat in Osnabrück Entlassungen wegen „Fehlzeiten und mangelndem Arbeitseinsatz" zu.

Gegen diese Maßnahmen gibt es Widerstand. Diskussionsrunden in den Abteilungen und auf der Werksstraße waren an der Tagesordnung, um sich gegen die Umbesetzungen auszusprechen. Im Elektrobetrieb konnten fünf geplante Umbesetzungen verhindert werden. Um die Aufstellung der Forderung „200 DM mehr für alle!", die die Zelle propagiert, wird gegenwärtig im Betrieb die Auseinandersetzung geführt.

Mannesmann Hilden. Von der Vertrauenskörperleitung wurde zum Tariflohnkampf ein Fragebogen in die Abteilungen des Betriebs gegeben. Die Arbeiter sollten zur Höhe und der Art der Forderung befragt werden. „Die Mehrheit der Tagungsteilnehmer (Seminar mit dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Vertrauenskörperleiter des Bezirks Hagen) war darüberhinaus der Meinung, daß diesmal ein Festbetrag gefordert werden sollte, damit die Schere, die in den letzten Jahren durch die prozentualen Erhöhungen insbesondere zwischen Angestellten und Gewerblichen weit auseinandergegangen sei, sich wieder etwas schließe. Zumindest sei ein Sockelbetrag mit prozentualer Erhöhung zu fordern." In dem Fragebogen hieß es dann:

1. a) Kündigung Tarifverträge nur Lohn und Gehalt
   b) Kündigung „Stahltypische Zuschläge"
   c) Kündigung „Leistungszulage"
2. a) Festbetrag
   b) Sockel und Prozente
   c) Prozente
3. Wie hoch soll Eurer Meinung nach die Forderung sein?
   Prozente von 15 Prozent bis runter auf 7 Prozent
   Festbetrag von 200 bis 70 Mark
   Sockel von 120 bis 50 Mark und von 6 bis 2 Prozent.

Von den 14 Arbeitern der Dreherei haben 11 den Fragebogen so beantwortet: „Wir sind für 200 DM mehr für jeden Kollegen."

Klöckner Bremen. Die Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte Bremen fand statt in einer Lage von Massenentlassungen und dem anstehenden Tariflohnkampf. Das waren die Themen der Versammlung. Zum Lohn sagte der Betriebsratsvorsitzende (DKP-Mitglied), daß es auf der Vertrauensleutevollversammlung, wo die Forderung nach 10%, mindestens 136 DM aufgestellt wurde, eine lange, aber sachliche Debatte gegeben habe. Zur Höhe meinte er: Man könne ja gut mehr vertreten, aber ob man das auch durchsetzen könne? Denn schließlich wären ja nur drei Vertreter der Klöckner-Hütte Bremen in der 103 Mann starken Großen Tarifkommission, die die Forderung festlegt. Die Höhe von 10% soll sich zusammensetzen aus 4 bis 5% Preissteigerung, um 2% gestiegenen Steuern und Sozialabgaben (bezogen auf den Lohn) und aus 5% „Produktivitätssteigerung". Damit die Lohnschere nicht noch weiter auseinandergeht, hätte man für die unteren Lohngruppen einen Mindestsockel in Höhe von 136 Mark erhoben. Um die Forderungen durchzusetzen, sei notwendig die Einheit aller Arbeiter.

Danach trat ein Arbeiter für 200 DM Festgeld ein. Er hätte das mit seinen Kollegen am Hochofen besprochen. Eine Festgeldforderung entspreche allen Erfahrungen der Arbeiter.

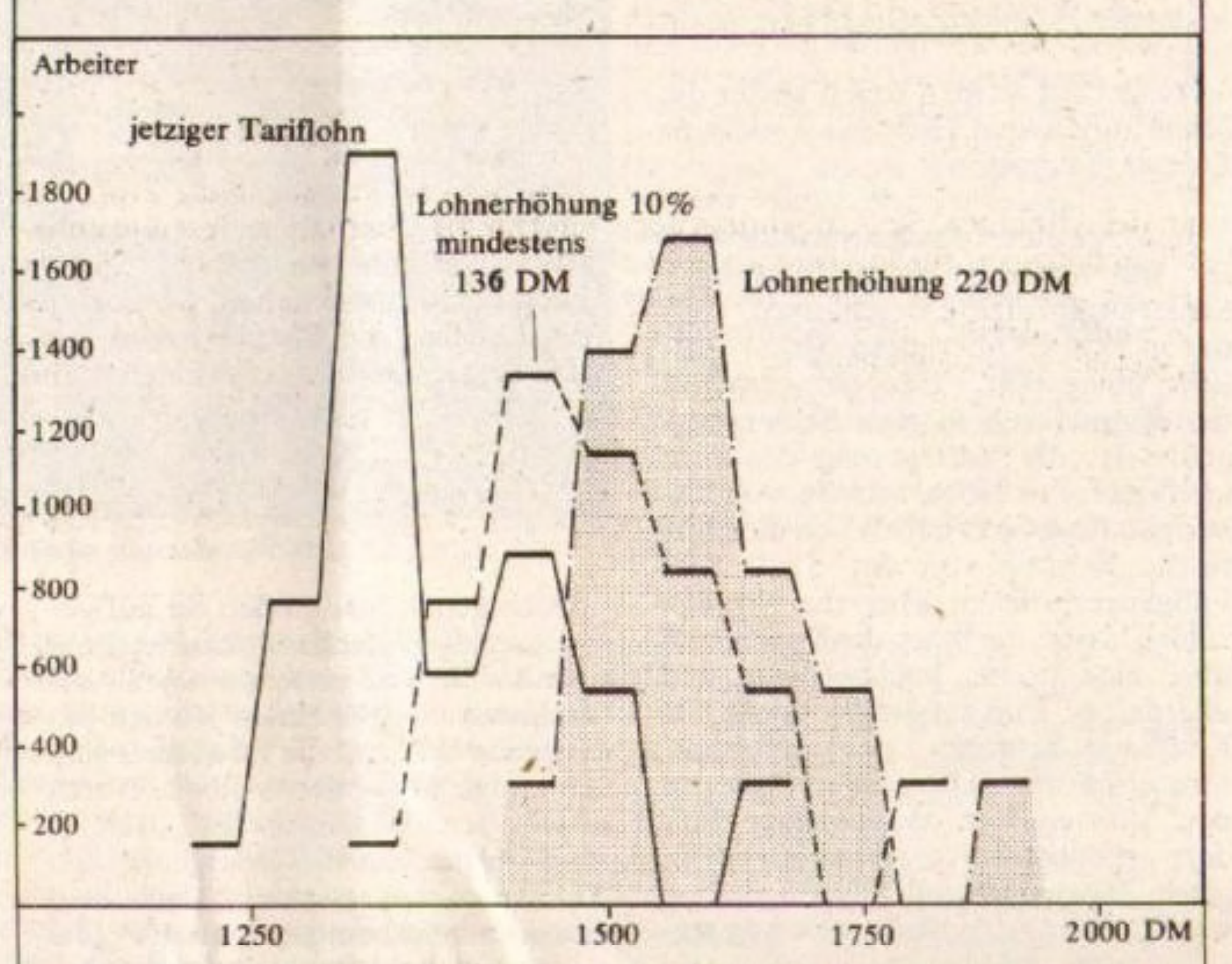
Ein anderer Kollege berichtete über die Neueinstufung in der Flämmerei von Lohngruppe 4 in Lohngruppe 5. Letztes Jahr haben die Arbeiter in der Abteilung gestreikt für die Neueinstufung, jetzt sei es ihnen „freiwillig" gegeben worden. Die Kapitalisten haben Aufträge für die Abteilung noch und nöcher. Würden die Arbeiter jetzt streiken, es würde die Kapitalisten schwer treffen.

Ein Genosse legte die Gefahr der Spaltung in diesem Tariflohnkampf dar: Es ist die Spaltung innerhalb der Belegschaft über Lohngruppen, Schichtsysteme, Punktebewertung. Die Forderung hat zur Folge, daß die unteren Lohngruppen abgespalten werden, weil die Forderung zu niedrig sei, als daß man dafür auch streiken könne. Geschmiert würden mit einer solchen Forderung Leute wie Meister, die treiben, gängeln, Druck ausüben. Zwischen beiden Gruppen wäre der Stamm der Facharbeiter, der aber in seiner sozialen Lage gedrückt würde, weil die beschlossene Forderung gut durch die Klöckner-Vertreter gedrückt werden kann.

Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Die Bedingungen für die Arbeiter sind gut. Wir haben das Plakat mit der 220-DM-Festgeldforderung im Aufgang der Waschkaue aufgehängt. Alle Arbeiter im Kaltwalzwerk haben es tagelang gesehen. – (Betriebszelle Klöckner)

Nur durch eine hohe Festgeldforderung kann der Gefahr der Spaltung begegnet werden!

Wirkung der 220 DM auf die Tariflohnverteilung bei Klöckner Werk Bremen



„Jedes Prozent Lohnerhöhung ist zuviel", hat jetzt Thyssen-Chef Spethmann die Marschrichtung zum Stahltarifkampf angegeben. Einen Mittelweg wird es nicht geben. Sich zu unterwerfen oder die richtige Forderung zum Kampf gegen die Absichten der Kapitalisten aufstellen, so steht es. In Bremen hat die SPD-DKP-Fraktion im Vertrauensleutekörper der Klöckner-Hütte einen mittleren Weg propagiert und als Forderung 10%, mindestens 136 DM aufgestellt. Wie sich diese Forderung auf das Bruttolohngefüge (ohne Zuschläge) im Lohnbereich Hütte Bremen auswirkt im Gegensatz zur Forderung von 220 DM ist in dem Schaubild dargestellt.

Die Durchsetzung der 220-DM-Forderung bewirkt deutlich das Zusammenrücken des Tariflohngefüges durch Anhebung der unteren Lohngruppen und bringt für alle Lohngruppen eine deutliche Lohnanhebung. Statt Verhinderung der Abspaltung der unteren Lohngruppen wird sie bei dem SPD-DKP-Vorschlag geduldet. 136 DM können die Tendenz, die niedrigen Löhne zu Elendslöhnen zu verwandeln, nicht aufhalten. Die 10 Prozent bringen für die mittleren und oberen Lohngruppen ebenfalls keine ausreichende Lohnerhöhung, sondern spreizen das Gefüge des Tariflohns weiter und setzen auf die Jagd nach Zuschlägen, die die jetzt schon vorhandene Spaltung noch krasser hervortreten lassen. Eine hohe Lohnforderung von 220 DM ist notwendig, um die Einheit im Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards herzustellen und etwas zu erreichen.

Vom Tariflohn allein kann keiner leben. Wird nicht durch hohe Festgeldbeträge dafür die Bedingung geschaffen, werden die Arbeiter durch Zwang zu Überstunden und die Jagd nach den Schichtzulagen den Kapitalisten in die Hände getrieben.

2. EMO – Fesselung der Produktivkräfte



Auf der 2. Europäischen Werkzeugmaschinenausstellung, „2. EMO", in Hannover wird eine Nietenherstellungsmaschine ausgestellt. In der Sekunde können damit 380000 Nieten hergestellt werden. Diese einzelne Maschine könnte alle anderen Nietenherstellungsmaschinen in Norddeutschland und darüber hinaus von der Produktionsleistung her ersetzen. Sie kann nicht verkauft werden. Genauso wie die anderen Werkzeugmaschinen, die computergesteuerten Anlagen, keinen Käufer finden. Das, obwohl der Maschinenpark in Westdeutschland zu 63% aus über 10 Jahre alten Maschinen besteht.

Das zeigt die tiefe Krise der kapitalistischen Profitproduktion und die totale Fäulnis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse: Das akkumulierte Kapital kann nicht mehr profitbringend in neuen Maschinen angelegt werden. Das erhöhte konstante Kapital würde sonst so auf die Profitrate drücken, daß sich die Produktion für die Kapitalisten nicht mehr lohnt. Stattdessen wird die Ausbeutung direkt durch Lohnsenkungen, Überstunden und Sonderschichten sowie durch Verdichtung des Arbeitstages verschärft. Müssen die Kapitalisten sich moderne Werkzeugmaschinen anschaffen, wie z.B. Klöckner/Osnabrück die numerisch betriebenen Drehmaschinen für die Herstellung großer Schmiede- und Stahlgußstücke, dann aufgrund der heftigen Konkurrenz und der Aussicht, eine Zeitlang gehörige Extraprofite zu ergattern, die ohne eine neue Stufe in der Rationalisierung und Ausbeutung nicht erreicht werden konnten. Die Entwicklung der Werkzeugmaschinen wird deshalb auch staatlich subventioniert. Für die technischen Entwicklungen in der Industrie stellt der bürgerliche Staat für 1977 allein 4 Mrd. DM aus dem Haushalt zur Verfügung.

Die Arbeiterklasse, die erste Produktivkraft, wird in beiden Fällen gefesselt und zerschlissen. Nur unter ihrer Herrschaft können die Produktivkräfte entfaltet und entwickelt werden. Das ist bekannt. Deswegen mahnte der Moderator der „Umschau am Abend" im NDR auch: Die Ausstellung sei nur etwas für „Fachleute", „einfache Menschen" könnten sich mit den Maschinen überhaupt nicht zurechtfinden.

Innerbetriebliche „Lohnerhöhungen"

Wolfsburg. Letzte Woche ist vielen Arbeitern des VW-Werks bekanntgegeben worden, daß die VW-Wohnungsbaugesellschaft die Mieten um 7 – 17 Pfennige pro qm erhöht. Die VW-Betriebskrankenkasse wird ab 1. November die Krankenversicherungsbeiträge um 15 bis 25 DM pro Monat erhöhen. Grund: Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz.

An den Endmontagebändern sind die neuen Fertigungspläne, durch die die VW-Kapitalisten 5% mehr unbezahlte Mehrarbeit einsaugen, inzwischen voll in Kraft getreten. Als Folge ist die Ausschußproduktion gewaltig angestiegen. Gleichzeitig werden je Spätschicht zwei Überstunden gefahren. Schmücker will jetzt eventuell eine Nachtschicht an den Bändern einführen. Die Sozialdemokraten aus dem Betriebsrat der Endmontage tönen bereits, es hätten sich über 200 Arbeiter allein aus Halle 12 gemeldet, die Nachtschicht arbeiten wollten. All dies zeigt mit aller Schärfe, der bestehende Tarif kann nicht über die Zeit halten. Die Sozialdemokraten versuchen, den Druck auf den Tarifvertrag abzuschwächen. Sie fahren dabei zweigleisig: Erst haben sie bekanntgegeben, sie werden mit dem VW-Vorstand über eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes verhandeln. Dies hätte den Vorteil, sagen sie, daß der erstrittene Lohn auch gleich tariflich abgesichert wäre, weil der Manteltarifvertrag unter anderem in diesem Punkt gekündigt ist. Letzte Woche haben mehrere Sitzungsgruppen des Großbereichs Zeitlöhner des Vertrauensleutekörpers die Forderung nach 600 DM Teuerungszulage erhoben. Insbesondere in der Endmontage sagen die Arbeiter dazu: „Für mehr Lohn müssen wir kämpfen. Das ist richtig. Aber für eine Erhöhung des Stundenlohns. Die 60 Pfennig mehr die Stunde ist richtig!"

Im Werk Braunschweig sollen auf Grund von Verlagerung von Teilen der Achs-Fertigung ca. 1300 der 5000 Arbeiter umgesetzt werden. Die Erfahrung zeigt, daß das für viele mit Lohnrückstufung verbunden sein wird. Im Werk Braunschweig haben die Sozialdemokraten zuerst die Forderung nach einem Teuerungszuschlag, allerdings von 500 DM, plaziert. Inzwischen haben sie Krach untereinander um die Frage, sollen die 500 DM als einmalige Zahlung oder 100 DM-weise bis zum Auslaufen des Tarifvertrages zu zahlen aufgestellt werden.

Die Sozialdemokraten begründen ihre Forderung mit dem Automobil-Boom. Sie sagen, es ginge nicht darum, daß die ganze Arbeiterklasse den Lohnkampf aufnimmt, sondern, daß die VW-Arbeiter aufgrund der guten Konkurrenz- und „Ertragslage" beteiligt werden. Solche Arbeitervertreter müssen es sich schon gefallen lassen, daß die Arbeiter sie stellen und fragen, was sie denn dagegen haben, daß die Automobilarbeiter die Lage nutzen wollen, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse den diesjährigen Tarifkampf anzuführen.

Jeder sieht, daß die Automobilkapitalisten die Scheiße in der Hose haben und den Kampf der Arbeiter fürchten, sonst würden sie den Sozialdemokraten niemals das Geschwafel über „Teuerungsausgleich" gestatten, was übrigens lediglich verdecken soll, daß Lohnraub schlicht das Ergebnis der sozialdemokratischen Lohnpolitik ist.

Also muß diese Lage genutzt werden. 60 Pfennig mehr pro Stunde au den Ecklohn, das schafft eine gute Ausgangslage für den bevorstehenden Tarifkampf. – (VW-Zelle Wolfsburg)

VFW: Die Arbeiter sollen das Risiko tragen

Bremen. Am 22.9. streikten bei VFW in Bremen ca. 1500 Arbeiter und Angestellte für zwei Stunden. Die Sozialdemokraten im Betriebsrat organisierten diesen Streik, die Festlegungen und Ziele dieses Streiks blieben im Dunkeln. Gegen die Entlassungen und daß das Geld noch nicht da ist, traten die Vertrauensleute auf. Nach dem Demonstrationsmarsch durch den Betrieb erfuhren wir in der anschließenden Versammlung, warum wir eigentlich gestreikt haben. Wir sollten die Resolution an den IG-Metall Gewerkschaftstag, die Tage zuvor als Unterschriftensammlung durchs Werk ging, mit dem Streik unterstützen und Druck ausüben. Darin wird gefordert: Erhöhung der Bürgschaft für VFW, keine Massenentlassungen und militärische Aufträge für die Luft- und Raumfahrtindustrie im Norden. Zu diesem Manöver waren die Sozialdemokraten gezwungen, denn die Anzahl der Unterschriften unter die Resolution hat gezeigt, daß die Sozialdemokraten unter diesen Forderungen die Arbeiter und Angestellten nicht einheitlich zur Demonstration bekommen hätten. So hatten z.B. in einer Abteilung von 50 nur zwölf die Resolution unterschrieben. Geschäftsführer Kosegarten setzte auf der Versammlung gleich nach: „Wenn das Geld aus Bonn nicht kommt, muß die 614 eingestellt werden, wir alle müssen jetzt gemeinsam den Karren aus dem Dreck ziehen. Wir müssen arbeiten wie die Wilden."

Mit ihren Sozialdemokraten, so hofften die Kapitalisten, werden sie die VFW-Arbeiter wehrlos machen können. Mit Pausenkürzungen und Zwang zu Überstundenarbeit haben die VFW-Kapitalisten in den nächsten Tagen gleich nachgesetzt. Dagegen führen die Arbeiter den Kampf. Der Betriebsrat wurde gezwungen, dagegen vorzugehen.

Fusion Conti/Phoenix – „Zukunftgerechte Zielsetzung“

Hannover/Hamburg. Nach mehrmaligen Anläufen haben jetzt die beiden größten Gummikonzerne Westdeutschlands fusioniert, Continental und Phoenix. Beide werden die Corona Kautschuk AG bilden. Corona, das war bislang eine Beteiligungsgesellschaft, die sowohl bei Conti als auch bei Phoenix als Hauptaktionär auftrat und deren Gesellschafter Bayer, die Deutsche Bank und die Münchner Rückversicherung sind.

In einem Flugblatt des Conti-Vorstandes heißt es dazu: „Beweggrund dafür ist eine Steigerung unserer Konkurrenzfähigkeit auf den in- und ausländischen Märkten und die dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze unserer Mitarbeiter.“ In der Jagd nach dem Höchstprofit hat das westdeutsche Finanzkapital mit den Gummikonzernen in den letzten Jahren Einbußen hinnehmen müssen. Der Marktanteil an Conti-Reifen in Westdeutschland ist z.B. von 30% auf 18% zurückgegangen. Die imperialistische Konkurrenz ist drückend. Das Ziel seit Ende der sechziger Jahre ist daher ein nationaler Gummikonzern. Daher ist es auch nur noch eine Frage der Zeit, wann der dritte große Gummikonzern Westdeutschlands Metzler, jetzt schon zu 100% in Besitz von Bayer, in den vom Finanzkapital geplanten Gummikonzern eingegliedert wird.

Daß diese Fusion eine dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze für die Belegschaften bedeutet, nimmt den Kapitalisten keiner der 30000 Beschäftigten der westdeutschen Gummikonzerne ab. Denn nach den „internen strukturellen Bereinigungen“, die jetzt weitgehend abgeschlossen seien, soll nun eine „zukunftsgerechte Zielsetzung verwirklicht werden“. Was das heißt, wissen die Arbeiter. Sind doch nach der gescheiterten Fusion von 71/72 bis heute die Conti um 10000 auf 18000 und Phoenix von 10000 auf 7800 Beschäftige „bereinigt“ ist doch die Ausbeutung so verschärft worden, daß trotz des Abbaus der Belegschaft der Pro-Kopf-Umsatz auf der Conti von 40000 DM auf 75000 DM gestiegen ist.

„Zukunftsgerechte Zielsetzungen“ fürs Finanzkapital, das geht nur über die Knochen der Arbeiter. Die Ausbeutung wird von den Belegschaften nicht hingenommen. Die Conti-Arbeiter haben in den letzten Jahren mehrere Streiks gegen Akkordverschärfung und Lohnsenkung geführt. Im letzten Tarifkampf hat der Vertrauensleutekörper im Werk Conti-Hannover/Vahrenwald 1 DM mehr beschlossen. Gegen die geplante Einführung eines sogenannten Pufferlohns, was weitere Lohneinbußen mit sich bringt, wird der Kampf jetzt organisiert. Die durch die Fusion sich verschärfenden Widersprüche zwischen den Arbeitern und Kapitalisten werden auch die Auseinandersetzungen verschärfen.

sogenannten Pufferlohns, was weitere Lohneinbußen mit sich bringt, wird der Kampf jetzt organisiert. Die durch die Fusion sich verschärfenden Widersprüche zwischen den Arbeitern und Kapitalisten werden auch die Auseinandersetzungen verschärfen.

Unterschriftensammlung für 60 Pfennig mehr die Stunde

Westberlin. Bei Eduard Winter, einem großen Reparaturbetrieb und Auslieferungslager für VW, ist von 14 Arbeitern ein Antrag an die Betriebsratssitzung vom 14.9. gestellt worden. Darin wird der Betriebsrat aufgefordert, eine Lohnerhöhung von 60 Pfennig in der Stunde bzw. 100 DM im Monat für alle gegenüber der Geschäftsleitung durchzusetzen.

Der Betriebsrat hat den Antrag bei einer Ja-Stimme, fünf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt. Es sei ja nur die Aufgabe des Betriebsrates, darauf zu achten, daß kein Arbeiter unter Tarif gezahlt bekommt, sagten die sozialdemokratischen Betriebsräte; und die meisten würden ja sogar übertarifliche Zulagen bekommen, was eine Freundlichkeit der Geschäftsleitung sei. Damit sollten die Arbeiter zufrieden sein.

Die Arbeiter setzen jetzt die Unterschriftensammlung fort. Der Betriebsrat wird entweder den Kampf unterstützen müssen oder das Vertrauen der Arbeiter vollständig verlieren.

Innerbetriebliche „Lohnerhöhung“

Kiel, MaK-Maschinenbau GmbH. Wie in früheren Jahren auch schon praktiziert, haben jetzt die MaK-Kapitalisten kurz vor dem Tarifkampf innerbetriebliche „Lohnerhöhungen“ angeordnet. Für jeden Arbeiter unterschiedlich und natürlich unter dem Siegel der Verschwiegenheit: 5, 10, 20, 30 oder 40 Pfennig mehr oder aber auch, und das für sehr viele, gar nichts; tariflich abgesichert Nullkommanix. Spaltung der Belegschaft und Abstumpfung des Lohnkampfes ist das Ziel dieser Aktion. Ruhe fürs Geschäft: Z.B. 810 Kampfpanzer „Leopard II“ und das Minensuch- und Abwehrsystem „Troika“ sollen die Arbeiter produzieren.

Auf der letzten Betriebsversammlung haben die sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten schnell die Versammlung abgebrochen, aus dem einzigen Grund, eine beantragte Beschlußfassung zu verhindern, die das Interessenvertretungsorgan der Belegschaft festlegen sollte auf die Unterstützung und Organisierung des Kampfs für die Forderung nach 60 Pfennig mehr pro Stunde als Voraussetzung und Grundlage für den bevorstehenden Lohnkampf und die Forderung nach ausreichendem Tariflohn für den Siebenstunden-Normalarbeitstag bei Verbot von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit.

Die Diskussion um die Forderungen und ihre Durchsetzung wird jedoch in den Abteilungen fortgesetzt.

„Bauen mit Bürgerbeteiligung“

„Schnelleres Enteignungsverfahren und Ausweitung des Vorkaufsrechtes“ für die kapitalistische Stadtsanierung

Kiel. Der Bericht des Magistrats der Stadt Kiel über die „Entwicklungsplanung 1974-1978“ hält zu Beginn fest: Kiel soll ausgebaut werden als „vielseitiger wirtschaftlicher Schwerpunkt zwischen Mitteleuropa und dem Ostseeraum“ und ist „Landeshauptstadt und Behördensitz mit überregionaler Bedeutung“. Den Expansionsgelüsten der westdeutschen Imperialisten auf die wirtschaftliche Beherrschung des gesamten Ostseeraums entsprechen die Maßnahmen in Kiel selbst:

– Ausbau der gesamten Hafenanlagen für verstärkten Personen- und Warenumschlag bei gleichzeitiger Bereitstellung von Liegeplätzen für Kriegsschiffe.
– Kernstück ist der „Generalverkehrsplan“, womit ein drittes Hufeisen um die Stadt gelegt und eine direkte Schnellverbindung zwischen den Militärstützpunkten Olpenitz an der Ekkernförder Bucht und Todendorf/Putlos an der Howachter Bucht hergestellt wird.
– Ausgebaut werden sollen weiter die Stichstraßen zum Hafen und wichtige Querverbindungen.

Im Zuge dieses Ausbaus hat die Kieler Ratsversammlung großangelegte Sanierungsprojekte beschlossen. Eins davon ist das Sanierungsprojekt „Südliche Innenstadt“. Hauptschwerpunkt der Kapitalisten in dem Sanierungsgebiet ist die Verlagerung des Einkaufszentrums Holstenstraße. Am bisherigen Endpunkt haben sich die Hertie-Kapitalisten von der Stadt Kiel Fußgängerbrücken über die Straßen zahlen lassen, die ihnen die Kundschaft über eine breite, hochgelegene und überdachte Einkaufsstraße durch das Kaufhaus hindurch, den „Holstentörn“, zuführen. Diese soll mit ebenso den Volksmassen abgepreßten Geldern erheblich verlängert werden. Die ganze Innenstadt soll Fußgängerzone werden. Das Auto bleibt weit weg stehen und für 1,50 DM pro Einzelfahrt müssen die Arbeiter und Angestellten dann im Bus zum Einkaufen fahren.

Zum Sanierungsgebiet gehört aber auch ein altes Arbeiterviertel. Lassen die Kapitalisten sonst keine Gelegenheit aus, die Schönheit Kiels zu besingen, so propagieren sie jetzt die Sanierung mit dem Nachweis, daß es sich bei den meisten der Wohnungen tatsächlich um unzumutbare Löcher handelt: Ohne Heizung, Bad, mit fließendem Wasser allenfalls von den Wänden!



Stadtsanierung südliche Innenstadt in Kiel

Doch genau hier stoßen sie auf geschlossenen Widerstand. Ein Rentner erzählt stolz, daß er schon damals die Faschisten mit glühenden Kohlen beschmissen hat, und die Bewohner sind sich einig: Sie wollen bleiben. Durch verschiedene Manöver der „Beteiligung“ versuchen die Bourgeois, den Widerstand zu zersetzen. Nach dem neuen Bundesbaugesetz sollen „die Bürger“ jetzt bereits bei der Bauleitplanung beteiligt werden. Der Kern der Sache ist folgender: „Seit Beginn des Jahres ist die Neufassung des Bundesbaugesetzes in Kraft. Sie soll Städteplanern, Baudezernenten, Stadtvätern unter anderem durch schnellere Enteignungsverfahren und Ausweitung des Vorkaufsrechts ein schärferes Instrument an die Hand geben …“ (Kieler Nachrichten)

Ob Kapitalistenansiedlung in einem Kleingartengebiet, der Bau einer Straße durch ein Wohnviertel oder die Sanierung mit Mieterhöhung im Gefolge, die die Arbeiterfamilie rausdrängt in die tristen Vorstädte: Die Kapitalisten hoffen, mit einer Zustimmung der Beteiligten für den Plan im Rücken, den einzelnen Kleingärtner oder Eigentümer von 500 Quadratmeter Grundstück isolieren und schnell enteignen zu können. So ganz geheuer ist ihnen die „Bürgerbeteiligung“ nicht. Zu lange könnte sich die Debatte um einen Bebauungsplan hinziehen, und es wird die Frage aufgeworfen, ob die Provinzialversicherung überhaupt noch bauen wird, wenn „die Beteiligung“ zwei Jahre und länger dauert. Überdies könnte sich trotz aller Einschränkungen die Beteiligung schnell zum organisierten Widerstand auswachsen, z.B. über die „Sanierungsbeiräte“. Deshalb hat die Bourgeoisie vorgebaut: „Eins ist aber sicher: Die letzte Entscheidung bleibt bei der gewählten Vertretung der Bürger, in Kiel bei der Ratsversammlung. Daran ändert die erweiterte Bürgerbeteiligung nichts.“ (Kieler Nachrichten)

In der gesamten Innenstadt gibt's kaum noch Wohnungen. Für die Arbeiterklasse bedeutet das Verdrängung in die Trabantenstädte mit ebenso kleinen und schlechten wie teuren Wohnungen. Für die, die in der Stadt bleiben wollen, heißt es Verschärfung des Mietwuchers durch „Sanierung und Modernisierung“. 7,2% der „Modernisierungskosten“ in den ersten drei Jahren, 4,8% in den nächsten drei Jahren erhalten die Hauseigentümer aus den Steuern der Arbeiterklasse und des Volkes. Schon 1872 hat F. Engels in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ festgestellt, daß die kapitalistische Gesellschaft eine ist, „in der … für die infamsten Schweineställe sich immer Mieter finden müssen; in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf beseitigt wird.“ – (Bezirk Holstein)

„Es gibt keine Zukunft für Dich“
Zeitschrift „Bravo“ propagiert den Punk-Rock
„Sie rocken, um zu schocken.“ ruhigt berichten, wie auf den Konzer- Bourgeoisie dann auch noch lustig Schüler und die arbeitslosen Jugendli-

„Es gibt keine Zukunft für Dich“

Zeitschrift „Bravo“ propagiert den Punk-Rock

„Sie rocken, um zu schocken.“ (Bravo 35/77). So lautet die Überschrift der Serie „Alles über Punk-Rock“ in der Jugendzeitschrift „Bravo“. Punk-Rock soll die neue Musik- und Lebenswelle sein, die seit einiger Zeit in England und jetzt auch in der BRD Fuß faßt. „Für zarte Gemüter sind der Punk-Rock und die Punk-Szene nicht das richtige … Kein Wunder, wenn man bedenkt, wo diese Musik entstand, wer sie macht. Typisch für Punker ist die Geschichte der Sex Pistols und ihres Bosses Johnny Rotten. Nach der Schule bemühte er sich vergeblich um eine Lehrstelle. Er fand keine. Mit Hilfsarbeiten und gelegentlichen Jobs hielt er sich über Wasser. Um seinem Leben einen Sinn zu geben und nicht in den Kneipen zu vergammeln, gründete er mit Freunden die Gruppe ‚London SS‘ … ‚Wir wollten weg von der Straße, weg vom Müll, etwas Sinnvolles machen, und die Musik war unsere Stütze‘, sagt Johnny Rotten.“ (Bravo 23/77) Oder Iggy Popp, einer der Mitbegründer des Punk-Rock, in einem Interview im „Club“, 20.9.77: „… da wohnten die Ärmsten der Armen, aber nebenan wohnten die Prokuristensöhne, und die waren reich, und zufällig mußte ich mit diesen Söhnen in dieselbe Schule gehen: Pech für die Söhne, ich war nämlich sauer auf sie, weil sie mehr hatten als ich, und damals wurde ich zum Punk-Rocker und tat alles, um den Söhnchen das Leben so schwer wie möglich zu machen.“

Jugendliche schließen sich den Punks an, weil sie scheinbar ihrer elenden Lage etwas entgegensetzen. Es ist nicht verwunderlich, daß die Punk-Bewegung am ausgeprägtesten in den imperialistischen Ländern hervortritt. Dort kommt die Fäulnis des Kapitalismus offen zutage und trifft die Arbeiterjugend am schärfsten. Hohe Arbeitslosigkeit treibt die Jugend ins Elend, diese verschäft die Unterdrükkung in der Schule, die Ausbeutung im Betrieb und schürt die Konkurrenz. Die Jugend rebelliert dagegen. In den Punks tritt diese Rebellion auf brutale Weise hervor. Darüber schreckt die Bourgeoisie ein wenig auf: „Noch nie ist Rock so wild, so rasend, so knallhart gespielt worden. Es ist kaum noch Musik, es ist ein einziger Donner, der einen tief in der Magengrube trifft“ (Bravo 41/76). Aber dann kann sie beruhigt berichten, wie auf den Konzerten die Jugendlichen in blinder Zerstörungswut alles zertrümmern und sich gegenseitig zusammenschlagen. Befriedigt druckt sie dann solche Texte ab wie eines der bekanntesten Lieder der Sex Pistols:

„Gott schütze die Königin,
ein faschistisches Regime.
Es macht aus uns einen Schwachsinnigen,
einen, der irgendwann einmal wie eine H-Bombe explodiert.
Gott schütze die Königin!
Sie ist kein menschliches Wesen,
es gibt keine Zukunft für Englands Traum.
Laß dir sagen, was du willst,
laß dir nicht sagen, was du brauchst.
Es gibt keine Zukunft, keine Zukunft für dich.“

Ja, solch eine Bewegung, die der Jugend sagt, es gäbe keine Zukunft für sie und ihr keine Zukunft weist, kann der Bourgeoisie nur recht sein. Denn solange die Jugend sich nicht anders zusammenschließt als in Gruppen, die gegen alles und nichts sind, wird es für sie nicht gefährlich. So macht sich die Bourgeoisie dann auch noch lustig über das starke Gerechtigkeitsgefühl einiger Punk-Anhänger: „Und Rassismus gibt es auch keinen: ‚Wir unterhalten uns sogar mit Negern‘, sagen sie. Und schon ist alles wieder Friede, Freude, Eierkuchen. Obwohl sie im Grunde ihres Herzens alles große Scheiße finden.“ (Pop-Foto 9/77)

Die Jugend weiß nicht, wodurch ihre elende Lage bestimmt ist. Für sie soll Arbeitslosigkeit halt da sein. Ihre Zukunft ist unsicher und unbestimmt. So ein Lehrling aus meinem Betrieb: „Wenn ich nicht übernommen werde, verpflichte ich mich halt beim Bund. Was soll ich sonst auch machen, als Schriftsetzer bekomme ich ja doch nie mehr Arbeit“. Ein anderer: „Wenn ich fliege, bin ich halt arbeitslos“. Schüler, die keine Lehrstelle finden, wissen noch weniger, warum sie arbeitslos auf der Straße stehen, noch, was sie erwartet. Dadurch, daß sie nicht die Erfahrungen der Arbeiterklasse haben, wissen sie nicht, wo ihr Feind sitzt. Die Schüler und die arbeitslosen Jugendlichen haben noch nie die praktische Erfahrung gemacht, daß ihr Dasein durch die Ausbeutungsinteressen der Kapitalistenklasse bestimmt ist. Ihre Rebellion soll ins Blinde gejagt werden. Oder sie sollen vor den Kampfaufgaben gleich kapitulieren. Meinte neulich ein älterer Arbeiter, sein Sohn, der gerade noch eine Lehrstelle gefunden hat, wäre jetzt auf der christlichen Linie abgefahren. Da sagt der doch glatt: „Wenn Gott will, daß ich Samstag frei habe, dann krieg ich auch frei.“ Die älteren Arbeiter wissen ganz genau, daß man nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß so etwas erreichen kann.

Zusammenschließen kann sich die Jugend nur, wenn sie ihren Feind erkennt. Dann kann sie ihn bekämpfen und ihre Lage ändern. Die spontane Rebellion der Jugend zu organisieren und in die richtige Richtung zu führen, das ist Aufgabe der KJBs. – (KJB Osnabrück-Emsland)

Warum Jugendliche eine Kirche anzündeten

Interview mit einem Wilhelmshavener Pfaffen

Wilhelmshaven. Am 11.9. sind zwei Arbeiterjugendliche in die Kreuzkirche der Wilhelmshavener Baptisten eingedrungen, haben an der Kanzel Feuer gelegt, die Kirche mit Eiern beworfen und RAF-Parolen drangemalt. Der Kommunistische Jugendbund hat den Pfaffen interviewt. Auf die Frage, was seiner Meinung nach die Jugendlichen bewog, die Kirche anzuzünden, meinte er, daß er gar nicht verstehen könnte, warum die Jugendlichen hier nicht hinkommen, um mit ihm über ihre Probleme zu sprechen.

Aus dem folgenden Auszug aus dem Interview mit dem Pfaffen Schlüter wird klar, warum sie es nicht tun:

KJB: An der Hauptschule Nogatstraße mußten alle Schüler an einer Pflichtveranstaltung mit dem Wanderprediger Tesch teilnehmen, der den Jugendlichen sagte, früher habe er auch schlechte Noten in der Schule gehabt und Krach zu Hause. Aber dann fand er zu Jesus und alles wurde besser. Ist das nicht eine Verhöhnung der Lage der Jugend durch die Kirche?

Antwort des Pfaffen Schlüter: „Seine Aussage sollte dahingehen, daß meine schlechte Benotung in der Schule oder überhaupt meine schlechte Position in der Schule darauf zurückzuführen sein kann, daß ich resigniert habe, dem Leben nichts abgewinne, daß ich die Dinge laufen lasse, vielleicht auch als Protesthaltung meinen Eltern und Erziehern gegenüber, und daß durch die Lebensgemeinschaft mit Jesus etwas so total neu wird in meinem Leben, daß ich mich von da ab auf den Hosenboden setze, daß ich mich bemühe, ein anderes Leben zu führen, auch einzubringen, was ich an geistigen Fähigkeiten habe, so daß ich nun mit einem Schlage ein besserer Schüler werde.“

KJB: Wie bekommt man denn gute Noten?

Schlüter: „Gute Noten bekomme ich doch in erster Linie dadurch, daß ich fleißig bin und etwas lerne.“

KJB: Was sagen Sie einem Jugendlichen, der arbeitslos ist und zu Ihnen kommt?

Schlüter: „Wenn er kommt und mich fragt, was er tun soll, dann habe ich keine Patentlösung für ihn. Ich müßte fragen, wo er herkommt, was er für eine Schulbildung hat, welche Möglichkeiten sich für ihn auftun, und wir haben jemanden, der arbeitslos ist, der einfach keine Arbeit findet, weil er nicht die allerbesten Zeugnisse hat, aufgrund seiner geistigen Begabung, dann stehen wir vor dem Problem, was können wir denn tun, als daß wir ihn ermutigen, die Flügel nicht hängen zu lassen. Daß er sich beim Arbeitsamt meldet und fragt, ob sie einen Job für ihn haben. Und jede Arbeit annimmt, die er kriegen kann, um über die Runden zu kommen.“

Soweit das Interview. Es ist überhaupt nicht verwunderlich, wenn Arbeiterjugendliche gegen die Unterdrückung, wie sie die Kirche z.B. in den CVJM-Heimen betreibt, die sie am eigenen Leibe erfahren haben, eine Kirche anzünden, nur nützen tut es nichts. Dadurch kann man sich des Pfaffenpacks nicht entledigen. Zusammenschließen muß man sich und den Kampf aufnehmen gegen die verrotteten Verhältnisse. – (KJB Wilhelmshaven)

Krankenpflegeschüler verweigern die Nachtwache

Kämpfe gegen Rationalisierungsmaßnahmen im Krankenhaus

Braunschweig. In den Braunschweiger Krankenhäusern werden umfangreiche Rationalisierungen durchgeführt. Seit etwa zwei Jahren wird kein Ersatz mehr für Dauernachtwachen eingestellt, sondern Schwestern aus dem Tagesdienst zu Nachtwachen abgezogen. Verstärkt herangezogen werden sollen die Schwesternschülerinnen, die mit eins zu drei auf den Stellenplan angerechnet sind. In der Kinderklinik Holwedestraße ist es bereits so, daß eine Schülerin nach einem halben Jahr Ausbildung nachts eine Station mit ca. 20 Kindern allein zu versorgen hat. Die offizielle Verantwortung trägt eine Hauptnachtwache, die noch sechs andere Stationen zu betreuen hat und gleichzeitig den Dienst in der Aufnahme verrichten muß. Das Ganze hat die Auswirkung, daß oft etwas passiert. Zum Beispiel hat eine Schülerin Infusionen, die für 24 Stunden angesetzt waren, in zwei Stunden durchlaufen lassen, was zu Komplikationen bei dem betreffenden Kind geführt hat. Das einfach deshalb, weil eine Schülerin nach einem halben Jahr Ausbildung nicht die Kenntnisse und Erfahrungen hat, um selbständig die Pflege durchzuführen. Auf der letzten Auszubildendenversammlung ist von 70 Anwesenden der Beschluß gefaßt worden, daß die Schülerinnen keine Nachtwache mehr machen und daß die Anrechnung der Schüler auf den Stellenplan beseitigt wird. Ein Kurs der Kinderkrankenpflegeschüler hat die Nachtwachen geschlossen verweigert. Die Oberschwester aus dem Krankenhaus Hohenzollernstraße hat ihren geplanten Antrag, daß die Schülerinnen dort Nachtdienst machen müssen, fallenlassen.

Jetzt stellen sie einzeln Anfragen an die Schülerinnen, bekommen aber Absagen. Obwohl auf allen Stationen Personalmangel herrscht, werden 18 Rot-Kreuz-Pflegeschüler nach ihrem Examen nicht übernommen.

Für vier neue Stationen wird das Personal von anderen Stationen abgezogen. In der Salzdahlumerstraße werden acht im OP freigewordene Stellen nicht mehr besetzt. Zwei Operationssäle mußten bereits geschlossen werden. Die Kranken müssen tagelang und wochenlang auf ihre Operation warten, weil das verbliebene OP-Personal trotz Überstunden nicht das volle Programm schaffen kann.

Auf den Stationen ist es nicht anders. „Wenn jetzt noch jemand krank wird oder in Urlaub geht, müssen wir ein Krankenzimmer schließen", wird häufig von Schwestern geäußert. Das ist in diesem Sommer bereits mehrmals durchgeführt worden. „Wir machen uns doch nicht für die Sparmaßnahmen der Stadt kaputt." In der Holwedestraße hat die Dienstaufsicht das System der „Partnerstationen" wieder eingeführt, das heißt, eine oder mehrere Schwestern werden morgens für zwei Stationen eingeteilt und müssen dann von Station zu Station springen, wo gerade Not am Mann ist.

Die Rationalisierungen sollen die Verschlechterung der medizinischen Versorgung durchsetzen im Sinne des Ehrenbergprogramms. Vor drei Wochen ist ein Rentner mit Leberzirrhose nicht auf die Intensivstation, sondern auf eine normale Station gelegt worden, weil zwei Pflegekräfte noch 14 andere Patienten zu versorgen hatten. Am anderen Tag war er tot. Als das öffentlich bekannt wurde, sollte ein Krankenpfleger der Station, der zuvor schon wegen seiner Unterschrift unter einen Leserbrief von 37 Krankenhausbeschäftigten gegen das Kostendämpfungsgesetz strafversetzt worden war, entlassen werden. Aus Betrieben, Schulen und Hochschulen kam Protest gegen die Entlassung. Die ÖTV-Betriebsjugendgruppe am Krankenhaus hat erklärt, den Kampf gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz fortzusetzen. 24 Angehörige von Patienten haben sich in der Besuchszeit gegen die Entlassung ausgesprochen, weil es richtig ist, wenn Beschäftigte der Krankenhäuser sich mit dem, was in den Krankenhäusern passiert, an die Öffentlichkeit wenden. Die Entlassung konnte zurückgeschlagen werden. – (Bezirk Braunschweig/Östliches Niedersachsen)

Befürwortung des Kostendämpfungsgesetzes in der Gewerkschaftszeitung wird nicht hingenommen

Bockenem. Mehrere Arbeiter der Meteor-Moosgummiwerke haben einen Leserbrief an die „Gewerkschaftspost", die Zeitung der IG Chemie, Papier, Keramik gegen das am 1. Juli in Kraft getretene Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz gerichtet. Unter der Überschrift „Wessen Gesundheit durch die Profitproduktion ruiniert ist, soll mit dem KVKG den Rest kriegen" nehmen die Arbeiter Stellung gegen die Befürwortung dieses Kranken- und Altenvernichtungsprogramm in der August-Nummer der „gp":

„(. . .) Wir haben nicht die Absicht, die Ursachen der sog. ‚Kostenexplosion im Gesundheitswesen' bei den Versicherten, also bei uns selbst, zu suchen. Unsere tägliche Erfahrung widerspricht dem. Bei den Meteor-Moosgummiwerken . . . arbeiten mehr als die Hälfte der über 700 Kollegen in 2- bzw. 3-Schichtarbeit und acht von zehn Kollegen im Akkord. Entsprechend sieht der Gesundheitszustand der Arbeiter aus. (. . .) Unsere Meinung ist, daß wir die Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten erkämpfen müssen, um damit Schluß zu machen, daß die Kassen gegen die Versicherten eingesetzt werden. Bezahlen sollen die Beiträge ausschließlich diejenigen, deren Gier nach Höchstprofiten für den Raubbau an der Gesundheit der Arbeiter verantwortlich ist. Dies sind alte Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Es wird höchste Zeit, sie durchzusetzen. Das geht nur, wenn wir Arbeiter mit unseren Gewerkschaften den Kampf gegen das KVKG führen und die Durchsetzung der einzelnen Maßnahmen insbesondere in den Krankenhäusern verhindern."

Beschlüsse zur Vorbereitung des GEW-Gewerkschaftstages vom 30.10, bis 4.11. in Mannheim

Hannover. Die 3. Kreisdelegiertenversammlung des Kreisverbandes Hannover-Stadt der GEW hat am 17.8.77 bei etwa 120 anwesenden Delegierten folgenden Beschluß gefaßt (Auszug):

„Zum 1.8.77 sind die ca. 2000 Hochschulabsolventen als BAT 2/3-Lehrer in den Schuldienst eingestellt worden. Ohne ihre Ausbildung beendet zu haben, erfüllen sie die Funktion vollwertiger Lehrkräfte und helfen somit, den Unterrichtsausfall an den Schulen zu verschleiern. Teilweise werden sie aus Geldern finanziert, mit denen Planstellen hätten besetzt werden sollen. (. . .)

Die Kreisdelegierten-Konferenz der GEW-Hannover-Stadt fordert alle Personalräte auf, die Einstellung von Lehrern auf 2/3 BAT-Stellen statt der Einstellung in den Vorbereitungsdienst oder auf eine Planstelle abzulehnen und sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die Hochschulabsolventen ins Referendariat übernommen werden." (Einstimmig)

Hannover. Am 2. und 3.9. trat in Hannover die Jahreshauptversammlung der Fachgruppe Gymnasien der GEW Niedersachsen zusammen und faßte folgende Beschlüsse:

– Mindestens ein freier Samstag an niedersächsischen Schulen

– Keine Beschränkung der Studienplatzkapazitäten

– Geplante Rückstufungen im Zusammenhang mit dem Stufenlehrer werden zurückgewiesen, alle Lehrer werden einheitlich nach A 13 besoldet, keine Lehrerausbildung nach Schultypen oder -stufen

– Verlangt wird zur Tarifrunde eine Festgeldforderung, rechtzeitige Beratung unter Konsultation anderer Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsituation müssen berücksichtigt werden, öffentliche Aufklärung.

– Einstellung aller vom Berufsverbot betroffenen Kollegen, Aufhebung des Radikalenerlasses und seiner Durchführungsbestimmungen

– Einstellung aller verspätet ins Referendariat eingetretenen Kollegen auf volle Planstellen.

Westberlin. 13 Kollegen der Betriebsgruppe der ÖTV des Bezirksamtes Reinickendorf, Abteilung Sozialarbeit, Bereichsversammlung Alt-Reinickendorf, haben einen Brief an den Landesvorstand der GEW-Berlin und an den Landesvorstand der GEW im DGB geschickt (Auszug):

„Die GEW hat sich in diesem Jahr zum ersten Mal am Tarifkampf beteiligt. Diesen Schritt begrüßen wir, weil er die Einheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst stärkt. In vielen GEW-Gliederungen wurden die Forderungen nach einem Festbetrag unterstützt. Der Bundesvorstand der GEW ist jedoch von Anfang an für die spalterische 8%-Forderung des ÖTV-Hauptvorstandes eingetreten. (. . .) Damit es in der kommenden Tarifauseinandersetzung nicht mehr passiert, daß der Bundesvorstand der GEW eine Spalterforderung unterstützt, fordern wir euch auf, solche Delegierte zu der bevorstehenden Bundesvertreterversammlung zu schicken, die dort den Antrag für Festgeld einbringen und unterstützen. Dies ist um so notwendiger, als wir nach dem elenden Prozentabschluß in diesem Jahr unsere ganze Kraft und Einheit brauchen werden, um die so notwendige Reallohnerhöhung durchzusetzen."

Hamburg. Die Sozialdemokraten in der Hamburger GEW-Führung bereiten den Gewerkschaftstag auf ihre Weise vor: Die Fortsetzung der 2. ordentlichen Landesvertreterversammlung, die für Ende September 77 geplant war, ließen sie stillschweigend fallen. Auf dieser Landesvertreterversammlung sollte u.a. ein Antrag gegen das Notensystem verhandelt werden. Da nach dieser Planung keine Landesvertreterversammlung mehr vor dem Gewerkschaftstag stattfinden kann, sabotieren die Sozialdemokraten um den GEW-Landesvorsitzenden Lembke jede weitere Beschlußfassung auf Landesebene.

Kiel. Der Landeshauptausschuß der GEW hat am 21.5.77 zum Gewerkschaftstag beschlossen: „Der Gewerkschaftstag der GEW wendet sich gegen jeden Versuch der Behinderung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten im Öffentlichen Dienst."

Die „herbe Kritik" der Barmer Ersatzkasse

Eine „Prognose", daß die Barmer Ersatzkasse „ihre Beiträge mit Sicherheit stabil" halten könne, könne es „nur" noch für das Jahr 1977 geben.

Schuld sei die „Sanierung der Rentenversicherung". 400 Mio. DM gingen da den Mitgliedern verloren. Mit anderen Worten: Die Rentner liegen jetzt den „Mitgliedern" auf der Tasche und verursachen die Beitragserhöhung. Die „herbe Kritik": Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz habe die im stillen „so hoffnungsvoll eingeleitete Entwicklung" der Barmer Ersatzkasse „unterbrochen".

„Ein Plus von 256,4 Mio. DM" hätten sie durch Einschränkung bei der ambulanten ärztlichen Versorgung, Krankengeld, Genesendenfürsorge und Vorbeugung „erwirtschaftet". Für diese „erfolgreichen Bemühungen" hat die Vertreterversammlung den Vorstand „einstimmig entlastet". Entlasten werden die versicherten Arbeiter und Angestellten solche Mordgehilfen Ehrenbergs sicher nicht. Sie davonjagen und die Versicherung in die eigene Hand nehmen ist der richtige Weg.

1,2 Milliarden DM aus den Postlern herausgeholt

Bis 1981 sollen 25 Milliarden Mark in der Bundesbahn investiert werden. Für 25 Milliarden Mark sollen Computer und Beförderungsanlagen angeschafft werden, um die Schweißauspressung der Eisenbahner weiter voranzutreiben. Die Deutsche Eisenbahn soll dem Vorbild der Post folgen: Vorbild in der Rationalisierung, im Rausschmiß von Postarbeitern und -angestellten und im Drücken des Lohnes. Über 10000 Postarbeiter sind in den letzten beiden Jahren entlassen worden und die restlichen mußten eine wachsende Anzahl Briefe befördern und mehr Telefone anschließen. Wie die 1,2 Milliarden Mark Gewinn, die die Bundespost in ihrem neuesten Geschäftsbericht ausweist, aus den Postlern herausgeholt wurden, schreibt der Vorstand im Geschäftsbericht selber: „Die Beobachtung des Verhaltens der technischen Einrichtungen in den Verstärkerstellen wurde mit Fernüberwachungseinrichtungen zentralisiert. Dabei wird von wenigen ständig besetzten Stellen eine Vielzahl von Verstärkerstellen überwacht und das Betreuungspersonal gezielt eingesetzt." Einige Beamte werden als Überwacher eingesetzt, um die anderen Arbeiter, Angestellten und Beamten verstärkt anzutreiben. Spaltung ist ein wichtiges Mittel der Profiterwirtschaftung. Als „Sachverständige" stehen dem Verwaltungsrat der Bundespost dabei erfahrene Ausbeuter zur Seite: Hesselbach als Vorsitzender des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft, Sanden vom Vorstand der Siemens AG und Christians vom Vorstand der Deutschen Bank. Hesselbach ist gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates. Einmütig stellt der Verwaltungsrat fest: „Die Deutsche Bundespost betreibt die Rationalisierung der Arbeitsabläufe in Betrieb und Verwaltung als eine Daueraufgabe." Der Stopper soll allgegenwärtig sein, die Arbeitshetze weiter gesteigert werden.



Die Bundesbahn hat in den letzten drei Jahren fast 30000 Eisenbahner „wegrationalisiert". Das geht einher mit weiteren Schikanen bei der Beförderung. Der Bundesbahnvorstand hat weitere Pläne zur Rationalisierung des Fahrkartenverkaufs vorgelegt, nach denen der Verkauf von Fahrkarten bis 50 Kilometer zwingend auf „zonenorientierte Fahrausweisautomaten" zu verlagern ist, und der Zwang zur Selbstbedienung über Automaten nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch im Nahverkehrsbereich des allgemeinen Schienenverkehrs eingeführt werden soll. Ist das nicht wieder Anlaß genug für Entlassungen und eine Fahrpreiserhöhung? – (Z-Red.)

Verschärfte Prüfverfahren bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte abgelehnt

Westberlin. Die Bourgeoisie will die Versicherungskassen zum Zweck der imperialistischen Expansion plündern. Die Plünderung der Versicherungskassen soll reibungslos ablaufen, und darauf sollen auch die Beschäftigten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) ausgerichtet werden. Die Geschäftsführung weiß, daß sie das ohne Kontrolle und Bespitzelung der Beschäftigten nicht in den Griff bekommen kann. Sie hat deshalb die Prüfungsverfahren in den Abteilungsleitungen ab 1.9.1977 verschärft. Die Arbeit der Beschäftigten aus den Leistungsdezernaten (Renten- und Versicherungsabschnitte) werden dabei genauestens unter die Lupe genommen.

Die Geschäftsführung der BfA begründet das mit der zu hohen Fehlerquote, die zum Beispiel bei Rentenauskünften, Versicherungsverläufen und Rentenbescheiden auftritt. Das soll abgebaut werden, denn die „Verringerung der Fehler muß das Anliegen aller Beschäftigten der BfA sein", so Direktor Kaltenbach. Dazu wurden die Prüfstellen in den Abteilungsleitungen von bisher 15 auf 23 erweitert.

Daß die Geschäftsführung mehr vorhat, als nur Fehler bereinigen zu lassen, wird an der Behandlung der auftretenden Fälle deutlich. Neben der Intensivierung der Überprüfungen soll vor allem festgestellt werden, wer die Fehler verursacht hat.

Als Fehler werden bereits das Vergessen der fortlaufenden Numerierung der Seiten in den Akten oder ein Schreibfehler bei der Berichtigung der Adresse des Versicherten gewertet. Darüber wird eine Meldung an das Dezernat geschickt, in dem der Angestellte arbeitet. Der zuständige Bereichsleiter führt eine „Belehrung" durch und erstellt darüber ein Protokoll. Dieses Protokoll wird in der Abteilungsleitung aufbewahrt. Wie man sieht, ein perfektes System der Kontrolle, mit dem die Arbeitsbedingungen verschärft, die Konkurrenz geschürt und die Rationalisierungsmaßnahmen vorangetrieben werden sollen.

Schikane und Bespitzelung auf der einen und Senkung des Lohnes auf der anderen Seite, das will die Geschäftsführung. Wer die Arbeitshetze nicht mehr durchstehen kann, wer also nicht die geforderte „Leistung" erbringt, der soll in Zukunft auch weniger Lohn bekommen oder als erster wegrationalisiert werden. Wer das sein soll, wird jetzt bereits durch das Prüfverfahren festgestellt.

Der Personalrat der BfA hat die Prüfverfahren abgelehnt. Er wendet sich gegen die verschärfte Kontrolle und die wachsende Arbeitshetze, die die hohe Fehlerquote erst hervorruft und fordert die Geschäftsleitung auf, Neueinstellungen für die Leistungsdezernate vorzunehmen. – (Zelle BfA/Westberlin)

Programmvorschau Mittwoch, 28. September, 21.15 Uhr, ZDF

Es muß nicht immer Kaviar sein

Ein Fernsehfilm nach dem Roman von Johannes Mario Simmel. Untertitel: Die tolldreisten Abenteuer und auserlesenen Kochrezepte des Geheimagenten wider Willen Thomas Lieven.

„Thomas Lieven liebte: schöne Frauen, elegante Kleidung, antike Möbel, schnelle Wagen, gute Bücher, kultiviertes Essen und gesunden Menschenverstand. Thomas Lieven haßte: Uniformen, Politiker, Krieg, Unvernunft, Waffengewalt und Lüge, schlechte Manieren und Grobheit."

„Als Kitty zufällig die lange, schmale Hand ihres Arbeitgebers (Thomas Lieven, Red.) berührte, durchlief sie ein süßer Schauer. Was für ein Mann, dachte sie . . ."

Ausgewählte Worte aus dem Prolog zum Buch, auf das sich der Film, jetzt bereits in der siebten Folge, ziemlich genau bezieht. Thomas Lieven, der Held, ist ein Bourgeois, Mitinhaber einer Londoner Privatbank, liest die „Times" und die „Financial Times", wie sich das eben für einen Bourgeois gehört. Dieser feine Herr schmarotzt sich kriegsgewinnlerisch, hurend und prassend als Agent verschiedener imperialistischer Bourgeoisien durch den Zweiten Weltkrieg und endet schließlich als couponabschneidender Besitzer eines Schlemmerlokals an der Seite einer Weltkriegshure in den Vereinigten Staaten.

„Er war nur ein ewig gejagter, ewig verfolgter, niemals in Frieden gelassener Mensch, der stets versuchen mußte, das Beste aus einer schlimmen Sache zu machen – wie wir alle." So beschreibt Simmel, selbst von der Bourgeoispresse als „Antifaschist" hochgelobt, diesen verkommenen Bourgeois. Der „Antifaschist" Simmel läßt Thomas Lieven als Agent der deutschen Abwehr eine französische Widerstandsgruppe aufbringen und hetzt gegen die Führerin der Gruppe: „Sie sprach schnell und sicher. Sie beherrschte die Männer, so wie Chantal (eine Gangsterchefin aus Marseille, Red.) die Ganoven ihrer Bande beherrscht hatte. Anstelle von Leidenschaft und Temperament operierte die Blonde mit intellektueller Kälte." Darin besteht der „antifaschistische" Beitrag des Autors Simmel, daß er die einzige überhaupt benannte bewußte politische Aktion der Volksmassen gegen das faschistische Besatzerregime in Frankreich durch den Bourgeois Lieven zersetzen und verraten läßt und ihre Führer verleumdet. Das ganze noch pazifistisch verbrämt. Denn Lieven schlägt nicht, schießt nicht, foltert nicht, vergast nicht, wirft auch keine Bomben, er haßt Gewalt. „Jeder von uns hat vom Lieben Gott die Fähigkeit mitbekommen, zu denken. Lasset uns einmal ein Weilchen weniger glauben und mehr denken! Wunderbar werden die Folgen sein. Es wird dann nicht einmal mehr Kriege geben. Denn es sind doch nur Menschen, die den Krieg machen, also müssen Menschen ihn auch verhindern können." Willy Brandt hat für solche Reden den Nobelpreis von der Bourgeoisie bekommen. Sie preisen den Frieden für die Ausbeuter, indem sie die Klassen in gottgewollte vernunftbegabte Menschen auflösen wollen, wo jeder vernünftigerweise an seinem Platz bleiben soll. „‚Vernünftig' nennen die Arbeiter meinen Freund Bastian (den Geschäftsführer seines Schlemmerlokals, Red.). Ich glaube, mit der Vernunft könnten wir es alle schaffen!"

In der siebten Folge am 28. September läßt ein übereifriger Sturmbannführer Eicher den doch so nützlichen Bourgeois Lieven aus Marseille entführen und drei Tage lang unsanft behandeln. „Vernünftigerweise" läßt sich daraufhin Lieven auf ein Geschäft mit dem deutschen Staatssicherheitsdienst ein, sich zum Fallschirmspringer ausbilden und gegen die französische Widerstandsgruppe als deutscher Agent in der Uniform eines britischen Offiziers einsetzen.

Je mehr sich die Klassengegensätze verschärfen, desto nötiger hat die Bourgeoisie diese Sorte Propaganda und Schreiberlinge wie Simmel. Es ist kein Zufall, daß Simmels Schmöker, Anfang der 60er Jahre geschrieben, jetzt als Dauerserie im Fernsehen läuft. Die Bourgeoisie bereitet den Krieg vor und muß diese Vorbereitungen mit Friedensgesäusel verbergen. – (Z-Red.)

Landtag berät über „Betreuung" der Jugend

Hannover. Am 21. und 22. September hatte der niedersächsische Landtag seine erste Sitzung nach der Sommerpause. Wie kann der Höchstprofit gesichert werden, und wie kann die Jugend zu billigen Lohnarbeitern abgerichtet werden? Wer hat dazu die besten Vorschläge, vor allem darüber haben sich die Parlamentarier gestritten. Einig waren sie sich, das Sonderprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit (1977 25 Mio. DM) muß fortgesetzt werden, mindestens in gleicher Höhe. Gegen die Einführung des 10. Schuljahres, wenn die Eltern und Kommunen das fordern (Entschließungsantrag der SPD), fordert die CDU: „Wir sollten die Wiederholung des 9. Schuljahres propagieren." (Remmers) Wiederholt soll der Jugend eingepaukt werden: Natürlich ist es richtig, Schlesien als deutsche Kolonie unter derzeit polnischer Verwaltung zu bezeichnen. Das hat die CDU erklärt. Und weil die Indoktrination und Unterdrükkung der Jugend immer weniger funktioniert, sondern Widerstand hervorruft, wird ein wesentlicher Teil des Sonderprogramms aufgewendet, ein Heer von Sozialarbeitern und -pädagogen als Spitzel in der Berufsschule einzusetzen. Damit die Kontrolle lückenlos wird, sollen die Beratungsstellen für alkoholsüchtige Jugendliche ausgeweitet und staatlich gefördert werden, erwägenswert sei die Beteiligung der Sozialstationen an der „Betreuung" der Jugend.

Und wozu diese Fürsorge? „Im Land Niedersachsen wird keine Industrieansiedlung an Landesmitteln scheitern", „wir müssen ja sagen zur Rationalisierung wegen der Wettbewerbsfähigkeit", „mit einigen Firmen wie ICI in Wilhelmshaven ... haben wir einen Ansiedlungsvertrag abgeschlossen unter Einbeziehung des Stroms aus Kernkraftwerken, den wir zur Verfügung stellen", hat Albrecht die Richtung angegeben.

Landesmittel aus den Steuern der Massen, billigste und willigste Arbeitskraft will die Landesregierung anbieten. Die Massen bezahlen dieses Programm mit ihrem Leben, deshalb kann sich dieses Lumpenpack auch nicht gut sehen lassen. Sie scheuen das Volk wie der Teufel das Weihwasser. Als Zuhörer kommt man fast gar nicht rein, nur mit Karte und durch mindestens vier Kontrollen und dann nur auf ganz bestimmte Plätze, rings um einen zivile Polizei. Und Albrecht bestellt Polizei mit Maschinenpistolen und Fotoapparat, wenn er sich auf den Weg ins Parlament macht.

durch mindestens vier Kontrollen und dann nur auf ganz bestimmte Plätze, rings um einen zivile Polizei. Und Albrecht bestellt Polizei mit Maschinenpistolen und Fotoapparat, wenn er sich auf den Weg ins Parlament macht.

NORLA: Expansion und Vernichtung kleinbäuerlicher Existenz

Rendsburg. Am 16.9. fand im Rahmen der Norddeutschen Landmaschinenausstellung (NORLA) der Landesbauerntag Schleswig-Holstein statt. Die Imperialisten haben den Kurs auf Expansion und Kriegsvorbereitung gestellt. Die Nahrungsmittelproduktion für die Weltbevölkerung soll in Zukunft in den Ländern der EG erzeugt, die Länder der Dritten Welt ganz auf Rohstofflieferanten reduziert und so noch tiefer in die Abhängigkeit gedrückt werden. Voraussetzung dafür ist die Vertreibung der kleinen Bauern von ihrem Land und die Konzentrierung der Produktionsmittel in den Händen der Agrarkapitalisten. Der Vizepräsident der EG-Agrarkommission Finn Olaf Gundelach sagte, es gehe um die „Verfeinerung der Instrumente" der EG-Preispolitik, um die Beseitigung „struktureller Überschüsse", die bei Milch, Zucker und Wein die Hälfte der Aufwendungen der EG für Marktordnung beanspruchten. Für die Großbauern sind auch die Maschinen gedacht, die auf der NORLA ausgestellt wurden. Feldberegnungsanlagen ab 21000 DM, Heu- und Strohpressen für Ballen von 800 kg, mechanisierte Stalleinrichtungen, der 120-PS-Schlepper, „dem die Zukunft gehört".

Die kleinen und mittleren Bauern können die meisten dieser Maschinen weder einsetzen noch bezahlen. Ihr Einsatz durch die Großbauern bedeutet für sie, daß sie den Hof aufgeben bzw. noch länger arbeiten müssen.

Die Logik der Räuber wird nicht akzeptiert

Braunschweig. Am 22.September 77 hat das Braunschweiger Landgericht den Genossen H. Fromme in der Berufungsinstanz zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Der Genosse hatte 1975 führend an den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr teilgenommen.

75 Millionen hat der Braunschweiger Stadtrat allein durch die Erhöhung der Versorgungsgebühren seit 1974 und der Fahrpreise seit 1974 aus den Lebensmitteln der Arbeiterfamilien abkassiert, um daraus neben den Einnahmen aus Steuern jährlich 23 Millionen an Zinsen an das Finanzkapital zu zahlen und ein „Wirtschaftsförderungsprogramm" von 245 Millionen bis 1980 garantieren zu können.

Direkt im Anschluß an den Prozeß, der am Schluß nur noch unter Ausschluß der empörten Öffentlichkeit durchgeführt werden konnte, organisierten die ausgeschlossenen Arbeiter, Angestellten, Studenten und Schüler eine Kundgebung und Demonstration gegen das Urteil der Klassenjustiz.

Spaltungsmanöver der Bourgeoisie / Die Massen bereiten sich auf neue Kämpfe gegen das imperialistische Energieprogramm vor

Hamburg. Die Bourgeoisie betreibt hektisch die Durchsetzung des Energieprogramms. Für die Bourgeoisie hängt von der Durchsetzung des Energieprogramms eine Menge ab. Täglich kann man im Radio hören, daß eine Wirtschaft, die so stark auf den Export angewiesen ist, unbedingt billige Energie braucht. Sie wissen genau, daß es nicht genügt, die Baumaßnahmen direkt voranzutreiben und vollendete Tatsachen zu schaffen, wie z.B. die NWK, die frech Hochspannungsmasten auf der Strecke Eckernförde-Brokdorf baut und die Rückführung der Baumaschinen nach Brokdorf vorbereitet. Es genügt auch nicht die militärische Vorbereitung auf diese Husarenstücke.

All das greift nur, wenn eine tiefe Spaltung in die Arbeiterklasse und das Volk getrieben werden kann. Die tiefste Spaltung in der Arbeiterklasse geht aus vom Druck der industriellen Reservearmee. Um die Rationalisierung und das Energieprogramm durchzusetzen, hat Kanzler Schmidt auf dem SPD-Parteitag in Hamburg behauptet, daß Investitionen in Höhe von 16 Milliarden DM durch den Kampf gegen das Energieprogramm blockiert seien, was 200000 Arbeitsplätzen entsprechen soll. „Wer Strom verbrauchen will, aber verlangt, daß ein neues Kraftwerk nicht vor seiner eigenen Haustür gebaut werden dürfe, diese Bürger müssen wir zum Gemeinschaftsgeist erziehen", hat Schmidt auf dem SPD-Parteitag in Hamburg gesagt. Durchgesetzt hat er in Hamburg eine Entschließung auf der Linie, die die Sozialdemokraten in der DGB-Spitze bereits im Mai ausgeheckt haben: Fertigstellung der begonnenen Kernkraftwerke, Durchsetzung von Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage, damit das Programm abgesichert ist. Auf verschiedenen Parteitagen betreibt die SPD zur Zeit diese „Standortfindung", um jeweils entsprechend der örtlichen Kräfte zu spalten, mit Stoßrichtung Spaltung der Gewerkschaften. Daß sie dabei auf

reitungsanlage, damit das Programm abgesichert ist. Auf verschiedenen Parteitagen betreibt die SPD zur Zeit diese „Standortfindung", um jeweils entsprechend der örtlichen Kräfte zu spalten, mit Stoßrichtung Spaltung der Gewerkschaften. Daß sie dabei auf

starken Widerstand stößt, zeigt der IGM-Gewerkschaftstag. Im Kampf gegen Rationalisierung, Ausdehnung des Arbeitstages ist in einer Kampfabstimmung ein Erfolg gegen die Linie der Klassenversöhnung erreicht worden.

Am letzten Wochenende haben Initiativen aus Schleswig-Holstein und Hamburg zusammen mit den KBW-Bezirken einen Propagandamarsch mit drei Trupps durch die Wilster Marsch durchgeführt, um Aktionen gegen die Rückführung der Baumaschinen und eine erneute Großkundgebung in Brokdorf am 15. Oktober zu propagieren. Zum Vorschein gekommen ist nicht der angebliche Rückgang der Bewegung, den der KB Nord behauptet, sondern die vorhandenen Spaltungslinien. Berichtet wurde von einem Bauern aus Brunsbüttel, der von der NWK 100000 DM pro Hektar für sein Land erhält, und von der Illusion mancher Bauern, beim Verkauf an die Nachfolgeindustrie ebenfalls Geld zu machen. Gleichzeitig hat sich herausgestellt, daß wirklich die meisten Bauern die Milchwirtschaft aufgeben müssen und das wissen. Einige sind abgespalten worden mit dem Argument: „In Stade schwimmen ja auch noch Fische in der Elbe."

Deutlich wurde auch, daß schon sehr viele Bauern zur Lohnarbeit in die Fabrik gepreßt wurden, daß der Druck der Arbeitslosigkeit besonders hoch ist und z.B. ein Eisenflechter sich vorübergehend einen Arbeitsplatz beim KKW Brokdorf erhofft. Deutlich wurde auch die breite Bereitschaft, den Kampf fortzuführen, besonders unter der örtlichen Jugend, die bisher von den örtlichen Initiativen nicht organisiert wurde. Noch können sich die bürgerlichen Politiker in der Marsch leisten, den Hamburger SPD-Beschluß als fortschrittlich zu verkaufen. Nach dem Propagandamarsch der Initiativen und des KBW fällt es ihnen schon schwerer.

Die Ausplünderung über Strompreise ist bisher noch wenig angegriffen, obwohl einige Bauern bis zu 18 Pf/Kwh zahlen und das Monopol der Stromversorgung ein wesentlicher Hebel ist zum Bauernlegen. Eine ganze Reihe von Bauern hat noch keine Kühlanlagen, so daß die Milch nicht alle zwei bis drei Tage geholt wird. Gehen die Kapitalisten dazu über, Kühlanlagen durchzusetzen, werden viele die Zehntausende von Mark dafür nicht aufbringen können. Die Arbeiter in der Marsch und auf der Werft in Wewelsfleth bei Brokdorf kritisieren, daß die Gewerkschaft den Kampf nicht unterstützt.

Nichts spricht dafür, sich in einen Touristik-Verein zu verwandeln, um „international" vom Kampf gegen das Energieprogramm abzulenken. Alles spricht dafür, die verschiedenen Seiten des Energieprogramms anzugreifen, das Bündnis der Arbeiter und Bauern herzustellen, alle Illusionen über den bürgerlichen Staat auszuräumen und selbständig unabhängig vom Gericht eine Großkundgebung vorzubereiten.

Der KB Nord, der selber die Aktionen gegen Baumaschinen als „Kamikaze" und „Indianerspiel" bezeichnet, druckt im „Arbeiterkampf" unwidersprochen eine Presseerklärung der nordrhein-westfälischen Initiativen, daß der „schnelle Brüter" „verfassungswidrig" sei. Kein Wunder, daß er die Parole ausgibt: „Demonstration in Brokdorf erst nach Baubeginn." Die Verdrehung der gerechten Aktion in Kalkar wird den Opportunisten aber nicht die Luft verschaffen, die sie sich davon versprechen. In Hamburg mußte der KB Nord ein Flugblatt zu Kalkar drucken mit der Parole: „Kein AKW am Niederrhein, in Brokdorf und auch nicht anderswo!" – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)



Trotz massiver Einschüchterungskampagne vor der Demonstration, trotz Verbot des geplanten Kundgebungsplatzes beim Baugelände, trotz Absperrungen an verschiedenen Punkten Westdeutschlands haben sich rund 30000 Demonstranten in Kalkar (NRW) versammelt und gegen den Bau des „Schnellen Brüters" demonstriert. Der „Schnelle Brüter" ist das Kernstück des imperialistischen Energieprogramms der Bundesregierung. Er soll die „Abhängigkeit" von Uranlieferungen aus dem Ausland verringern, und damit das selbständige Auftreten des BRD-Imperialismus auf der Weltbühne erleichtern. Entsprechend waren die Maßnahmen der Staatsmacht gegen die Demonstration. Die Grenzen nach Holland und Frankreich wurden dichtgemacht und streng kontrolliert. Auf verschiedenen Autobahnen in Westdeutschland wurde nach „Bild am Sonntag" von den bewaffneten Kräften der Bourgeoisie ein „wohlkalkuliertes Verkehrschaos" angerichtet. Auf deutsch: Die Massen wurden durch mehrfache Kontrollen schikaniert und mit vorgehaltenen Maschinenpistolen auf Waffen durchsucht. Erfolg: Bei ihren Autokontrollen hat die Polizei „gefüllte Benzinkanister" und „Material zur Herstellung von Molotow-Cocktails sichergestellt", das heißt leere Flaschen. Benzinkanister und leere Flaschen, so betrachtet, sitzt die Bourgeoisie auf einem Pulverfaß. Welcher Autofahrer hat das nicht dabei? Die Demonstration ist trotz des Verbots auf den vorgesehenen Kundgebungsplatz marschiert. Die Bezirke Rhein-Ruhr, Westliches Westfalen, Rhein und Münster des KBW haben sich an der Demonstration in Kalkar beteiligt.

„Katastrophenschutzplan"

Bremen. Im April des Jahres versicherte der Oberkreisdirektor (OKD) des Landkreises Wesermarsch Bernhardt: „Es gibt einen Katastrophenschutzplan für das Kernkraftwerk Esenshamm" (Kreiszeitung Wesermarsch, 5.4.77). Die- ren schließen ist ebenso lächerlich wie das berühmte „Aktentasche auf den Kopf und vors Gesicht halten" zum Überleben bei einer Atombombenexplosion. Ein Bourgeois läßt sich einen unterirdischen Bun- Kräfte nach der Einweisung sofort wußten, was zu tun war." (nach Weser-Kurier, 7.7.77) Geplant sind weiter „Räumungsmaßnahmen" in gefährdeten Gebieten. „Be-

„Katastrophenschutzplan"

Bremen. Im April des Jahres versicherte der Oberkreisdirektor (OKD) des Landkreises Wesermarsch Bernhardt: „Es gibt einen Katastrophenschutzplan für das Kernkraftwerk Esenshamm" (Kreiszeitung Wesermarsch, 5.4.77). Dieser Plan ist noch geheim und soll nach dem Willen der Verantwortlichen geheim bleiben.

Bekanntgegeben hat der Landkreis jetzt „Verhaltensmaßregeln" bei einem Reaktorunglück. Darin heißt es u.a.:

– „Warnung der Bevölkerung mit Lautsprecherwagen sowie durch Rundfunk und Fernsehen, die im Alarmfall ständig eingeschaltet bleiben sollten"
– „Fenster und Türen ... schließen, Lüftungs- und Klimaanlagen ausschalten, ... möglichst abgeschirmte Räume in abgeschlossenen Gebäuden aufsuchen"
– Wenn der Austritt von Radioaktivität nach einem Unfall nicht ausgeschlossen werden (kann), keine Feldfrüchte und Obst aus frischen Ernten in der Umgebung (essen) sowie kein Brunnenwasser oder Oberflächenwasser (trinken), Tieren (darf) kein Futter aus freier Lagerung gegeben werden."
– „dem Unfallort (ist) bei einem Reaktorunfall fernzubleiben und das Kernkraftwerk ... nicht zu blockieren."
– „Einsatzstellen sollten nur im Notfall angerufen werden" (alle Zitate nach Weser-Kurier, 17./18.9.77).

Die Bourgeoisie kümmert sich einen Dreck um den Schutz der Volksmassen. Bei einem Reaktorunfall Fenster und Türen schließen ist ebenso lächerlich wie das berühmte „Aktentasche auf den Kopf und vors Gesicht halten" zum Überleben bei einer Atombombenexplosion. Ein Bourgeois läßt sich einen unterirdischen Bunker mit Stereoanlage, Wasserversorgung, Kühltruhe und Funksprechgerät bauen, für die Volksmassen bleibt nur der freche Vorschlag der geschlossenen Fenster.

Aber nicht nur Hohn wird über die Volksmassen ausgegossen. Die Bourgeoisie hat mehr vor. Ein Zuchthaus soll errichtet werden. Beim Landrat Groeneveldt klingt das an: „Recht dürftig" (Weserkurier, 22.9.) nennt er die Verhaltensmaßregeln.

Bei einem Unfall soll das Gebiet abgeriegelt und die Volksmassen KZ-ähnlich eingesperrt werden. Wer die Bewachung übernehmen soll, wird nicht bekanntgegeben, aber aus dem „Katastrophenschutzplan" für das Kernkraftwerk Fessenheim kann man ersehen, daß Bereitschaftspolizei, Bundeswehr und Stationierungsstreitkräfte dafür zur Verfügung stehen.

Derzeit werden „Katastrophenübungen" durchgeführt, an denen Polizei, Technisches Hilfswerk u.a. beteiligt sind. Bei einer Übung in Bremen wurden 2100 Mann und 270 Fahrzeuge eingesetzt. Die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie laufen auf Hochtouren, die Katastrophenübung ist Teil davon. Senatsrat Engelmann beim Innensenator in Bremen teilt über den Stand mit: „Es war so gut simuliert worden, daß die eingesetzten Kräfte nach der Einweisung sofort wußten, was zu tun war." (nach Weser-Kurier, 7.7.77)

Geplant sind weiter „Räumungsmaßnahmen" in gefährdeten Gebieten. „Beruhigend", sagt der OKD Bernhardt, „Wohin beispielsweise jemand evakuiert wird, der in Rodenkirchen wohnt, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Wenn Bürger in Gefahr geraten, darauf sind wir eingerichtet."

Unter dem Deckmantel der Hilfe soll eine Stadt oder ein Dorf geräumt werden, damit die Bourgeoisie ungestört ihre Truppen aufmarschieren lassen kann, um Fabriken, Kernkraftwerke, Brücken, Flugplätze für die Profitproduktion und den Krieg zu schützen und um den Kampf der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Das ist der eigentliche Hintergrund der Geheimhaltung, und so wundert es nicht, daß der OKD den Kampf gegen die Schutzpläne, die den Schutz der Bourgeoisie und ihres Eigentums zum Inhalt haben, dem Volk aber keinerlei Sicherheit, sondern Evakuierung, Räumung, Entrechtung und Unterdrückung bedeuten, fürchtet: „Die Verschwiegenheit vom Amte sieht Oberkreisdirektor Bernhardt schon durch die Existenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) genügend begründet. ‚Wenn zuviel bekannt wird, kommen nachher die Störtrupps des KBW.'" (nach: Kreiszeitung Wesermarsch, 5.4.77) – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Wachsender Druck auf die kleinen und mittleren Bauern – „So schlecht war dieser Sommer nicht" für die Bourgeoisie

Flensburg. In ihrer Ausgabe vom 19.9. bringt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in dem Artikel „Im Rückspiegel: Der Sommer 77" die diesjährige Erntebilanz der Bundesregierung. Die Getreideernte soll demnach in diesem Jahr um 12,3% über dem Vorjahresergebnis liegen und fast 3% unter dem langjährigen Durchschnitt. „Wie gesagt", endet der Artikel, „so schlecht kann der Sommer 1977 also wirklich nicht gewesen sein."

Der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister gibt in seiner Eröffnungsrede der Landwirtschaftsausstellung in Rendsburg Anfang September den Grund dafür an: „Daß die Ernte alles in allem so gut ausgefallen ist und Schlimmeres verhütet werden konnte, verdanken wir der Schlagkraft unserer Maschinen, eben jener Technik, die hier zu sehen ist und mit der es uns gelingt, die Natur ein wenig auszutricksen." (Flensburger Tageblatt, 14.9.)

In Schleswig-Holstein gab es 1975 8500 Betriebe, die einen eigenen Mähdrescher besaßen, teils mit einem Nachbarn zusammen. Die anderen 24000 Betriebe, soweit sie Getreide anbauten, mußten ihre Ernte von 840 Mähdreschern dreschen lassen, die im Besitz von Genossenschaften oder Lohnunternehmern sind.

Unter diesen Bauern entsteht nun an den wenigen warmen Erntetagen natürlich eine heiße Schlacht um die paar Mähdrescher in den Händen der Lohnunternehmer und Genossenschaften. In einer Diskussion mit einem Bauern in Tolk, Kreis Schleswig, erfuhr ich, welche Mittel die Großbauern dabei einsetzen. Er bewirtschaftet 150 ha Land. Ich fragte ihn, warum er sich nicht selbst einen Mähdrescher kauft. Dann wäre er doch nicht auf den Einsatzplan des Lohnunternehmers angewiesen und wäre unabhängiger vom Wetter. Er meinte daraufhin, daß er auf Grund seiner großen Fläche mit dem Lohnunternehmer einen Vertrag abschließen konnte, daß bei Bedarf sofort ein Mähdrescher zu ihm geschickt wird.

Diesen Vorteil können die kleinen Bauern natürlich nicht nutzen. Sie müssen warten, bis der Lohnunternehmer ihnen einen Termin zuteilt. Nicht selten ist die Schönwetterperiode dann schon wieder vorüber, es beginnt zu regnen, und das Dreschen muß aufgeschoben werden, bis das Korn wieder trocken genug ist. In diesem Sommer trat das besonders häufig auf, da Sonnenschein und Regen ständig wechselten. Wo die wenigen Sonnentage nicht „schlagkräftig" genutzt werden konnten, verzögerte sich die Ernte und das Korn wurde überreif. Beim Roggen z.B. wirkt sich das so aus, daß die Körner am Halm zu keimen beginnen. Sie können dann nur noch unter großen Schwierigkeiten geerntet werden und sind als Brotgetreide völlig untauglich. Bei Hafer fallen die überreifen Körner beim kleinsten Windstoß vom Stengel. Sie können dann überhaupt nicht mehr geerntet werden. Man kann sich gut vorstellen, wie die Haferfelder, die noch nicht abgedroschen werden konnten, nach dem Sturm Mitte September aussahen. Zu ernten gabs da nichts mehr. Betroffen sind dabei vor allem die kleinen und teilweise mittelgroßen Bauern, die weder die entsprechenden Maschinen noch die Mittel zur Bestechung der Lohnunternehmer haben.

Um der Gefahr der Überreife aus dem Weg zugehen, wurde das Korn teilweise schon gedroschen, als es noch nicht trocken genug war. Dann gibts aber Abzüge, wenn man das Korn bei der Genossenschaft oder beim Landhandel abliefert, weil es vor der Lagerung erst noch maschinell getrocknet werden muß.

Ein Vertreter des landwirtschaftlichen Bezugsvereins Süderbrarup (Kreis Flensburg) bezifferte „die durchschnittliche Feuchtigkeit der angelieferten Getreidepartien auf über 16%. Leider seien bei einzelnen Partien, speziell bei Roggen und Wintergerste, erheblich höhere Feuchtigkeitswerte festgestellt worden." (Flensburger Tageblatt, 1.9.) Um lagerfähig zu sein, darf das Korn höchstens 14% Feuchtigkeit haben. Man kann sich gut vorstellen, was nach dem Trocknen von den Kornpreisen noch übrig bleibt, wo sie gegenüber dem Vorjahr ohnehin schon um durchschnittlich 2 DM je Doppelzentner gefallen sind.

„Der Sommer war nicht schlecht", soll heißen: Nur nicht sentimental werden angesichts der rapiden Vernichtung der kleinbäuerlichen Existenz. Den kleinen Bauern geht es, so gesehen, noch viel zu gut. Die Bourgeoisie will das Bauernlegen noch gewaltig verstärken. – (Bezirk Flensburg/Westküste)

Weg mit dem § 218!

Aktionswoche der Komitees und Initiativen gegen den § 218

„Die Lage der Lohnabhängigen hat sich in diesem Jahr äußerst verschlechtert. Mit Lohnsenkungen, Rationalisierungen und der wachsenden Ausplünderung über Steuern, Versicherungen und Gebühren hat die herrschende Klasse für den Profit und die Expansion des westdeutschen Monopolkapitals große Teile der Besitzlosen weiter ins Elend gedrückt. Mit den Gewaltparagraphen, der Zwangsadoption, der Einführung der Zwangsarbeit über ‚Arbeitsbeschafffungsprogramme' und der staatlichen Zwangsberatung aufgrund des Strafparagrafen 218 ist die Unterdrückung und Kontrolle durch den bürgerlichen Staat zielstrebig ausgebaut worden." (aus dem Offenen Brief der Komitees und Initiativen gegen den § 218 an den IGM-Gewerkschaftstag) Die Massen sammeln erneut ihre Kräfte zum Angriff gegen den § 218. Konzentrationspunkt ist gegenwärtig der Kampf um eine einheitliche Front in den Gewerkschaften und Betrieben in der Vorbereitung der Gewerkschaftstage. Die Komitees und Initiativen haben mit Unterstützung des KBW eine Aktionswoche durchgeführt.



Westberlin. Mit einer Ausstellung über den hundertjährigen Kampf der Arbeiterbewegung gegen das Strafgesetz § 218, mit Enthüllungen über die Lage in den Betrieben, mit Kundgebungen an verschiedenen Plätzen in der Stadt, mit der Unterschriftensammlung unter den Offenen Brief der Komitees und Initiativen an den IG Metall-Gewerkschaftstag wurde zum Angriff gegen den Staatsapparat zur Beseitigung des § 218 mobilisiert. Am Mittwoch, den 21.9., führten 500 Menschen eine Demonstration gegen den § 218 zum Gebäude des Gesundheitssenators Pätzold durch. Auffällig war die Beteiligung vieler älterer Arbeiter. Auf der vorausgegangenen Kundgebung fand das Theaterstück des Komitees Westberlin „Senatorenschicksal in drei Szenen" großen Beifall. Ein Schüler einer 9. Hauptschulklasse meinte: „Ich finde es unmöglich, wenn die Leute bestraft werden." Er berichtete, daß sie demnächst im Unterricht den § 218 behandeln werden. Er hat Material dafür gesammelt und vorgeschlagen, von den Unterrichtsstunden in der Klasse eine Reportage anzufertigen und diese Reportage der Zeitung der Komitees zur Verfügung zu stellen.



Hannover

Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften manövrieren und spalten. Sie haben den Antrag 303 des Landesdelegiertentages der IG Drupa an den Gewerkschaftstag aus dem Antragsmaterial verschwinden lassen. Daraufhin hat die Zentrale Jugendgruppe der IG Drupa einstimmig die Verpflichtung der Westberliner Delegierten auf den Antrag 303 beschlossen und haben die Bezirksversammlungen Kreuzberg und Charlottenburg-Moabit die anwesenden Delegierten auf die Forderung nach ersatzloser Streichung festgelegt. Noch in der letzten Woche sind Telegramme an den IGM-Gewerkschaftstag geschickt



Bremen

worden mit der Aufforderung, die Forderung nach ersatzloser Streichung zu beschließen von: ÖTV-Betriebsgruppe der Kinderklinik, 13 Krankenschwestern der Gynäkologischen Abteilung des Klinikums Steglitz, 23 Sozialarbeitern des Jugendamtes Zehlendorf, 39 Studenten des Studentenwohnheims Amilcar Cabral.

Braunschweig. 19 Beschäftigte der Hochschule schickten ein Telegramm an den IGM-Gewerkschaftstag: Weg mit dem § 218, weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das Volk selber soll entscheiden, Volksentscheid! Bei Straßensammlungen sind in der Woche 31 Unterschriften unter Telegramme gesammelt worden. **Oldenburg.** Bei AEG haben 46 Arbeiter den Offenen Brief an den Gewerkschaftstag unterschrieben. **Bremen.** Auf der Kundgebung wurden Beschlüsse von Arzthelferinnen und Arbeitern von Hanomag verlesen.

Die Notierungen der Reaktion im Bundestag

Gesetzgebungsprogramm Schmidt/Genscher Herbst 77

„Steuersenkung – Investitionsförderung": SPD- und FDP-Bundestagsfraktion haben gemeinsam den *„Entwurf eines Gesetzes zur Steuerentlastung und Investitionsförderung"* im Bundestag eingebracht. Die angeblich geplante Steuersenkung für die Arbeiter und Angestellten (Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages und des Grundfreibetrages) ist ein Betrugsversuch, weil sie durch die Progression mehr als aufgehoben wird, die Arbeiter und Angestellten also fast ausnahmslos auch prozentual mehr Steuern zahlen müssen im nächsten Jahr (siehe KVZ Nr. 37, Seite 1). Die Kapitalisten werden durch Abschreibungserleichterungen für „bewegliche Wirtschaftsgüter" (also Maschinen) und Gebäude „gefördert" sowie durch einen „Ausbildungsplatz-Abzugsbetrag", der die Zuschüsse nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz an die Kapitalisten steuerfrei macht.

Gleichzeitig wurde der *„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionszulagengesetzes"* von der Bundesregierung vorgelegt, das die Forschungstätigkeit der Kapitalisten noch mehr fördern soll (Stand: im Bundesrat).

Ähnliche Gesetzentwürfe zur Steuer hatte der Bundesrat bereits beschlossen: Den *„Entwurf des Gesetzes zum Abbau der Überbesteuerung für Arbeitnehmer und Betriebe sowie zur Erhöhung des Kindergeldes* (Steuererleichterungsgesetz)" und den *„Entwurf eines Gesetzes über den Abbau steuerlicher Hemmnisse für die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer"* (Freistaat Bayern). Die Absicht aller „Steuersenkungs'-Vorschläge ist die gleiche: „den Verteilungskampf als eine der Hauptursachen des Preisauftriebs zu entschärfen" (bayrischer Entwurf). Der Arbeiterklasse sollen ideologische Fallstricke für den Lohnkampf gelegt werden, den Kapitalisten im gleichen Zug neue Quellen der Bereicherung aus dem Staatshaushalt geöffnet werden. (Stand: Alle Gesetze sind im Bundestag, auch in Ausschüssen, noch nicht behandelt.)

„Innere Sicherheit": Die Bundesregierung hat „Initiativen zur Terroristenbekämpfung" angekündigt. In der übernächsten Woche soll im Eilverfahren ein Gesetz verabschiedet werden, das die gerade praktizierten Besuchsverbote für Verteidiger legalisieren soll. Weiter liegen zur „Terroristenbekämpfung" zwei Gesetzentwürfe der CDU vor: *„Entwurf für ein Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und der Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des Inneren Friedens"* (Stand: im Innen- und im Rechtsausschuß). Vorgesehen ist: Erhöhung der zeitlichen Höchstgrenze bei nicht lebenslänglichen Gefängnisstrafen auf 20 Jahre, Sicherheitsverwahrung, Verschärfung des Demonstrationsrechts, Überwachung der Besprechungen von Verteidigern mit ihren Mandanten durch Richter u.ä. Daneben den *„Entwurf für ein Gesetz zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren"*, das verschiedene weitere Entrechtungen fast ausschließlich für politische Prozesse bedeutet und jede politische Verteidigung eines vom bürgerlichen Staat Angeklagten unmöglich machen soll (Stand: Rechtsausschuß).

Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen für die Kapitalisten: Der *„Entwurf für ein viertes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes"* der Bundesregierung sieht u.a. vor: Anrechnung der Sperrzeiten auf die Dauer der Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe; Nichtanrechnung „kurzfristiger, geringer entlohnter Tätigkeiten" auf die Höhe des Arbeitslosengeldes – also Ausräumung letzter Hindernisse bei dem Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft zu *jedem* Preis; Senkung des Arbeitslosengeldes für Berufsanfänger, und zwar soll es „an die bezogene Ausbildungsvergütung angenähert" werden; jährliche Neubeantragung von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, mehr Bespitzelung der Arbeitslosen (Stand: vom Bundesrat gebilligt, im Bundestag noch nicht behandelt).

Das *„Zeitgesetz"* sieht neben einer neuen technischen Definition der Zeiteinheiten vor, daß die Bundesregierung per Verordnung die Sommerzeit einführen kann zwischen dem 1. März und dem 20. Oktober eines Jahres. Diese Sommerzeit soll angeblich der „Volksgesundheit" nützen – tatsächlich nützt sie den Kapitalisten, die durch einen Ausbeutungsbeginn eine Stunde früher im Sommer mehr aus den Arbeitern herausholen können durch Umgehung der Mittagshitze und nach dem Motto „Morgenstund hat Gold im Mund". Es bietet den Kapitalisten die Möglichkeit, den Arbeitstag absolut auszudehnen (Stand: im Innenausschuß, der Bundesrat hat zugestimmt).

Lohnsenkung im öffentlichen Dienst und Fütterung der Dienstaufsicht: Das *„Sechste Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (6. Bundesbesoldungsgesetz)"*, das neben der Zahlung von 5,3% und 100 DM einmalig mehr aus dem letzten Tarifabschluß zwischen ÖTV und bürgerlichem Staatsapparat für die Beamten auch die *Lohnsenkung* für einen Teil, beispielsweise die Referendare, vorsieht, ist vom Bundestag angenommen, vom Bundesrat abgelehnt und jetzt im Vermittlungsausschuß. – Verschiedene Gesetzentwürfe zur Förderung der Dienstaufsicht sind unterwegs, so zur Schaffung eines neuen, herausgehobenen Polizeikommissarpostens mit Zulage wie die Förderung von Schulrektoren, die durch Zusammenlegung von Schulen zwar ihren Posten, nicht aber ihr Gehalt mit allen Zulagen verlieren sollen.

Renten: Der *„Entwurf eines 4. Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes"*, eingebracht von SPD und FDP, sieht vor, die Rentenerhöhung vom 1. Juli nicht auf die Sozialhilfezahlung anzurechnen – bis zum 31. Dezember; ab dann soll die Rentenerhöhung angerechnet werden (Stand: vom Bundesrat beschlossen, vom Bundesrat abgelehnt, Vermittelungsausschuß wird angerufen werden).

Die Imperialisten brauchen Soldaten. Die Imperialisten stellen ein „Fehl an kurzdienenden Soldaten auf Zeit" fest, das das „Einsatzziel der Bundeswehr" gefährdet. „Die Attraktivität dieses Berufes muß deshalb erhöht werden." Das Anwerben von Söldnern soll nun besser funktionieren. Der Entwurf der Bundesregierung für ein *„Drittes Gesetz zur Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes"* sieht vor: Wiedereinstellungspflicht der Kapitalisten auch für Z-2-Soldaten; Kündigungsschutz bei Wehrübungen und ab der Zustellung des Einberufungsbescheids (Stand: Bundesrat hat zugestimmt, dem Bundestag zugeleitet).

Die CDU hat den *„Entwurf eines Besoldungsänderungsgesetzes"* eingebracht, nach dem auch in den ersten sechs Monaten Zeitsoldaten und Berufssoldaten volle Besoldung erhalten sollen. Leber hat dem grundsätzlich zugestimmt (Stand: im Bundestag eingebracht). Gleichzeitig sollen die Poren der Zwangsarmee geschlossen werden: Der Entwurf zum *„12. Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes"* sieht vor, daß Berufssoldaten, die eine Fachausbildung oder ein Studium bei der Bundeswehr durchgeführt haben, nicht mehr wie bisher kündigen können, wenn sie die Ausbildungskosten zurückzahlen, sondern erst nach einer Dienstzeit von dreifacher Dauer der Ausbildung, längstens zehn Jahre (Stand: Bundesrat hat zugestimmt, im Verteidigungsausschuß).

ASEAN-Staaten: Entwicklung nicht im Sinne der Imperialisten

Als die US-Imperialisten den ASEAN-Pakt zwischen Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und den Philippinen ins Leben riefen, hatten sie die Hoffnung, damit ein „Bollwerk gegen den Kommunismus", ein Bollwerk gegen die um ihre Unabhängigkeit und Befreiung kämpfenden Völker Asiens errichtet zu haben.

1975 wurden sie aus Indochina vertrieben; die Befreiungskämpfe in den anderen südostasiatischen Ländern erlebten, angespornt durch den Sieg der indochinesischen Völker über den Imperialismus, einen großen Aufschwung. Diese ausgezeichnete Tendenz blieb auf die Regimes der ASEAN-Staaten nicht ohne Einfluß. Sie machten erste und vorsichtige Versuche, sich vom US-Imperialismus zu lösen. Nach dem Sieg der indochinesischen Völker sollte der ASEAN-Pakt als Wirtschaftszusammenschluß gegen Vietnam, Kambodscha und Laos wirken. Die Entwicklung läuft anders.

Inzwischen hat z.B. Kambodscha mit Malaysia und Singapur Handelsbeziehungen geknüpft. Als vor kurzem ein hoher thailändischer Politiker nach Südkorea reiste, haben die anderen ASEAN-Mitglieder Protest erhoben und erklärt, daß sie mit diesen US-Marionetten keine engeren Beziehungen wünschen. Das drückt deutlich eine Veränderung der Lage aus. Auch die letzten Gipfelkonferenzen des ASEAN sind nicht so gelaufen, wie sich die Imperialisten das gewünscht hätten. Die ASEAN-Staaten beabsichtigen keineswegs, ihre Rohstoffe und industriellen Produkte billig an die Imperialisten zu verscherbeln. Im Gegenteil, sie haben verschiedene Maßnahmen getroffen, stabile Preise für ihre Rohstoffe wie Kautschuk, Zinn und Harthölzer zu erhalten, nachdem die Imperialisten die Preise dafür in den letzten Jahren beständig gedrückt hatten. Sie richten ihre gemeinsamen Anstrengungen weiter darauf, in größerem Maße als bisher die eigenen Rohstoffe auch selbst zu verarbeiten. Auf allen Konferenzen haben sie verschiedene Maßnahmen beschlossen, die zur Herausbildung einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit führen soll, eine Entwicklung, die die Imperialisten keineswegs freut.

Die ASEAN-Staaten haben verschiedene Ausschüsse gebildet, die der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dienen sollen, z.B. für Industrie, Rohstoffe und Energie, für Finanzen und Bankwesen, Touristik und Handel. Jedes der Mitgliedsländer verfügt über ein nationales Sekretariat und seit 1976 verfügt die Gemeinschaft über ein Generalsekretariat in der indonesischen Hauptstadt Djakarta. Im Februar 76 unterzeichneten die Finanz- und Wirtschaftsminister in Manila ein Abkommen zur Senkung der Zolltarife der innerhalb des ASEAN gehandelten Waren. Ein weiterer Schritt zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und direkt gegen die imperialistischen Gläubiger gerichtet ist die Schaffung eines Fonds zur Überbrückung kurzfristiger Devisenknappheit in den einzelnen Ländern. Der Fonds umfaßt erst 100 Mio. Dollar, soll jetzt aber aufgestockt werden. Weiterhin werden in jedem Land gemeinsame Industrieprojekte gebaut.

Schon schreibt die Frankfurter Allgemeine: „In Südostasien wächst eine neue Wirtschaftsgemeinschaft heran." Die westdeutschen Imperialisten beobachten die Entwicklung – ebenso wie ihre Konkurrenten – voll Mißtrauen. Gleichzeitig untersuchen sie, wie sie ihren eigenen Einfluß auf Kosten ihrer Konkurrenten ausweiten können. Denn die ASEAN-Staaten versuchen ihre Abhängigkeit vom US-Imperialismus dadurch zu lockern, daß sie die imperialistische Konkurrenz im pazifischen Raum ausnutzen. So haben sie Japan, Australien und Neuseeland auf ihre letzte Gipfelkonferenz eingeladen, so suchen sie jetzt engere Zusammenarbeit mit der EG, so nehmen sie auch Verhandlungen mit Kanada über engere wirtschaftliche Zusammenarbeit auf.

Bieten sich die japanischen Imperialisten als „geläuterte Handelsmacht" den ASEAN-Staaten an, so versuchen die BRD-Imperialisten als „Nichtkolonialmacht" ins Geschäft zu kommen. Beide gieren sie – nicht anders als die US-Imperialisten – nach den billigen Rohstoffen, den billigen Arbeitskräften, den Absatzmärkten der Region. Daß sie den Zusammenschluß der südostasiatischen Ländern nicht fördern, sondern ihn so weit es geht für ihre eigenen Interessen ausnutzen und ihn ansonsten zersetzen, behindern wollen, hat zuletzt der japanische Finanzpolitiker Fukuda deutlich gemacht, der sich mit Krediten in die gemeinsamen ASEAN-Industrieprojekte einkaufen wollte, es aber abgelehnt hat, 400 Mio. Dollar in den Fonds zur Stabilisierung der Exporterlöse zu zahlen.

Nur was der Ausplünderung der südostasiatischen Ländern dient, wird von den Imperialisten unterstützt; das sind scharfe Widersprüche zu den ASEAN-Mitgliedsländern, die sich auf die Dauer unvermeidlich verschärfen. – (Z-Red)

Häkchen will Haken werden

Westberlin. 177, ein ziemlich breites Spektrum dessen, was sich „links" propagiert in der westdeutschen Professorenschaft, hat am 17.9. in der „Frankfurter Rundschau" eine Anzeige plaziert, die – endlich – „das Schweigen der Hochschulen zum politischen Terrorismus" durchbrechen soll. Von A wie Abendroth bis V wie von der Vring haben sich da abgehalfterte Universitätspräsidenten (Bremen, Heidelberg, FU Westberlin) und Minister (v. Friedeburg, Hessen) gemeinsam mit dem hoffnungsvollen wissenschaftlichen Nachwuchs erklärt, und zwar dahingehend, daß sie „Gewaltanwendung als Mittel politischer Auseinandersetzung ablehnen" und „verstärkt die Auseinandersetzung mit all jenen Konzeptionen" führen werden, „die die Notwendigkeit gewaltsamer Veränderungen nicht ausschließen, sofern sie eine revolutionäre Situation suggerieren". Was mag diese Leute wohl veranlassen, die Kosten für eine Viertel Druckseite der „Frankfurter Rundschau" auf sich zu nehmen?

„Die Gewaltanwendung als Mittel politischer Auseinandersetzung" gewiß nicht, vom Notenterror und Prüfungsterror bis zum Polizeiknüppel gegen Streiks der Studenten haben sie alle Mittel politischer Auseinandersetzungen bereits angewandt.

Die Idee zu der Anzeige kam von der „Sozialistischen Assistenten-Zelle (SAZ)", beheimatet am Otto-Suhr-Institut (OSI) der FU Westberlin.

Assistenten haben ein Problem. Sie müssen Professor werden. Und ehemalige Universitätspräsidenten haben auch eins, sie sind „abgestiegen". Der FU-Präsident Kreibich zum Beispiel von 120000 DM/Jahr auf 60000. Betrachtet man die 177 unter diesem Gesichtspunkt, kommt man der Antwort auf die obige Frage schnell näher.

Die Hochschullehrerlaufbahn ist nicht unkompliziert. Professor wird man nicht so einfach, man muß seine Befähigung zu diesem Amt nachweisen, um dann „berufen" zu werden und dann berufen zu sein. Und diese Befähigung – Unterdrückung der Studentenmassen und Schmiedung „wissenschaftlicher" reaktionärer Pläne – wechselt von Zeit zu Zeit. Die 177, die jetzt endlich ihre Stimme erhoben haben im Namen der Hochschule, sind überwiegend seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre auf der Laufbahn, also noch in der ersten Runde. Als sie angefangen haben, waren „Reformzeiten". Es galt, die Hochschulen zu „Massenuniversitäten" auszubauen, d.h. eine große Zahl von Nachwuchs zu ziehen, der für die Funktionen der Kapitalistenklasse ausgebildet ist. Gezogen wurde aus dem Volk. Jugendliche aus Familien von Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten, unter Reformgewäsch auf die Hochschulen geholt, um die „technologische Lücke" der BRD-Imperialisten zu schließen, Begabungen wurden gefischt. Das gab und gibt gewaltige Widersprüche, Klassenwidersprüche, die offen ausgebrochen sind mit der Studentenbewegung.

Das war die Stunde der „linken Professoren". Sie „stellten sich an die Spitze des studentischen Protests", verbreiteten ihre reformistische Ideologie und wurden zur Belohnung Assistenten. Jetzt stehen sie da. Die Studentenbewegung ist über sie hinweggegangen, und die Möglichkeiten, Klassenversöhnung zu predigen, nehmen ab. Prompt gerät ihre Karriere ins Stokken. Jetzt sind andere Befähigungen gefragt, verschärfter Prüfungsterror, Ordnungsrecht. Da müssen sie schon mit, diese „Linken". Zum Beispiel ein gewisser Tilman Fichter, ehemals führendes Mitglied des SDS, dann lange Zeit in der spontaneistischen Roten Hilfe, Autor zweier „Rotbücher" des Wagenbach-Verlages. Danach wurde er Assistent an der FU. Er sollte eine Dokumentation der Geschichte der FU schreiben, deren Höhepunkt die Wahl Kreibichs zum Präsidenten, das größte Glück für den Fortschritt, sein sollte. Das Werk ist dann ins Stocken gekommen, als Kreibich ging. Fichter wurde Wahlkampfleiter zur Wahl des neuen Präsidenten Lämmert. Sein Ziel: Die Studentenbewegung zu dieser Wahl zu bewegen, sonst käme ein „Reaktionär".

Drei Vertreter einer studentischen Liste, die von der KHG unterstützt wurde, wählten ihn nicht. Seitdem verliert Herr Fichter jedesmal die Fassung, wenn er auf diese glücklose Station seiner Karriere angesprochen ist. Jetzt hat der ehemalige SDSler, ehemalige Sponti und jetzige Hochschulassistent einen Aufruf gegen „Gewaltanwendung" und für das staatliche Gewaltmonopol unterschrieben. Mit Reformgerede ist seine Karriere nicht mehr zu retten. Er steht im Verfahren zur Erlangung der Doktorwürde, und seine Stelle läuft bald aus. Hat er sich nicht erneut bewährt, so kann er nicht Assistenzprofessor werden.

Es existieren Sitzungsprotokolle akademischer Gremien über Stellenbesetzungen an der FU, die wirklich gründlich die ganze Verkommenheit, die zu einer Hochschulkarriere gehört, aufzeigen. „Tausche AH 4 für die NOFU („Notgemeinschaft für eine freie Universität") gegen AH 5 für die SAZ". Derart sind die Beweggründe der 177, die aufgerufen haben. Es ist lehrreich, die Stationen, die diese Opportunisten durchmachen, zu untersuchen. Es sind die hundsgewöhnlichen Stationen der Professorenlaufbahn. – (KHG Westberlin)

Kampf um die verfaßte Studentenschaft und um Koalitionsrechte

Göttingen. 600 Studenten kamen am letzten Montag auf die Universitätsvollversammlung, um zu klären, wie der Kampf gegen den Angriff der Landesregierung auf den AStA zu führen ist. 600 Studenten, das sind zu wenig. Es liegt nicht an den Ferien, die meisten haben gar kein Geld, um Ferien zu machen, sondern müssen arbeiten. Es liegt an der Spaltung der Studentenmassen durch die bürgerlichen Politiker in der Studentenbewegung. Vorweg: Es ist auch auf dieser Vollversammlung nicht gelungen, die Einheit im Kampf gegen die Reaktion herzustellen.

Der Wissenschaftsminister Pestel hatte dazu aufgerufen, daß „die große Mehrheit der Göttinger Studenten sich ihrer Rolle in unserem Gemeinwesen im kommenden Semester bewußt" werden solle. Daß die herrschende Klasse über die Schleyer-Entführung – den „Mensch" Schleyer verkraftet sie schnell – einen messerscharfen Trennungsstrich ziehen will zwischen denen, die für die Ausbeuterordnung eintreten, und denen, die grundsätzlich für den gewaltsamen Sturz ihrer despotischen Herrschaft eintreten, das ist verschiedenen Studentenpolitikern in die Knochen gefahren. Die Bourgeoisie will sich die Vertretungsorgane der Studentenmasse unterwerfen. Fackelumzüge für die bewaffnete Intervention in Südafrika, durch die Bourgeoisstudenten geführt, „dann wäre die Lage anders", so Albrecht.

Die Lage ist nicht so. Pfiffe und „Aufhören, Aufhören" als Fricke vom MSB-Bundesvorstand („Ich war vor fünf Jahren auch in Göttingen") Abschwören und Selbstzensur von der Vollversammlung verlangte. Er mußte abbrechen. Aber die Lage soll anders werden. Die Bourgeoisie schlägt auf die Opportunisten ein, um die Spaltung der Studentenmassen zu verstärken. Der KB Nord, vor gut einem Jahr von den Jusos in den AStA geschickt mit der Auflage, für die „freiheitlich-demokratische" einzutreten, hat schon geahnt, was auf ihn zukommt: „Da der AStA sich überlegterweise einer Stellungnahme zur Schleyer-Entführung und zum Problem des Terrorismus enthalten hat, soll jetzt anscheinend das ‚BUF-Info' zu diesem Zweck herhalten." (AStA-Info, 19.9.) Und: „Der AStA hat bereits in einer Presseerklärung vom 15.9. dargelegt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nachweislich falsch sind." (ebenda) Vorgeworfen wurde ihm, „erneut ein allgemeinpolitisches Mandat wahrgenommen zu haben" (Verfügung des Rektors).

Wild strampelnd nach rechts. Sie tun alles, um den Aufforderungen der Bourgeois zu entsprechen. Dieselben, die diese Jammerhunde in den AStA gehievt haben, verlangen „klare Aussagen dazu" vom KB Nord. (Jusos) „Klarheit geht vor Einheit." Sie haben jetzt ein „Aktionsbündnis" mit dem KB Nord geschlossen. Der Hund ist dem Herrn gefolgt. Sie brauchen diese Opportunisten noch, denn die Studentenbewegung insgesamt „hat die ihr obliegende Verantwortung nicht wahrgenommen" (Jusos). Ziel ist, das Vertretungsorgan in ein Anhängsel der sozialliberalen Koalition zu verwandeln, es ist noch zu liberal. Die Jusos haben ihre Absicht erklärt, dazu *im AStA* wieder beizutrage. Lodewick, ehemals AStA-Vorsitzender des KB Nord, ist dazu bereit. Letzte Woche hat er sich amtlich vor Gericht seine „Verfassungsmäßigkeit" bestätigen lassen, weil ihm ein RCDSler vorwarf, er sei gegen die Verfassung. Die BUF, die viele revolutionäre Studenten gewählt haben, soll aus dem AStA raus. Sie hat ihre Schuldigkeit getan. Sie will das, „was richtig war" (BUF-Info 5), jetzt in den selbständigen Zusammenschlüssen und in neuen „Kooperationsformen" der Studenten weitertreiben. „Richtig war", den Pazifismus zu verbreiten, „denn solche Gewalt prägt die, die sie gebrauchen" (ebenda). „Was falsch war", soll jetzt klarer heraus, wie Schmidt es verlangt hat. Sie übertrumpfen noch die Professoren, die bekanntlich für das „menschliche Leben" Unterschriften sammeln: „Der Umgang mit Menschenleben darf nicht zynisch sein. Das haben wir zwar immer gesagt, aber wir haben es nicht so gesagt, daß wir verstanden wurden." „Klammheimlich" halt nur. „Zur Klarstellung: Wenn die RAF ‚vier Kleine' abknallt, um einen ‚Großen' zu kidnappen, dann hat sie ein faschistoides Elitedenken drauf, das nur noch zum Kotzen ist."–„Um einer neuen Solidarisierung zur Verteidigung des AStA nicht im Wege zu stehen, erklärt die BUF ihre Selbstauflösung." (BUF-Info 5)

Viele haben die BUF in das Vertretungsorgan der Studenten gewählt, weil sie revolutionär aufgetreten ist und zu revolutionären Aktionen gegen die Unterdrückung durch den Imperialismus und seinen Staatsapparat aufgerufen hat. Sie tut es aber nicht mit dem Ziel, die Masse der Studenten auf der Grundlage ihrer Interessen zusammenzuschließen, um *erfolgreich* zu sein und die Studenten für den Sturz dieser Ordnung unter Führung der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, ist unter dem Druck der Bourgeoisie umgeschlagen in Unterwürfigkeit und Apathie.

Die Spaltung, auf die die Reaktionäre hoffen, wird von der Studentenbewegung nicht hingenommen, sondern bekämpft; für „Unterwürfigkeit" ist die Studentenbewegung schon gar nicht zu gewinnen: Die große Mehrheit der Studenten wollte auf der Vollversammlung genau untersuchen, was die politische Lage insgesamt ist. Es reicht aber nicht, wenn die politischen Absichten der Regierung enthüllt und angegriffen werden von den Revolutionären. Das ist richtig, und viele, die im letzten Semester gegen Streik für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt und volles Koalitionsrecht waren, haben jetzt dafür gestimmt, so daß über hundert, die zu Ende dieser Vollversammlung da waren, dafür eintraten, daß der AStA diesen Antrag auf der VDS-MV durchsetzt. Während die Opportunisten sich noch unschlüssig sind, ob am 20. Oktober eine „nationale Demo" „zur Hälfte in Göttingen, zur Hälfte in Baden-Württemberg" gemacht wird, zwecks „Solidarisierung" mit der Niederlagenstrategie der Opportunisten, sind die meisten Studenten dieser Versammlung auf die Veranstaltung mit der Delegation des Pan Africanist Congreß von Azania gekommen, weil sie den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion führen wollen und dazu die Vertretungsorgane der Studenten einsetzen.

Erfolgreich vorbereitet und geführt werden kann der Kampf gegen die Entmündigung und die Abhängigkeit und für das Koalitionsrecht aber nur, wenn die Studentenmassen sich bewußt zusammenschließen gegen die imperialistischen Absichten der Bourgeoisie, die sie selbstverständlich in ihrem Lehrbetrieb verfolgt. Man kann nicht Imperialismus und Reaktion angreifen und sagen, die Hochschule habe damit nicht direkt was zu tun. Mehrere Zusammenschlüsse der Studenten haben dem Vorschlag des KSB auf einer Veranstaltung gegen den Prozeß wegen „Volksverhetzung" in der letzten Woche zugestimmt, das jetzt sofort umzusetzen und über das Wochenende bis Mittwoch eine Broschüre herauszugeben, die die imperialistische Forschungstätigkeit der Professoren angreift und ihre Lehrveranstaltungen im kommenden Semester. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Einheit für den erforderlichen Fortschritt im Kampf um das Koalitionsrecht und die Bezahlung der Ausbildung zu erreichen. – (KSB Göttingen)

2. a.o. VDS-MV in Gießen 24.9.

– Aus Anträgen und Berichten –

Zu dem um knapp 24 Stunden hinausgezögerten Beginn der a.o. Mitgliederversammlung der VDS am Samstagnachmittag, 24.9.77, stand die Entscheidung dieser MV: Versuch, durch opportunistische Manöver der Reaktion auszuweichen, oder Zusammenschluß gegen die Reaktion und Kampf um die Koalitionsrechte, in den Hauptanträgen alternativ. Aus diesen Anträgen zitieren wir im folgenden:

Kampf um die Koalitionsrechte, für Streikrecht und den Fall des Ordnungsrechts:

Antrag der Sozialistischen Basisgruppen (Sozialistisches Büro): „Insbesondere sind wir gegen: Das Ordnungsrecht als Sonderjustiz und die Kriminalisierung durch strafrechtliche Verfolgung politisch aktiver Studenten." „In der Auseinandersetzung mit dem Ordnungsrecht müssen alle Maßnahmen des Staates verunmöglicht werden, die in Form einer Sonderjustiz zur Kriminalisierung einzelner und zur Zerschlagung des gesamten Widerstandes benutzt werden."

Antrag des MSB Spartakus: „Mit dem bundesweiten Streik ... die Bedingungen für unmittelbare Teilerfolge in der Abwehr der reaktionären Gesetzesentwürfe verbessern und damit die Voraussetzungen für entscheidendere Erfolge gegen das Gesamtkonzept der Hochschulformierung schaffen."

Antrag der Jusos bis hierhin genauso wie MSB Spartakus, zusätzlich Juso: „Angesichts verschärfter Angriffe durch die Rechten muß eine Kriminalisierung einzelner Studenten vermieden werden ... Die Angst vieler Studenten vor möglichen Sanktionen ... sind zunächst einmal als begründet und realitätsgerecht anzuerkennen, um gemeinsame Formen solidarischen Widerstandes zu entwickeln, welche verbunden mit befriedigenden und bestätigenden Erfahrungen das Bedürfnis nach Befreiung verstärken und die Überwindung sozialisationsbedingter Barrieren ermöglichen."

Antrag AStA Fachhochschule für Bibliothekswesen (FHB) Stuttgart, unterstützt von Institutsgruppen und Aktionseinheiten: „Die erklärte Absicht der herrschenden Klasse, die Studentenmassen jeglicher Rechte auf koalitionsmäßigen Zusammenschluß zu berauben und die materielle Abhängigkeit vollständig ins unerträgliche zu steigern, um eine Lage zu schaffen, in der der Verschärfung der Konkurrenz und der Unterdrückung durch die Professorenreaktion keinerlei Schranken gesetzt sind und in der die reaktionären Studenten organisiert über die Burschenschaften und den RCDS gegen die Studenten wüten können, wird von der VDS nicht hingenommen. Sie wird bekämpft und kann nur durch Streik der Studentenschaften zerschlagen werden ... Die VDS fordert im Kampf um Koalitionsrechte die Anerkennung des Streikrechts, die Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft und die Rücknahme des Ordnungsrechts."

Kampf gegen die materielle Abhängigkeit und BAFöG:

Sozialistische Basisgruppen: „Insbesondere sind wir gegen die weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten und die Wiedereinführung von Studiengebühren und Ersatzgeldern." „Die miserable Lage und deren weitere Verschlechterung eines großen Teils der Studenten, deren Reduzierung der Ausbildungsförderung (BAFöG), die Wiedereinführung von Studiengebühren, die Erhöhung von Sozial- und Krankenversicherungsgebühren, die ständigen Mieterhöhungen und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten und anderes mehr ist ein weiterer objektiver Tatbestand, der zwangsläufig zur weiteren sozialen Auslese zuungunsten der Arbeiterkinder unter den Studenten führt."

Zum BAFöG schreiben MSB und Jusos gar nichts, verweisen beide auf Zentralratsbeschluß Punkt 4. Dort steht als einziger Satz: „Für eine materielle Absicherung des Studiums."

AStA FHB Stuttgart: „Vollständig unerträglich werden die Reproduktions- und Existenzbedingungen der Masse der Studenten mit Beginn dieses Wintersemesters ... Die Professorenreaktion nutzt die verschärfte Konkurrenz, um die Prüfungsunterdrückung zu vervollkommnen. ‚Verringerung des staatlichen Finanzaufwandes', ‚Umstellung auf Darlehen' und ‚mehr Leistungsorientierung' sind die Stichworte, unter denen die Bundesregierung die Novellierung des BAFöG für den Herbst vorbereitet. Mit der direkten Abwälzung der Kosten für die Hochschulausbildung auf die lohnabhängigen Massen durch Streichung von Kindergeld und Steuerfreibetrag soll ein umfassendes Manöver zur Spaltung von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung in Gang gesetzt werden. Schuldknechtschaft soll die Studenten zur Unterwerfung unter die Professorenreaktion zwingen und es der Bourgeoisie ermöglichen, den Druck auf alle Lohnabhängigen zu verstärken. Deswegen verlangt die VDS eine angemessene Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten, die vom bürgerlichen Staat zur Hochschulausbildung vernutzt wird: 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und 1500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab dem 1. Oktober 1976."

Kampf um die Durchsetzung der Forderungen und Streik:

Sozialistische Basisgruppen: „Die VDS-MV ruft die Studenten Baden-Württembergs auf, zu Beginn des Wintersemesters 77/78 über Vollversammlungen und Urabstimmung in einen unbefristeten Streik gegen die Hochschulformierung durch Hochschulrahmengesetz und Landeshochschulgesetz zu beschließen und durchzuführen. Dieser Streik soll eingebettet sein in die bundesweiten Aktivitäten der westdeutschen und Westberliner Studentenschaften, die auf der a.o. MV der VDS im September koordiniert und beschlossen worden sind. Deshalb ist es für uns nötig, anstelle einer schematischen Lösung von bundeseinheitlichem Streik die Flexibilität der Solidarität entgegenzusetzen und einer alleinigen Lokalborniertheit oder zentralistischen Aufgesetztheit zu begegnen. Aktivitäten wie Streik ... sind deshalb weder Entscheidungsschlacht noch prinzipielle Niederlagen, wenn es nicht gelingt, unter den derzeitigen Verhältnissen den Staat zu Zugeständnissen zu zwingen. Der Streik selbst muß zum kollektiven Erlebnis der Aufhebung der Individualisierung und verdinglichten Verkehrsformen werden."

MSB Spartakus: „Um den einheitlichen Charakter des bundesweiten Streiks zu verdeutlichen, schlagen die VDS als bundesweite Streikdauer 14 Tage vor. Eine solche bundesweite Streikdauer schließt örtliche Modifizierungen nicht aus. (...) Empfiehlt, den Tag der dritten Lesung des LHG, den 10. November, zum bundesweiten Solidaritätstag mit den baden-württembergischen ASten zu machen. Mit dem bundesweiten Streik ... die Bedingungen für unmittelbare Teilerfolge in der Abwehr der reaktionären Gesetzentwürfe verbessern und damit die Voraussetzungen für entscheidendere Erfolge gegen das Gesamtkonzept der Hochschulformierung schaffen."

Jusos: „Um den einheitlichen Charakter des bundesweiten Streiks zu verdeutlichen, schlagen die VDS als bundesweite Streikdauer vor, 14 Tage anzustreben. (...) Die Erfolge des Streiks liegen dabei nicht in der quantitativen Menge der bestreikten Veranstaltungen und ausgefallenen Seminare, sondern in der massenhaften Initiierung politischer Lernprozesse und in wachsender Bereitschaft zu eigenem Engagement der Beteiligten. (...) Im Verlauf des Streiks ist eine Veränderung der Verhaltensweisen und Studiergewohnheiten der Studenten anzustreben, die eine Fortsetzung der passiven rezeptiven Konsumentenhaltung der Mehrzahl der Studenten überwindet. (...) Das politisch entscheidende Ziel des Streiks ist die kontinuierliche Fortführung der verschiedenen Seminarinitiativen und Projekte des Streikprogramms und ihre Einbringung in das offizielle Lehrprogramm."

AStA FHB Stuttgart: „.... warum soll es der Studentenbewegung (nicht möglich sein,) diese Forderungen in geeinter Aktion für ihre Interessen gegen Regierung und Professorenreaktion durchzusetzen. Dazu rufen die VDS auf ...

Die VDS-Mitgliederversammlung beschließt die Einleitung einer einheitlichen Urabstimmung für Streik im Wintersemester an allen Hochschulen Westdeutschlands und Westberlins zur Durchsetzung der Forderungen:

– 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und 1500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober 1976!

– Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts der Studenten!

– Weg mit dem Ordnungsrecht! Rücknahme aller Maßregelungen und Aufhebung der Ordnungsrechtsmaßnahmen!

um von der Regierung die vertragliche Anerkennung dieser Forderungen zu erzwingen."

Anhörung wurde verhindert

Oldenburg. Am Donnerstag, dem 22.9., wollte die Leitung der Universität Oldenburg die Anhörung zwecks Entlassung des Sekretärs der Bezirksleitung Weser-Ems des KBW und wissenschaftlichen Assistenten Dirk Steenken durchführen.



Festgestellt werden sollte durch den Kanzler Lüthje, ob Dirk Steenken „uneingeschränkt leitende Funktionärstätigkeit für den KBW" ausübt. Die Anhörung fand nicht statt. 50 bis 60 Studenten, Beschäftigte, Hochschullehrer und Arbeiter versperrten die Tür und ließen den Kanzler Lüthje nicht durch. Er mußte erklären, daß die Anhörung nicht durchzuführen sei, weil sie verhindert wurde. Dies werde er dem Ministerium mitteilen. Das sozialdemokratische Rektorat hat ziemliche Schwierigkeiten mit dem Verfahren. Um die Front gegen die Entlassung und für politische und gewerkschaftliche Freiheiten zu spalten, hatte es das Gerücht verbreitet, der KBW würde aus allen Universitäten Menschen mit Bussen anfahren lassen. In einer Abteilung forderte der stellvertretende Leiter die Beschäftigten auf, zur Anhörung zu gehen, um den Rektor zu schützen. Er erhielt Antworten wie: „Klar, machen wir, wir ziehen ihn vorher aus dem Verkehr", oder: „Ich wüßte was, draufschlagen und in ein Zimmer sperren, da ist er dann vor dem Steenken sicher.

Der revisionistisch besetzte AStA hatte einige Beobachter geschickt. Sie hielten sich 30 bis 40 Meter entfernt. Die Führer der Opportunisten und die Hochschullehrer der „Linken" fehlten völlig. Einer von ihnen hatte schon vorher erklärt, daß er sich „in diesen Zeiten nicht vor die Tür stellen würde." Das trägt zur Klärung unter den Studenten bei. Jetzt werden weitere Schritte unternommen, um die Front gegen die Entlassung und für politische und gewerkschaftliche Freiheit zu stärken und in die Gewerkschaft und die Vertretung der Studenten zu tragen.

Planübungen und Bourgeoisforderungen

Die von der Bourgeoisie am 13.9.77 im Fernsehen (ARD) inszenierte „Planübung" für den imperialistischen Krieg ging von folgender Lage aus:

„Wir befinden uns am 3. Tag einer kriegerischen Auseinandersetzung in Mitteleuropa. Im Gebiet der Bundesrepublik, in der östlichen Hälfte, sind die Luft- und Landstreitkräfte der NATO in heftige Kämpfe verwikkelt ... Sämtliche Brücken über die Elbe sind entweder zerstört oder sehr stark beschädigt ...Eigene Kräfte konnten den Feindangriff, der infolge hoher Verluste deutlich an Schwung verloren hat, weitgehend zum Stehen bringen. Das war beabsichtigt ... Bemerkungen zur Lage:

1. Die Lage ist frei angenommen, tatsächliche Grenzen sind ohne Bedeutung, Blau kämpft im eigenen Land.

2. Kriegsbild: Krieg unter Bedrohung durch Atomsprengkörper und durch chemische Kampfstoffe.

3. Die Mobilmachungsmaßnahmen konnten frühzeitig genug eingeleitet werden. Die Bevölkerung ist weitgehend an den Wohnsitzen geblieben. Sie findet dort in unterkellerten Räumen ausreichenden Schutz gegen konventionelle Waffenwirkung. Die Arbeit in den Betrieben wird fortgesetzt, aus Hannover nur räumlich begrenzte Evakuierungen."

Die Rolle, die die Bourgeoisie der „Zivilbevölkerung" zugesteht, ist „Ruhe halten", ihrer „Arbeit nachgehen" und „am Wohnort bleiben". Es gehört in der Tat allerhand Erfindergeist und „freie Annahme" dazu, zu erwarten, daß zum Beispiel die 115000 VW-Arbeiter keine Lehren ziehen würden aus der Geschichte; daß sie sich in ein erneutes imperialistisches Abenteuer hetzen lassen; ihre Interessen vergessen, wie es die Sozialchauvinisten wollen, und ruhig ihrer Arbeit nachgehen – so als sei es keiner Rede wert, wenn die Imperialisten ihre Raubzüge jetzt kriegerisch austragen.

Gleich zu Beginn der „Planübung" fragt eine Lehrerin, als Pazifistin aufgebaut: „Realität, was verstehen Sie darunter?" Und bekommt zur Antwort: „Den Ernstfall, den Krieg." *Daran* ist nichts erfunden. Die Bourgeoisie geht davon aus, daß sie ihre Interessen militärisch durchsetzen muß. Die „frei angenommene Lage", die den Volksmassen per Fernsehen aufgetischt wurde, entspricht haarklein den Erwartungen der Bourgeoisie für die Führung des imperialistischen Raubkrieges. In der Militärzeitschrift „Europäische Wehrkunde" 9/77, S. 447: „Für operative Lösungsmöglichkeiten der Abschreckungsstrategie gibt es z.Z. 4 Alternativen: die Vorneverteidigung, die Vorwärtsverteidigung, die Raumverteidigung und die Raumdeckende Verteidigung.

1. Das Festhalten an der jetzigen Form der Vorneverteidigung mit den jetzigen Mitteln ist militärisch fragwürdig. Trotz wesentlicher qualitativer Verbesserungen im Bereich der Bundeswehr reichen die Verbände nicht aus, um auch nach einer Vorwarnzeit von 48 Stunden einen Angriff in die Tiefe zu verhindern. Dislozierung, Präsenz und der Einsatzzustand mancher Verbündeter sind unzureichend. Politisch darf die Verteidigung *vorn* nicht preisgegeben werden, deshalb muß sie militärisch wieder möglich sein.

2. Die ‚Vorwärtsverteidigung', wie sie Adelbert Weinstein (Militärschreiber der FAZ, die Red.) unter dem Motto ‚Offensiv planen heißt glaubwürdig warnen' vertritt, ist militärisch und politisch unrealistisch. Die theoretisch an sich richtige Forderung ‚wenn wir einem Angreifer den Angriffserfolg verwehren wollen, müssen wir darum planen, die Tiefe, die die Beweglichkeit des modernen Krieges verlangt, vorwärts' zu suchen, schlösse die Möglichkeit eines Präventivschlages nicht aus. Diese Option würde dem Gegner den Vorwand liefern, selbst präventiv zu handeln."

Das ist der Kern der Sache. Ihre Absicht ist die Herrschaft über die Menschen, Kapitalanlagen und Rohstoffe des Ostens. „Lebensraum im Osten" nannten die deutschen Imperialisten dieses Vorhaben im Zweiten Weltkrieg. Sie würden es am liebsten „präventiv" durchsetzen, als schnellen Vorstoß und Besetzung der Warschauer-Pakt-Staaten. Voller Freude jubeln sie in der „Planübung" über die Panzerschnellbrücke Biber und schwere Amphibien: „Mit diesen Geräten (den Amphibien, die Red.) läßt sich ein 100 m breiter Fluß ... in 40 Minuten überbrücken." Ein bißchen mehr, und die Elbe ist überbrückt im Rahmen der Vorwärtsverteidigung und des Präventivschlags. Um ihn wirksam zu führen, brauchen die Imperialisten Kampfpanzer. Sie sind das „Herzstück unserer Heeresausrüstung, denn nur er ist in der Lage,

– die Verteidigung in den Schwerpunkten beweglich zu führen,
– Einbrüche zu bereinigen,
– durchgebrochenen Feind in der Tiefe abzufangen und
– verlorenes Gelände im Gegenangriff zurückzuerobern." (Europäische Wehrkunde 8/77, S. 381)

Man merkt so richtig den Triumph: Feind abgefangen, gestoppt, dann Gegenangriff. Da geht die Sache dann erst richtig los, um den imperialistischen Raubtierappetit zu stillen.

Gegenwärtig betreiben die BRD-Imperialisten, gestützt auf die NATO, eine Politik der Aufweichung und Infiltration gegen Osten, gegen den Sozialimperialismus. Mit Stolz berichten sie, daß ihnen der Revisionistenhäuptling Breschnew auf der Chemieausstellung in Moskau Vorschläge über gemeinsame Geschäfte unterbreitet und sind doch gleichzeitig sicher, daß sie in der Konkurrenz mit dem Sozialimperialismus ihre Interessen militärisch durchsetzen müssen. Auf die Vorbereitung dafür zielen „Planübungen" und Bourgeoisforderungen. – (Z-Red.)

Geplatzte „Informationsexplosion"

Und wieder ist er gescheitert, der Aufbau eines „Fernmeldesystems der achtziger Jahre" oder die „gesamteuropäische Informationsexplosion", wie die „Neue Zürcher Zeitung" das Projekt „Orbital Test Satellit" (OTS) nennt und die gesamte westdeutsche Bourgeoisie mit tiefem Bedauern feststellt. Der „Orbital Test Satellit" sollte über Gabun „geparkt" werden und von dort mit der „umfassenden Nachrichtentätigkeit", die im wesentlichen aus der Ausspionage der imperialistischen Konkurrenten und der Kontrolle über die Bewegungen des Klassengegners in weltweitem Maßstab besteht, beginnen. Vor allem die westdeutschen Imperialisten innerhalb der „European Space Agency", ESA, haben ein großes Interesse an dem Aufbau dieser umfassenden Spionagetätigkeit, haben sie ihren Anspruch auf und ihr Streben nach Weltherrschaft doch niemals aufgegeben.

156 Millionen hat die westdeutschen Imperialisten der Bau der geplatzten Rakete gekostet. Es war die achtzehnte, die sie finanziert haben. AEG war bei der Herstellung des Satelliten führend beteiligt. Jetzt, nachdem die Trägerrakete geplatzt ist – ob die US-Imperialisten etwas nachgeholfen haben, mag dahingestellt sein –, machen sich die Imperialisten fieberhaft gemeinsam auf die Suche nach dem Spionagegerät, das ausgerechnet im „geheimnisvollen Bermuda-Dreieck" ins Wasser gegangen ist. Die westdeutschen Imperialisten, um die Ursachen der Explosion aufzuklären, um auf der Grundlage den Bau eigener Abschußrampen leichter in Angriff nehmen zu können, die übrigen Imperialisten, um sich Kenntnis über die Absichten der westeuropäischen Imperialisten zu verschaffen und sich die technischen Neuerungen der „OTS" selbst zunutze zu machen. – (Z-Red.)

Aktionen gegen Hitler-Film

Westberlin. Am letzten Freitag wurde der Hitlerfilm aus dem Kino am Kurfürstendamm in der Innenstadt von Westberlin in ein kleines Kino in einem Stadtteil verlegt. Die Rechnung der Bourgeoisie, mit diesem Film im wesentlichen die Jugendlichen zu gewinnen und den Faschismus zu rechtfertigen, ist nicht aufgegangen.

Während der gesamten letzten Wochen der Laufzeit wurden vor dem Kino Flugblätter gegen den Film vom KBW verteilt, ein Büchertisch mit revolutionärer Literatur aufgebaut, an dem besonders häufig Texte von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung verkauft wurden. Außerdem verkauften wir über 900 Broschüren gegen den Hitlerfilm und ebensoviele KVZ bei den Aktionen.

An einem Abend kamen Jugendliche dazu, die den Film sich angesehen hatten. Sie hatten selbst ein Flugblatt entworfen, in dem sie schrieben, daß sie für die sofortige Absetzung des Filmes sind und ihn als eine Pro-Hitler-Propaganda bezeichneten.

Nach der Veranstaltung des SRK wurde vom SRK eine auf dieser Veranstaltung beschlossene Ausstellung über die Ursachen des 2. Weltkrieges und des Faschismus vor dem Kino durchgeführt.

Die Aktionen werden vor dem Stadtteilkino fortgesetzt.

Schülerrat fordert Freilassung des Panzergrenadiers Döhmen

Hannover. Der Schülerrat des Sekundarbereichs II der IGS Roderbruch hat am 20.9. in einer Resolution sich gegen den Disziplinararrest für den Panzergrenadier Döhmen gewandt. Seit dem 13.9. sitzt Klaus Döhmen in Disziplinararrest. Döhmen wird vorgeworfen, im Unterkunftgelände der Scharnhorstkaserne die „Volksmiliz", die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees, verteilt zu haben, in der „zur Verweigerung des Gelöbnisses und zur Bildung anderer Organisationen zwecks Zerschlagung der bestehenden Wehrordnung aufgerufen" wird. Die sofortige Vollstreckung der Disziplinarstrafe wurde angeordnet, weil „Gefahr für die militärische Ordnung bestehe im Hinblick auf das Gelöbnis am 16.9.", so Hauptmann Kasuch. Dagegen hat die Schülervertretung beschlossen:

„Die Soldaten in der Armee sind aller gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten und Rechte beraubt. Das Gelöbnis, mit dem sie ihrer Entrechtung zustimmen sollen, soll ihnen erpreßt werden, indem nur, wer gelobt, befördert wird und 45 DM mehr vom sprichwörtlichen Hungersold erhält. Der Schülerrat erklärt, daß er gegen jede Einschränkung gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten in der Armee ist ... Er fordert: Sofortige Freilassung des Panzergrenadiers Döhmen! Gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee!"

Herbstmanöver „Starker Büffel": Mit 12000 Soldaten wurde die Besetzung der Mecklenburger Börde geprobt

Bauern und Soldaten gegen die imperialistische Armee

Die Bourgeoisie bereitet zügig und gungswagen vom Spieß 24 Stunden werden. Wichtige Voraussetzung dazu Lohnfortzahlung, Kündigungsrecht

nur, wer gelobt, befördert wird und 45 DM mehr vom sprichwörtlichen Hungersold erhält. Der Schülerrat erklärt, daß er gegen jede Einschränkung gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten in der Armee ist ... Er fordert: Sofortige Freilassung des Panzergrenadiers Döhmen! Gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee!"

Herbstmanöver „Starker Büffel": Mit 12000 Soldaten wurde die Besetzung der Mecklenburger Börde geprobt

Bauern und Soldaten gegen die imperialistische Armee

Die Bourgeoisie bereitet zügig und mit genauer Planung den imperialistischen Krieg vor. 12000 Soldaten der 6. Panzergrenadierdivision befanden sich in der vergangenen Woche im Manöver „Starker Büffel".

In diesem Jahr ging es bei der Übung „Starker Büffel" darum, in flachem, weitem und vom Feind gut einsehbarem Gelände schnell voranzukommen. Dieses Gelände entspricht ziemlich genau dem Gebiet der Mecklenburger Börde, also dem Gelände, das die westlichen Imperialisten nach dem Überschreiten der Elbe schnell erobern müssen, um dann rasch gen Osten vorzustoßen.

„Überhaupt halten sich die Schäden in Grenzen. Soldaten aus Wentorf bei Hamburg wurden sogar eingesetzt, das Vieh von den Weiden zu treiben", lügt der bürgerliche Schreiberling frech in den „Kieler Nachrichten". Die Bauern berichten da ganz anders. In Börm, Hollingstedt und Treia waren am Mittwochabend Panzer in dichten Ketten aufgefahren und hatten die ganze Nacht über geschossen. In einer Linie von 20 Kilometern wurde die Front errichtet, und die Bewohner in den Ortschaften dieses Gebiets haben die ganze Nacht kein Auge zu bekommen. In dem Ort Treia hat ein Panzer in derselben Nacht das Stromschalthäuschen umgefahren, so daß der ganze Ort bis zum Vormittag ohne Strom blieb. In dem gesamten Manövergebiet wurden Straßen und besonders stark die von den Bauern angelegten Wirtschaftswege zerstört. Brücken wurden eingefahren, Einfriedungen und Gatter niedergewalzt. Kartoffel- und Gemüsefelder, in die gerade die Neusaat eingebracht worden waren, Koppeln und Drainagen wurden umgewühlt. In der Ortschaft Klein-Jörl wurde vor der Gastwirtschaft ein parkendes Auto niedergewalzt. Spähpanzer „Luchs" fuhren nachts völlig unbeleuchtet und leise in schnellem Tempo durch den Ort Klein-Jörl. Mindestens ein Soldat, ein Panzerfahrer, ist bei dem Manöver ums Leben gekommen.

Eine unsagbare Schinderei war das Manöver für die Soldaten. Ein großer Teil hatte in den letzten drei Tagen ganze zwölf Stunden geschlafen, viele auch das noch nicht mal. Essen gab es den letzten Fraß und selten. Einzelne Teileinheiten bekamen den Verpflegungswagen vom Spieß 24 Stunden nicht zu sehen. Im Laufe des Manövers wuchs der Haß auf diese imperialistische Armee und auf das Offizierspack: Bauernjugendliche in Börm: „Das sind doch alles Banditen." „Aber gegen diese Zerstörung kann man ja doch nichts machen." Als sie von der Aktion niedersächsischer Bauern hörten, die mit ihren Traktoren Panzern den Weg versperrten, waren sie gleich Feuer und Flamme. Ein Bauer bei Klein-Bennebek: „Man muß froh sein, wenn man von Manöverschäden verschont bleibt. Die Entschädigung reicht hinten und vorne nicht." Und sie käme frühestens in einem halben Jahr. Die Schäden würden die kleinen Bauern schneller in den Ruin treiben. Besonders schlimm sei das diesen Herbst, wo sie nur 5 bis 8 DM für den Zentner Kartoffeln bekämen.

„Oh Mann, gibt es wieder Krieg?" fragte eine alte Bäuerin, die die Vorbereitungen der Imperialisten zu den zwei Weltkriegen miterlebt hatte. Eine andere berichtete über die Manöverschäden auf ihrem Hof und was sie von den Offizieren hielt: „Die Soldaten müssen den ganzen Tag im Dreck liegen, die Offiziere machen sich einen feinen Lenz. Die sitzen immer im Warmen und haben gut zu essen."

Über die Empörung, die sich in Nordfriesland ausbreitet, mußten die „Husumer Nachrichten" berichten: Der Kreisbauernverband Husum-Eiderstedt habe gleich am ersten Tag beim Wehrbereichsamt in Kiel gegen die ungeheuren Zerstörungen protestiert. Die Übungsschadenzentralstelle bei Tarp schätzt die Schäden auf 2,4 bis 2,8 Mio. DM bei Nutzflächen und auf die gleiche Summe bei Straßen und Wegen. Die „Husumer Nachrichten" müssen „unüblich harte Kritik" der Bauern („die haben gehaust wie die Vandalen") vermelden.

Die Soldaten wurden über den Sinn und Zweck des Manövers völlig im dunkeln gelassen. Auf die Frage, was sie denn machen würden, wenn die bürgerliche Klasse mit dem Krieg anfängt, sagte ein Soldat sofort: „Verpissen!" Ein anderer meinte: „Verpissen bringt nichts. Man muß das irgendwie anders anpacken, daß man aus der Sache früher rauskommt." Da hat er recht. Rasch muß die kriegstreibende imperialistische Bourgeoisie gestürzt werden. Wichtige Voraussetzung dazu ist, daß die Arbeiter, Bauern und Soldaten sich zusammenschließen. Und gemeinsame Rechte fordern, die den Raum schaffen für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands. Die Forderungen der Soldatenbewegung nach Lohnfortzahlung, Kündigungsrecht und freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung in der Armee sind in den letzten drei Wochen in Holstein von über 300 Arbeitern, Bauern, Soldaten, Schülern und Studenten unterstützt worden. – (SRK Holstein)



Auf diesem Bild sieht man deutlich, daß der Panzer eine tiefe Rinne in die Wiese wühlt, die dazu führt, daß die Drainagerohre kaputtgehen. Folge: Kein richtiger Abfluß des Wassers mehr, Staunässe, die Wiese versauert. Bezahlt wird den Bauern meist nur das Zuschieben der Rinne und die Neuaussaat, was ihnen wenig nützt.



Im Moor steckengebliebene Panzer drücken die Gräben ein

Die Supermächte üben den dritten Weltkrieg. 16000 NATO-Soldaten in Dänemark

16000 Soldaten nehmen in der Zeit vom 7. bis 30. September an der NATO-Übung ‚Arrow Express' teil, die hauptsächlich auf Seeland und Lolland-Falster abgewickelt wird. Sie ist ein Teil der üblichen Herbstübung der NATO, Autumn Forge, in der die NATO-Länder den Krieg in Europa proben. An der Übung nimmt u.a. auch die AMF, Allied Command Europe Mobile Forces, teil, das berüchtigte „Feuerwehr-Korps".

Während der Übung „Arrow Express" wird das Feuerwehr-Korps zusammen mit der UKMF, der britischen mobilen Streitmacht, über Land und Meer und per Flugzeug nach Dänemark überführt. Hier sollen sie sich mit den dänischen Streitkräften aus dem Heer, der Heimwehr und der Luftwaffe vereinigen.

THW muß Antrete-, Marschier- und Grußorndung zurückziehen

In der KVZ Nr. 34 vom 22. August berichteten wir, wie sich Heidelberger Leger des Technischen Hilfswerks (THW) gegen die Einführung der neuen verschärften Dienstordnung zur Wehr setzten. Viele der Helfer verweigerten damals – Anfang August – dem stellvertretenden Kreisbeauftragten des THW den ihnen abverlangten militärischen Gruß. Ein Großteil der ca. 60000 THW-Helfer in der BRD muß es ähnlich gemacht haben. Denn Anfang September zog Zielinsky, Direktor der Bundesanstalt THW und Vizepräsident der Bundesanstalt für Zivilschutz, in einem internen Schreiben an alle Ortsvereine die neuen Verordnungen zurück. Als Begründung gab er an, daß die Maßnahmen des THW „beim Großteil der Presse den Eindruck erweckt hätten, es handle sich beim THW um eine paramilitärische Organisation". Dieser „Eindruck" ist bei den Helfern Gewißheit, denn wozu braucht man zur Hochwasser- und Waldbrandbekämpfung, was angeblich zu den Hauptaufgaben des THW gehört, „Rührt Euch" und zackiges Strammstehen!

In dem internen Rundschreiben stand weiterhin, daß um diesen „Eindruck" und solche Reaktionen künftig zu vermeiden, man sich „neue Wege" überlegen müsse.

Unter den Helfern, denen dieser Brief nicht verborgen blieb, herrschte eitle Freude, daß sie diese Maßnahmen zurückgeschlagen hatten, doch zugleich waren sie sich darüber im Klaren, daß sie diesen „neuen Wegen" frühzeitig auf die Schliche kommen und sie bekämpfen müssen.

Alex Möller will Weg für Expansion der BRD-Imperialisten in Ägypten bereiten

Die Imperialisten reden schon länger von einem Marshallplan für Ägypten. Jetzt ist er da, zumindest in Form eines Gutachtens. Vorgelegt hat es der ehemalige Bundesfinanzminister Alex Möller, der sich seit längerem in Ägypten aufhält. Er war von Bundeskanzler Schmidt als persönlicher Berater für Präsident Sadat empfohlen worden und hatte zusammen mit fünf anderen Agenten vom Institut für Entwicklungspolitik (Berlin) sowie im Auftrag der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds das Gutachten erarbeitet. Die Absicht dieses Imperialistenknechtes aus Westdeutschland ist unverkennbar: Ägypten weiter in die Schuldknechtschaft zu treiben und für das westdeutsche Finanzkapital die Möglichkeiten zur Ausbeutung der ägyptischen Arbeiter zu verbessern.

Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt: „In einem Memorandum zu dem 200 Seiten starken Gutachten wird ausgeführt, daß infolge der starken Spezialisierung des ägyptischen Exports, des hohen Importbedarfs und des hohen Bedarfs an ausländischem Kapital die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens nur in Arbeitsteilung und Zusammenarbeit mit der übrigen Welt, insbesondere den arabischen und westeuropäischen Staaten sowie den USA erfolgen könne. Kurzfristig und mittelfristig kommt der politischen und finanziellen Unterstützung durch das Ausland zentrale Bedeutung zu." „Für die finanzielle und wirtschaftliche Neuorientierung Ägyptens sei eine finanzielle Atempause" unerläßlich. Obwohl sich Möller dazu weiter nicht äußern wollte, „deutet dieser Hinweis auf den Vorschlag hin, dem tief verschuldeten Land ein Schuldenmoratorium zu gewähren." (SZ, 13.9.)

Internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit, was das heißt, ist den ägyptischen Volksmassen mittlerweile gut bekannt. Schon die britischen Kolonialisten hatten von Arbeitsteilung geschwätzt, als sie Ägyptens Landwirtschaft in eine riesige Baumwollplantage verwandelten – ein Grund dafür, daß Ägypten heute mit einer einseitig und beschränkt ausgerichteten Wirtschaftsstruktur zu kämpfen hat.

Auch die Sozialimperialisten hatten von Arbeitsteilung und Zusammenarbeit geredet. Herausgekommen ist die rigorose Ausplünderung der ägyptischen Reichtümer und die Tatsache, daß die Sowjetunion heute noch der größte Gläubiger des ägytischen Staates ist. Allein die Schulden für die Rüstungslieferungen betragen zwischen zwei und drei Milliarden ägyptischer Pfund. Die Sozialimperialisten hatten Ägypten gezwungen, seine Schulden mit Rohstofflieferungen zu zahlen – Hauptposten Baumwolle –, was insgesamt wieder dazu geführt hat, daß das Land keine nennenswerten Warenanteile mehr für den Export auf den Weltmarkt zur Verfügung hatte. Die Gesamtschuld Ägyptens ist dadurch so gewachsen, daß

Ägyptens ist dadurch so gewachsen, daß

sie den Wert eines ganzen jährlichen Nationalproduktes übersteigt. Ägypten hat die klaffenden Löcher der Handeslbilanz durch die Aufnahme von Krediten bei westlichen Imperialisten zu schließen versucht. Da diese das Land aber nicht für „kreditwürdig" hielten, haben sie höhere Zinsen (bis zu 22%) verlangt und die Laufzeit kurz gehalten. So verschuldete Ägypten immer mehr.

In den letzten beiden Jahren verstärkte Ägypten seine Anstrengungen, die alten Abhängigkeiten zu zerschlagen. Es stoppte z.B. die Baumwollieferungen in die Sowjetunion. Mit Unterstützung von Krediten durch verschiedene arabische Staaten wird am Aufbau der nationalen Wirtschaft gearbeitet.

Diese Situation nun versucht der BRD-Imperialismus zu nutzen, um im Nahen Osten als „ehrlicher Makler" neue Abhängigkeiten herzustellen. Möllers Vorschlag beinhaltet, daß die westdeutschen Imperialisten mehr Kapital im Lande investieren sollen, die billigen Arbeitskräfte nutzen und neue Warenmärkte sichern. Die Frage des Schuldenmoratoriums ist ein übler Trick. Verlangen Staaten der Dritten Welt die Aufschiebung von Schuldenzahlungen, erheben die Imperialisten großes Geschrei. Hier schlägt ein Imperialistenpolitiker es vor, das ist verdächtig. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, ist die Imperialistenlogik. Ein Aufschub von Schulden bedeutet nichts weiter, als daß die westdeutschen Imperialisten Ägypten noch tiefer in ihre Krallen ziehen wollen. Sie wollen über die Weltbank Ägypten neue Kredite aufzwingen und dann in ein paar Jahren auch noch neben den neuen die alten Schulden eintreiben. Möllers angedeuteter Vorschlag ist nichts anderes als der Versuch, günstigen Boden für verstärktes Eindringen westdeutschen Kapitals nach Ägypten zu bereiten. Möller schlägt gleichzeitig vor, den Staatsapparat in Ägypten durchzurationalisieren, ganz im Interesse der Sicherung der Ausbeutungsbedingungen für das imperialistische Kapital. Gleichzeitig weiß er, daß die ägyptischen Arbeiter und Bauern die Ausplünderung des Landes durch den Imperialismus nicht mehr lange hinnehmen. Die Kämpfe Anfang des Jahres sind ein Beweis dafür. – (Z-Red)

Westdeutsche Imperialistenhoffnungen auf Italien

Mit „Notstandsopfer" für die Profitgier der Imperialisten

Anfang August drohte der Internationale Währungsfonds den italienischen Imperialisten, sie möchten sich gefälligst an die Auflagen halten, die ihnen bei der Gewährung des letzten IWF-Kredits über 530 Mio. Dollar gemacht worden seien. „Man" – konkret die westdeutschen und die US-Imperialisten – sei „beunruhigt", daß die italienische Regierung dem Versprechen, die Staatsausgaben nicht mehr als um 7% zu steigern und die „Einnahmen zu mehren", nicht in der angemessenen Weise nachgekommen sei.

„Die voraussichtlichen Mehrausgaben dürften zum überwiegenden Teil auf das Konto der den Staatsbeamten bei der Erneuerung ihres Gesamtarbeitsvertrages gemachten *Konzessionen* ...gehen",

gibt die „Neue Zürcher Zeitung" (10.8.) den Unwillen der imperialistischen Konkurrenten Italiens wieder.

Neben weiter gesteigerter Steuerausplünderung der italienischen Volksmassen ist es die Forderung nach drastischen Lohnsenkungen für die italienischen Arbeiter. Um die entsprechenden Anstrengungen der Andreotti-Regierung zu „kontrollieren", kündigen sie gleich die Entsendung einer „Expertenkommission" an.

Am 12. September unterzeichneten die staatliche italienische Mineralölgesellschaft ENI und ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der *Deutschen Bank* einen Kreditvertrag über 200 Mio. Dollar, mit denen sich die westdeutschen und die anderen Imperialisten in die italienische Erdöl- und Kernbrennstoffversorgungsindustrie einkaufen. Vorstandsmitglied Thierbach der Deutschen Bank erklärte, „daß sich die Kreditwürdigkeit Italiens in letzter Zeit erheblich gebessert habe." Deshalb „sei die internationale Nachfrage nach einer Beteiligung an diesem Kredit auch sehr groß gewesen". (FAZ, 13.9.)

Die „Notstandsopfer", die die sechs bürgerlichen Parteien Italiens, dem Interesse der italienischen Imperialisten und dem Druck des ausländischen Finanzkapitals folgend, den Volksmassen auferlegt haben – Erhöhung der direkten und indirekten Steuern aus Lohn, Streichung von Lohnbestandteilen, Beseitigung des Kündigungsschutzes u.a. – beginnen zu greifen.

„Die Kürzung der Realkaufkraft der Löhne schreitet seit einigen Monaten fort", stellt „Blick durch die Wirtschaft" (1.9.) befriedigt fest. „In Italien glimmt ein Hoffnungsfunke", triumphiert die „Süddeutsche Zeitung" vom 17.9. „So sind beispielsweise in den ersten acht Monaten dieses Jahres die in der Industrie durch Streiks ausgefallenen Stunden um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Zudem ist die Krankheitsquote in den Betrieben drastisch gesunken, so daß die italienische Wirtschaft ein langentbehrtes Merkmal vorweisen kann: die Produktivität steigt wieder. (...) Rechnet man mit einer Verbesserung der Arbeitseffizienz um etwa 4%."

Zweiffellos, die Revisionisten der KPI, die mit den anderen bürgerlichen Parteien, v.a. den Christdemokraten, um durchschlagende Maßnahmen zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen wetteifern, haben die Kampfkraft der italienischen Arbeiterklasse gegenwärtig fesseln können. Sie haben das vor allem mittels ihrer Herrschaft über die größten Gewerkschaften, durch die Sabotage und Unterdrükkung der Klassenkämpfe, durch zielstrebig anvisierte Niederlagen in vielen Kämpfen betrieben – ihre Eintrittskarte in die Regierung des italienischen Finanzkapitals.

Bei so viel „Hoffnungsfunken" sehen die westdeutschen Imperialisten die Zeit reif, in größerem Maßstab ihr Kapital in Italien zu investieren. Sie haben die hohe Verschuldung des italienischen Staates von rd. 20 Mrd. DM dazu genutzt, sich weitere günstige Investitionsbedingungen zu erpressen. Der Aufruf Andreottis: „Deutsche – investiert in Italien", von den Revisionistenführern mit Beifall bedacht (vgl. FAZ, 13.9.), klingt wie Musik in ihren Ohren; es ist die Erfolgsmeldung ihrer Erpressungen. Bei Kapitalexport nach Süditalien bis zu einer Höhe von 2,4 Mio. Dollar erhalten sie zukünftig vom italienischen Staat einen verlorenen Zuschuß von 40 %.

„Bei Investitionen, die im Süden ‚Vorrangcharakter' haben, können die Zuschüsse ... nochmals um ein Fünftel erhöht werden. Gewährt wird eine zehnjährige Steuerbefreiung von den örtlichen Ertragssteuern (rund 15 % der Gewinne) sowie eine Halbierung der Körperschaftssteuer auf 10 Jahre von 25 auf 15 Prozent, Außerdem wird eine Ermäßigung der Sozialabgaben zugesichert, so daß sich die Arbeitskosten um mindestens 20 % für die Unternehmer ermäßigen." (FAZ, 13.9.)

Den Druck auf ihren italienischen Konkurrenten glauben die westdeutschen Imperialisten weiter verschärfen zu können. Die Frankfurter Allgemeine läßt sich bereits genüßlich über den nächsten bevorstehenden „Bittgang" des italienischen Finanzkapitals zum Internationalen Währungsfonds aus. Die weitere Erhöhung der Staatsschuld ist ins Auge gefaßt, weil die italienische Regierung anders als durch erneutes Schuldenmachen die anfälligen Kredite und Zinsen nicht zurückzahlen kann. Doch eins schwant ihnen dunkel: daß sich die Kämpfe der italienischen Arbeiter trotz revisionistischer Anstrengungen nicht lange werden unterdrücken lassen. Sorgfältig beobachten sie den Einfluß der „KPI": „Bei den Jugendlichen und den Gewerkschaftern verliert die PCI Anhänger. ...Was römische Studenten und radikale Kräfte schon im Frühjahr demonstriert hatten, die Ablehnung des kommunistischen Establishments, wiederholten sie jetzt anläßlich des vierstündigen Generalstreiks am vergangenen Freitag in Mailand. Sie versuchten, den kommunistischen Führer der CGIL-Gewerkschaft, Lama, niederzuschreien ..." (FAZ, 12.9.) Inzwischen sind die italienischen Eisenbahner gegen den Widerstand der revisionistischen Gewerkschaftsführer zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen in einen Bummelstreik getreten. – (Z-Red)





Vergeblich versucht die portugiesische Regierung, die Landreform gegen die Bauern und Landarbeiter durchzuführen. Der Widerstand gegen die Zurückgabe der Ländereien an die Großgrundbesitzer ist so groß, daß nicht einmal mehr die Revisionisten im Parlament offen die Regierung unterstützen können. Erneut wurden auf fünf Landreformzentren Bombenanschläge durchgeführt. Heftige Kämpfe zwischen den Bauern und Landarbeitern und der Nationalgarde gab es vor zwei Wochen, als Land unter dem Schutz der portugiesischen Nationalgarde an die alten Grundherren zurückgegeben werden sollte. Die Bauern und Landarbeiter bewaffneten sich mit Steinen und sonstigen Gerätschaften und griffen die Regierungstruppen an.
Die portugiesischen Piloten haben ihren Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erfolgreich beenden können. Die Regierung mußte ihren Forderungen zustimmen, nachdem sie zuerst die Piloten verpflichtet hatten, 30 Tage lang zu alten Löhnen und Bedingungen weiterzuarbeiten. Die Piloten waren trotz dieser Verpflichtung und den damit verbundenen Entlassungsdrohungen in den Streik getreten.

Der „Erbfeind Frankreich" meldet auch Vorherrschaftsansprüche an

Die französischen und die westdeutschen Imperialisten liefern sich heiße Konkurrenzschlachten um die Vormachtstellung in Westeuropa. Als letzte Woche der polnische Regierungschef Gierek Gespräche mit Giscard d'Estaing führte, ging es dem französischen Vertreter des Finanzkapitals vor allem darum, möglichst gute Bedingungen zu schinden, um auf den polnischen Markt zu expandieren. Das Vordringen auf die Märkte der Comecon-Staaten wird von den französischen Imperialisten besonders angestrengt betrieben, weil sie darin den Schlüssel zur Errichtung der Vormacht in Westeuropa sehen. „Untermauerung der Entspannungspolitik" hat Giscard d'Estaing das genannt und den polnischen Revisionistensprecher aufgefordert, gemeinsam mit der französischen Bourgeoisie „einen Ring um Europa zu legen".

Nicht nur in dem Vordringen auf die Märkte der Comecon-Staaten stehen die westdeutschen und die französischen Imperialisten in scharfer Konkurrenz untereinander. Die westdeutschen Imperialisten, die in der Textilindustrie führend auf dem Weltmarkt sind, beherrschen auch den westeuropäischen Markt. Die französische Textilindustrie ist auf 75000 Betriebe zersplittert, und in der Produktion den Textilmonopolen der BRD unterlegen. Deshalb hatte sich die französische Regierung mit aller Macht für protektionistische Maßnahmen der EG gegenüber Drittländern gegen den Widerstand der westdeutschen Imperialisten eingesetzt und auch durchgesetzt.

Die scharfe Konkurrenz treibt die französischen Imperialisten dazu, den umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen der westdeutschen Imperialisten nicht nachzustehen. Allein in der Textilindustrie sind in den letzten Jahren 80000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen worden. Der drittgrößte Textilkonzern mit 12000 Beschäftigten hat jetzt Entlassungen von 700 Arbeitern angekündigt, der Baumwollkonzern Boussac hat ebenfalls in den letzten Tagen 2000 Entlassungen bekanntgegeben.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich ist mittlerweile auf 1,22 Millionen gestiegen, während gleichzeitig die Zahl derer, die in Lohnabhängigkeit gedrückt werden, weiter wächst. Seit 1968 bis 1975 ist die Zahl der Lohnabhängigen um 1,38 Millionen gestiegen. Vor allem die Konzentration in der Landwirtschaft führt durch die Bauernlegerei zu einem Anschwellen der Reihen des Proletariats, mehr als zwei Drittel der französischen Bauern sind in den letzten 10 Jahren ins Proletariat gedrückt worden.

In der Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien in Frankreich spielt der Aufbau und die Ausweitung der Stahlproduktion eine wesentliche Rolle. Nachdem die Regierung bereits eine Verstaatlichung der Stahlindustrie beschlossen hat, fordern die Revisionisten jetzt die Beschleunigung der Konzentration des Kapitals der Stahlindustrie und Rationalisierungsmaßnahmen. „Die Nationalisierung der Stahlindustrie ist eine ökonomische, soziale und nationale Notwendigkeit. Zweifellos ist die Mehrheit der Franzosen der Meinung, daß es da keine Zeit mehr zu verlieren gibt." Die Revisionisten legen sich deshalb so ins Zeug für den Ausbau der Stahlindustrie, weil diese als eine Grundlagenproduktion eine entscheidende Rolle im Kampf um die Vormachtstellung in Europa spielt.

Die Stabilisierungspolitik Barres soll fortgesetzt werden, hat die französische Regierung nämlich gleich nochmal betont und klargemacht, was das heißt: Sie hat mit der Gewerkschaft der Pariser Verkehrsbetriebe einen Tarifvertrag von 1,1 Prozent Lohnerhöhung abgeschlossen, was bei einer Inflation von fast 10 Prozent eine drastische Lohnsenkung bedeutet. Solch einen Abschluß streben sie jetzt auch für die Eisenbahner und die Arbeiter und Angestellten der Elektrizitäts- und Gaswerke an. – (Z-Red.)

Frankreichs Handelsbilanz 1972 – 1976
in Milliarden US-Dollar

	1972	1973	1974	1975	1976
Einfuhr	26,7	37,1	52,2	54,2	64,2
Ausfuhr	25,8	35,7	45,1	52,2	55,3
Handelsbilanz	–0,9	–1,4	–7,1	–2,0	–8,9
Einfuhr aus EG-Ländern	15,0	20,5	25,1	26,5	32,0
Ausfuhr in EG-Länder	14,6	20,0	24,3	25,7	28,3
Handelsbilanz mit EG-Ländern	–0,4	–0,5	–0,8	–0,8	–3,7
Einfuhr aus BRD	6,0	8,5	10,2	10,2	12,4
Ausfuhr in die BRD	5,5	7,0	7,9	8,6	9,6
Handelsbilanz mit der BRD	–0,5	–1,5	–2,1	–1,6	–2,8

Rohstahlerzeugung in Frankreich und der BRD
in Millionen Tonnen

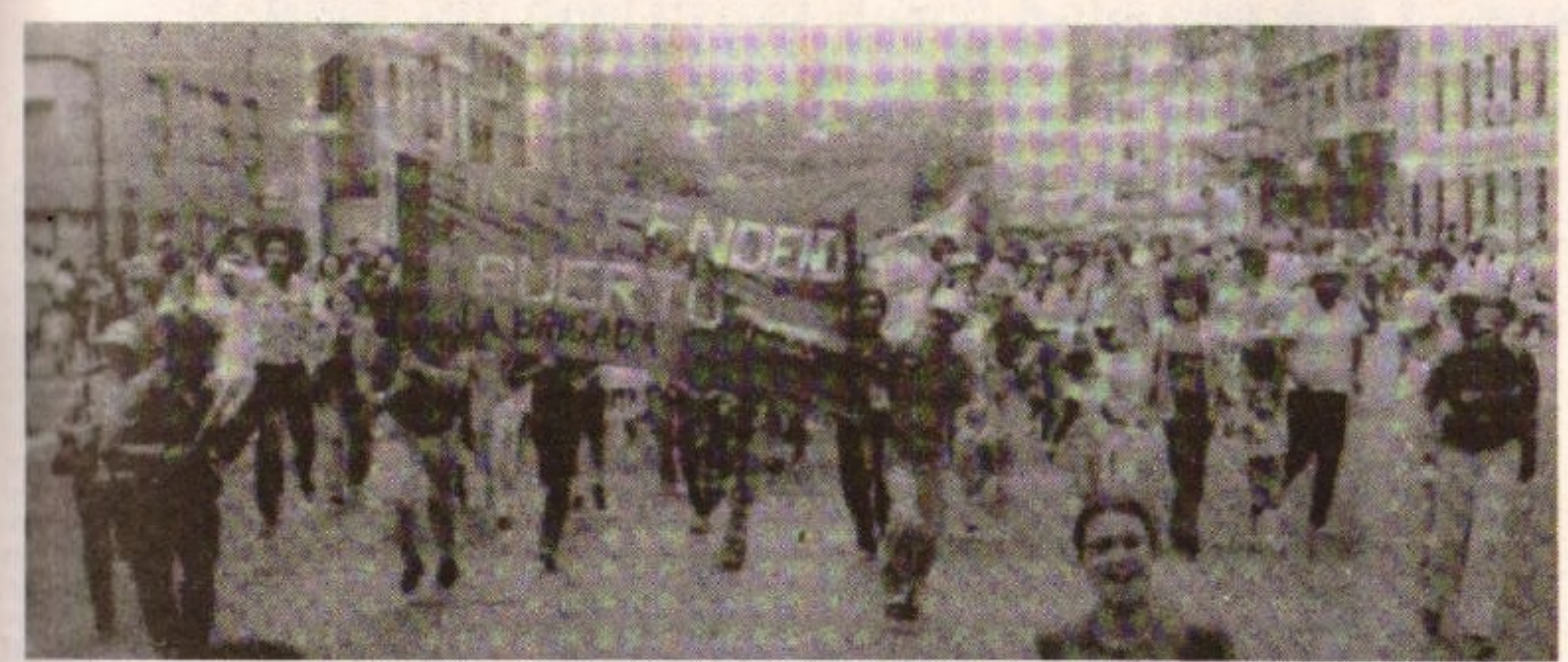
	1972	1973	1974	1975	1976
BRD	43,7	49,5	53,2	40,4	42,4
Frankreich	24,1	25,3	27,0	21,5	23,2
Frankreich in % der BRD	55%	51%	51%	53%	55%

PKW-Produktion in Frankreich und der BRD
in Millionen Stück

	1972	1973	1974	1975	1976
BRD	3,17	3,36	2,58	2,69	3,31
Frankreich	2,99	3,20	3,05	2,95	3,52
Frankreich in % der BRD	94%	95%	118%	110%	106%

Stromverbrauch in Frankreich und der BRD
in Milliarden kWh

	1972	1973	1974	1975	1976
BRD	272,3	294,7	296,3	289,7	286,3
Frankreich	165,0	180,0	188,0	188,0	191,3
Frankreich in % der BRD	61%	61%	63%	65%	67%



Am 4. Juni 1977 haben in Chicago Tausende von Puertoricanern für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Puerto Ricos demonstriert.



Puerto Rico: Kampf gegen Carters Annexionspolitik

Der „Friedenspräsident" Carter hat vergangene Woche verlauten lassen, daß die US-Imperialisten beabsichtigen, Puerto Rico als 51. Bundesstaat in Besitz zu nehmen. Seit Jahrhunderten kämpft das Volk von Puerto Rico für Selbständigkeit und wird diese Inbesitznahme nicht dulden.



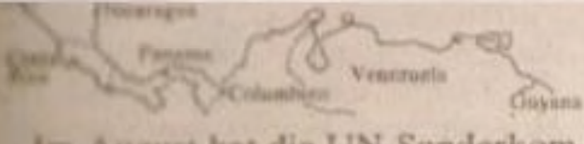
Im August hat die UN-Sonderkommission für Dekolonisationsfragen über eine Resolution beraten, die die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Puerto Ricos fordert. Ausdrücklich sind enthalten in dieser Resolution
– die nachdrückliche Zusicherung der unveräußerlichen Rechte des Volkes von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit,
– die Aufforderung an die USA, alle Schritte zu unterlassen, welche die politische Entscheidung des Volkes von Puerto Rico beeinträchtigen, einschließlich der Ausbeutung seiner Bodenschätze und Energiequellen,
– die sofortige und bedingungslose Freilassung der fünf Patrioten, die sich seit den fünfziger Jahren in den US-Gefängnissen befinden.

Eneida Vasquez, Führerin des „Puerto Rico Friedensrates", sprach vor der Kommission im Auftrag von 19 Organisationen. Sie griff die US-Imperialisten an, indem sie den gegenwärtigen Commonwealth-Status von Puerto Rico anprangerte und das Vorhaben, aus Puerto Rico einen US-Staat zu machen, verurteilte. Sie bezeichnete dieses Vorhaben als Annexion. „Das würde für das Volk von Puerto Rico lediglich bedeuten, daß der Grad der Ausbeutung und nationalen Unterdrückung zunähme, und wäre das Gegenteil von Unabhängigkeit."

Puerto Rico ist für die USA äußerst wertvoll, einerseits als strategisch wichtiger Punkt für den Zugang zum Meer, andererseits um Höchstprofite zu machen. Der US-Anteil am Außenhandel betrug 87%, 85% der Industrie sind in den Händen der US-Konzerne, 5,5% aller Auslandsinvestitionen der US-Imperialisten, insgesamt 14 Milliarden DM, sind auf Puerto Rico. Steuererleichterungen für die Kapitalisten ziehen ausländisches Kapital an. Die Löhne der Arbeiter betragen die Hälfte der Löhne der amerikanischen Arbeiter. Es besteht eine Arbeitslosigkeit von 20%. Auf Puerto Rico, ursprünglich Agrar- und Viehland, wurde die Landwirtschaft systematisch zerschlagen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion ist von 1955 bis 1966 von 23 auf 6% zurückgegangen. Grund und Boden besitzen die großen US-Konzerne und lassen dort Zucker, Kaffee, Tabak, Ananas und Bananen von Landarbeitern anbauen. 20% der Nahrungsmittel müssen nach Puerto Rico eingeführt werden.

In Puerto Rico leben nahezu 3 Millionen Menschen. Die hohe Verelendung zwingt die Puertoricaner, zu Tausenden im Jahr das Land zu verlassen. In New York allein leben 750000 Puertoricaner, in den USA insgesamt 2 Millionen, vor allem in den großen Städten. In den USA und in Puerto Rico werden die Puertoricaner von den US-Imperialisten maßlos ausgebeutet und unterdrückt. Das Bewußtsein, daß die nächste Aufgabe die Befreiung Puerto Ricos vom US-Imperialismus ist, ist groß und findet breite Unterstützung bei allen lateinamerikanischen Ländern.

Entsprechend der Einheitlichkeit und Stärke der Bewegung für die Unabhängigkeit Puerto Ricos suchen die US-Imperialisten diese Bewegung zu zerschlagen. In Puerto Rico sind zwei US-Militärstützpunkte. Tausende von Patrioten sitzen in den US-Gefängnissen. Am 4. Juni 1977 wurde in Chicago die Demonstration der Puertoricaner anläßlich des Nationaltages der Puertoricaner blutig zu zerschlagen versucht. Drei junge Menschen sind von der Polizei erschossen worden. Die Puertoricaner, die diesen Tag zum Zusammenschluß für den Kampf um die Unabhängigkeit benutzen, hißten trotz massiver Polizeieinsätze die puertoricanische Flagge und sangen Lieder, die die Entschlossenheit ausdrückten, für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu kämpfen. Eine Mutter, deren Kind bei den Auseinandersetzungen erschossen wurde, klagte die US-Imperialisten an: „Ich bin von Guayama (Stadt in Puerto Rico), wo meine Familie etwas Land hatte. Aber die großen amerikanischen petrochemischen Konzerne nahmen das Land, und sie gaben uns keine Arbeit. Alles gehört den amerikanischen Kapitalisten. Warum nehmen sie uns das weg, was uns gehört in Puerto Rico und auch hier ... Ich kämpfe für mein Volk, so daß wir leben können und nichts fürchten müssen; daß unsere Kinder in einer guten Umgebung leben können, so daß sie eine Zukunft haben. Es ist Zeit, daß wir unsere Augen öffnen und die Realität sehen." – (Z-Red.)



Im August hat die UN-Sonderkommission für Dekolonisationsfragen über eine Resolution beraten, die die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Puerto Ricos fordert. Ausdrücklich sind enthalten in dieser Resolution
– die nachdrückliche Zusicherung der unveräußerlichen Rechte des Volkes von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit,
– die Aufforderung an die USA, alle Schritte zu unterlassen, welche die politische Entscheidung des Volkes von Puerto Rico beeinträchtigen, einschließlich der Ausbeutung seiner Bodenschätze und Energiequellen,
– die sofortige und bedingungslose

Puerto Rico ist für die USA äußerst wertvoll, einerseits als strategisch wichtiger Punkt für den Zugang zum Meer, andererseits um Höchstprofite zu machen. Der US-Anteil am Außenhandel betrug 87%, 85% der Industrie sind in den Händen der US-Konzerne, 5,5% aller Auslandsinvestitionen der US-Imperialisten, insgesamt 14 Milliarden DM, sind auf Puerto Rico. Steuererleichterungen für die Kapitalisten ziehen ausländisches Kapital an. Die Löhne der Arbeiter betragen die Hälfte der Löhne der amerikanischen Arbeiter. Es besteht eine Arbeitslosigkeit von 20%. Auf Puerto Rico, ursprünglich Agrar- und Viehland, wurde die Landwirtschaft systematisch zerschlagen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion ist von 1955

die nächste Aufgabe die Befreiung Puerto Ricos vom US-Imperialismus ist, ist groß und findet breite Unterstützung bei allen lateinamerikanischen Ländern.

Entsprechend der Einheitlichkeit und Stärke der Bewegung für die Unabhängigkeit Puerto Ricos suchen die US-Imperialisten diese Bewegung zu zerschlagen. In Puerto Rico sind zwei US-Militärstützpunkte. Tausende von Patrioten sitzen in den US-Gefängnissen. Am 4. Juni 1977 wurde in Chicago

ßen amerikanischen petrochemischen Konzerne nahmen das Land, und sie gaben uns keine Arbeit. Alles gehört den amerikanischen Kapitalisten. Warum nehmen sie uns das weg, was uns gehört in Puerto Rico und auch hier ... Ich kämpfe für mein Volk, so daß wir leben können und nichts fürchten müssen; daß unsere Kinder in einer guten Umgebung leben können, so daß sie eine Zukunft haben. Es ist Zeit, daß wir unsere Augen öffnen und die Realität sehen." – (Z-Red.)

CSSR: Für die Sozialimperialisten wichtige Basis der Kriegsproduktion

Für die Sozialimperialisten ist die

von 1,1 Mio. Rubel, die Steigerung ge-

CSSR: Für die Sozialimperialisten wichtige Basis der Kriegsproduktion

Für die Sozialimperialisten ist die CSSR von strategischer Bedeutung für die Beherrschung Osteuropas und für ihre Kriegsvorbereitungen. Die CSSR gehört neben der DDR und Polen zu den entwickeltsten Ländern des Comecon, reich an Rohstoffen, mit einer entwickelten Schwer- und Leichtindustrie sowie verschiedenen Produktionszweigen der Konsumgüterindustrie und vor allem einer erfahrenen ausgebildeten Arbeiterklasse. Dem Kern nach hat diese Industriestruktur schon vor dem zweiten Weltkrieg bestanden. Der deutsche Imperialismus hatte schon frühzeitig seine Klauen nach der Tschechoslowakei ausgestreckt. 1938 haben die Hitlerfaschisten das gut industrialisierte Sudetenland besetzt. Für ihre Kriegsabenteuer war es für die deutschen Imperialisten entscheidend, die Rüstungsproduktion auszudehnen. Die Massierung der Maschinenbauindustrie innerhalb der Tschechei kam den Faschisten dazu gerade recht. Die damalige Regierung wurde von den Faschisten gezwungen, sich dem Nazideutschland zu unterstellen, Böhmen und Mähren wurden zum deutschen Protektorat erklärt. Das Gebiet der Slowakei, das heute ebenfalls industrialisiert ist, war damals noch reines Agrarland; die deutschen Imperialisten zwangen es im Zuge ihrer Aggression gegen die Sowjetunion mit unter ihre Herrschaft.

Die Sozialimperialisten setzen heute die Tradition der Nazis fort. Sie haben die strategische Bedeutung der CSSR schon lange erkannt und im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung" und „Integration" die ehemals selbständige Wirtschaft der CSSR eng an die Wirtschaft der Sowjetunion gekoppelt. Über die Hälfte des Exports der CSSR geht in die Sowjetunion, schreibt die Zeitschrift „Außenhandel" der CSSR. Vor allem nutzen die Sozialimperialisten den hohen Grad an Industrialisierung. In der letzten KVZ haben wir einige Beispiele für die Tribute der RGW-Staaten, die sie an die Sowjetunion liefern müssen, berichtet. (vgl. KVZ Nr. 38, S.1) Demnach umfaßt allein der Maschinen- und Ausrüstungspark, den die CSSR 1976 in die Sowjetunion exportierte, einen Wert von 1,1 Mio. Rubel, die Steigerung gegenüber 1965 beträgt 214%. Geplant ist jetzt im Rahmen des Komplexprogramms des RGW einerseits eine weitere Steigerung, andererseits eine deutliche Spezialisierung der zukünftigen Lieferungen. (vgl. „Außenhandel" der Sowjetunion, 6/76); das heißt, geplant ist die genauere Ausrichtung der Industrie der CSSR auf die Kriegsproduktion der Sozialimperialisten.

Die Abhängigkeit der CSSR von der Sowjetunion sichert sich diese durch ihr innerhalb des RGW geschaffenes Rohstoffmonopol. Unverfroren heißt es im „Außenhandel" der Sowjetunion, „daß die Wirtschaft der CSSR im hohen Maße von auswärtigen Rohstoffen und Energieträgern abhängt". An sich ist die CSSR ein traditioneller Kohleproduzent und reich an Rohstoffen. Vor den sechziger Jahren versorgte sie fast ihre ganze Brennstoff- und Energieindustrie mit einheimischer Kohle. Sie besitzt auch ein großes Uranvorkommen. Aber im Rahmen des RGW hat die Sowjetunion den gesamten Uranabbau unter ihre Kontrolle gerissen. Die CSSR ist praktisch ihres eigenen Rohstoffes beraubt. Der Kohlebergbau wurde eingeschränkt oder zumindest nicht weiter ausgebaut.

Daher hat die Kohle sowohl als Energiequelle wie auch als chemischer Rohstoff allmählich ihre Bedeutung verloren und wurde durch Öl und Erdgas ersetzt, die aus der Sowjetunion importiert werden müssen. Die Folge ist, daß die CSSR auf dem Gebiet der Brennstoffe und der Energie von der Sowjetunion abhängig ist und gleichzeitig noch die Monopolpreise zahlen muß, die die Sowjetunion verlangt. Die offiziellen sowjetischen Statistiken weisen eine Steigerung der Einfuhr von Erdöl und Erdölprodukten in die CSSR von 2,7 Mio. t 1960 auf 15,9 Mio. t 1975 aus, eine Steigerung also von fast 590%. Die ökonomische Konzentration der CSSR und ihre strategische Lage erklären deutlich, warum die Sozialimperialisten mit dem Einmarsch ihrer Panzer reagierten, als die revisionistische Dubcek-Regierung 1968 kleine Schritte unternahm, sich von der Sowjetunion abzusetzen. – (Z-Red)

Maßnahmen der indischen Regierung gegen die imperialistische Ausbeutung



Quellen: IMF-Survey 5. September 1977, Jahresbericht 1975/76 Ostasiatischer Verein; Verschuldung Ende 1975, Export Rechnungsjahr 1974/75

Die indische Regierung hat die beiden US-Konzerne Coca-Cola und IBM aus dem Lande gewiesen. Der indische Industrieminister erklärte, für Coca-Cola sei Indien ein Profitparadies gewesen, und es gebe wichtigere Bereiche, in die investiert werden muß; IBM habe mit völlig veraltetem technischem Stand produziert. Indien verlange aber hochentwickelte Technik. Ein anderer Minister erklärte, rund 90% der ausländischen Konzerne in Indien seien „für Indien unnötig", ihre Aktivitäten sollten bis auf wenige Ausnahmen eingeschränkt werden. 100 ausländische Konzerne wurden aufgefordert, innerhalb von zwei Monaten 60% ihrer Anteile abzugeben. Diese Schritte richten sich gegen die imperialistische Ausbeutung dieses zweitgrößten Landes der Erde, dem die Imperialisten einen der höchsten Schuldenberge aufgepreßt haben und das sie durch Warenhandel, Zinszahlungen und Kapitalexport ausnehmen. Solche Maßnahmen sind Ergebnisse der engeren Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt untereinander. So hat Saudi-Arabien ebenfalls in diesen Tagen einen Kredit von 100 Mio. Dollar an Indien gegeben. Dieser Kredit dient nicht der Erpressung, sondern er ist bestimmt für den Bau zweier Wasserkraftwerke, die Indien von Öleinfuhren unabhängiger machen.

Konferenz der amerikanischen Indianer

In Genf trafen in der vergangenen Woche 60 Vertreter der nord- und südamerikanischen Indianerstämme zur „internationalen Konferenz der nicht regierungsgebundenen UNO-Organisationen über die Diskriminierung eingeborener Völker" zusammen. Die Konferenz wurde durch eine Demonstration von rund 100 Abgeordneten der Irokesen (die mit Pässen der „Föderation der sechs irokesischen Nationen" eingereist waren), Sioux, Mohikaner sowie Indianerstämmen aus Mexiko, Guatemala, Surinam, Venezuela, Peru, Nicaragua, Panama, Costa Rica, Paraguay, Bolivien, Chile und Argentinien eröffnet. Auf der Konfernz griffen die Delegierten v.a. die US-Imperialisten heftig an: Unter Verletzung aller Verträge vertreiben sie die Indianer heute aus den Reservaten, in die sie sie im Zuge der Kolonisation Amerikas zusammengepfercht hatten; denn rund 90 % des US-Urans befinden sich auf Indianerland. US-Berggesellschaften haben die Schürfrechte erhalten und beuten das Uran und andere Rohstoffe wie Kupfer und Zinn aus. In einer Reservation in Süddakota wurde Gold im Wert von Milliarden Dollar gefördert, ohne daß die Indianer einen Pfennig erhalten hätten, obwohl ein Vertrag von 1868 ihnen die Hälfte aller in Reservaten geförderten Mineralien zuspricht. Obwohl die Indianerstämme rechtmäßige Eigentümer großer Reichtümer sind, leben sie nach wie vor in großem Elend. Vier Fünftel von ihnen sind arbeitslos, die Mehrzahl leidet an Unterernährung. Finden sie einen Ausbeuter, dann erhalten sie einen Lohn, der im Durchschnitt den dritten Teil des Lohns eines weißen Arbeiters beträgt. Die UN-Konfernz ist ein erneuter Beweis für den wachsenden Kampfwillen der amerikanischen Indianer und Ausdruck ihres Bestrebens, sich gegen den Feind eng zusammenzuschließen. – (Z-Red.)

Westafrikanische Staaten bauen unabhängige Fischereiproduktion auf

Senegal, Gambia, Guinea-Bissao, die Kapverdischen Inseln und Mauretanien haben beschlossen, eine gemeinsame Fischereiproduktion zu entwickeln. Durch Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung wollen sie eigene Fischfangflotten und moderne Fischfabriken an der Küste aufbauen. Die westafrikanische Atlantikküste gilt als die fischreichste Zone der Erde. Sie ist bisher Hauptfanggebiet der Sozialimperialisten und anderer Staaten des RGW. Die russischen Sozialimperialisten haben sich bisher an kein bilaterales Abkommen gehalten, haben sich jeder Kontrolle der Fangmengen entzogen und die Fischbestände durch rücksichtslose „Überfischung" aufs höchste gefährdet. Sie haben sich weiterhin geweigert, wie verschiedene Abkommen mit Senegal, Guinea-Bissao und der Elfenbeinküste festgelegt hatten, als Gegenleistung für Fischereirechte den Aufbau nationaler Fischfabriken zu unterstützen. Die fünf westafrikanischen Staaten wollen jetzt eine 200 Meilen Wirtschaftszone errichten und für ausländische Fischfangflotten nur noch begrenzte Fangquoten auf dem Lizenzwege zuteilen. – (Z-Red.)

Westafrikanische Staaten bauen unabhängige Fischereiproduktion auf

Senegal, Gambia, Guinea-Bissao, die Kapverdischen Inseln und Mauretanien haben beschlossen, eine gemeinsame Fischereiproduktion zu entwickeln. Durch Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung wollen sie eigene Fischfangflotten und moderne Fischfabriken an der Küste aufbauen. Die westafrikanische Atlantikküste gilt als die fischreichste Zone der Erde. Sie ist bisher Hauptfanggebiet der Sozialimperialisten und anderer Staaten des RGW. Die russischen Sozialimperialisten haben sich bisher an kein bilaterales Abkommen gehalten, haben sich jeder Kontrolle der Fangmengen entzogen und die Fischbestände durch rücksichtslose „Überfischung" aufs höchste gefährdet. Sie haben sich weiterhin geweigert, wie verschiedene Abkommen mit Sene-

Fortschritte des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe

Ein Polizeiinspektor des rhodesischen Siedlerregimes gab Mitte September zu, daß der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe im Westen des Landes große Fortschritte macht. Die Patriotische Front habe im Gebiet von Lupane, 100 Meilen von der sambischen Grenze entfernt, Stützpunkte errichtet, von denen aus sie, von den schwarzen Volksmassen unterstützt, ihre Angriffe gegen die Farmen und anderen Stützpunkte der weißen Siedler durchführe. Allein in den letzten Tagen des August hat die Patriotische Front in diesem Teil des Landes zahlreiche erfolgreiche Angriffe durchgeführt. Zwei Schulen mußten geschlossen werden, weil die Schüler sich den Befreiungskämpfern angeschlossen haben; aus dem ganzen Gebiet bis aus dem Matabebeland stoßen täglich neue Kräfte hinzu, um am bewaffneten Befreiungskampf teilzunehmen.

Währenddessen hat das Informationsministerium in Mozambique enthüllt, daß die Truppen des Siedlerregimes massive Angriffe auf Mozambique, Sambia und Botswana vorbereiten. Dies hat ein Agent des Siedlerregimes nach seiner Gefangennahme in Mozambique zugegeben. Zur Verteidigung gegen die Überfälle – seit Dezember 76 waren es 24 – baut Botswana, das vorher praktisch nur über Polizeikräfte verfügte, Verteidigungstruppen auf. Anfang September hat die zweite Gruppe der Streitkräfte ihre Ausbildung abgeschlossen; sie wird vorwiegend an der Grenze zum rhodesischen Siedlerregime eingesetzt. Seit die ersten Einheiten dort eingesetzt sind, konnten eine Reihe von Überfällen zurückgeschlagen werden.

Die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes im südlichen Afrika durch die afrikanischen Völker hält unvermindert an. Im September hat Liberia über 600 000 Dollar an den Fonds des OAU-Befreiungskomitees zur Unterstützung des Kampfes in Zimbabwe, Azania und Namibia gezahlt. – (Z-Red.)

Chronik der Kämpfe

Anfang der 60er Jahre war ein gewaltiger Aufschwung der Klassenkämpfe in der Türkei.

1960/61 streikten die Bergarbeiter trotz Streikverbot, die Arbeiter in den Betrieben der Imperialisten beteiligten sich an dem Streik und stellten Forderungen gegen die Imperialisten im Land auf. Die Bewegung unter der Jugend und den Studenten nahm einen großen Aufschwung.

1968 wurden die ersten Universitäten besetzt und Forderungen gegen die Unterdrückung an den Universitäten erhoben. „Für eine demokratische Universität". Forderungen gegen den Imperialismus, für eine demokratische, unabhängige Türkei waren Kernforderungen. Die studierende Jugend unterstützte die Fabrik- und Landbesetzungen der Arbeiter und Bauern.

1969 demonstrierten Tausende gegen die Anwesenheit der 6. US-Flotte. Die Demonstration wurde von den bewaffneten Formationen des Staatsapparates angegriffen. Zwei Demonstranten wurden getötet und über 400 verletzt.

1970 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das die freie Wahl in den Gewerkschaften verbot. Die Arbeiter und Volksmassen führten dagegen im Juni einen Generalstreik durch. In allen Fabriken und in der ganzen Region Istanbul wurde gestreikt. Massendemonstrationen von über 100000 Arbeitern, die gegen die US-Imperialisten waren und den Rücktritt der Regierung forderten, wurden durchgeführt. Die Bourgeoisie setzte Armee ein.

Die Bourgeoisie versuchte durch die offene Diktatur der klassenkämpferischen Bewegung für eine unabhängige Türkei Herr zu werden. Die Demirel-Regierung war am 12. März durch das Militär zum Rücktritt gezwungen. Das Hauptziel des Militärputsches war die Zerschlagung der revolutionären Bewegung.

1971: Trotz der offenen Diktatur haben die Arbeiter und Bauern nach dem 12. März weiter Streiks für mehr Lohn durchgeführt, Landbesetzungen und Fabrikbesetzungen gemacht. Die Arbeiter der Batteriefabrik Pertrix streikten 140 Tage lang.

Im **Januar 1972** verjagten die Bauern von Turanlar mit Schlagstöcken, Sensen und Sicheln die Agas, die Großgrundbesitzer von ihrem Weideland, nachdem ein Gericht es den Großgrundbesitzern wieder zugesprochen hatte. Das ganze Dorf kämpfte und jagte die Großgrundbesitzer aus dem Dorf.

1976 demonstrierten am 1. Mai 250000 Arbeiter in Istanbul unter den Forderungen der Arbeiterklasse. Die Bewegung der Studenten hat einen neuen Aufschwung genommen und von den drei Zentren der Westküste aus das ganze Land übergegriffen. Unter Forderungen „Für eine demokratische Universität", „Polizei raus aus der Uni", „Rücktritt der Regierung", „Nieder mit Faschismus und Imperialismus" hat sich eine Massenbewegung entwickelt. Der Universitätsbetrieb wurde lahmgelegt, einige Universitäten durch die Studenten besetzt.

1. Mai 1977: 300000 Arbeiter demonstrieren in Istanbul. Der 1. Mai war unter klassenkämpferischen Parolen für die Volksdemokratie und eine unabhängige Türkei von den Revolutionären vorbereitet worden. Vom Dach des Hotels Intercontinental wurde auf die Demonstration geschossen, zwei Revolutionäre getötet. Danach eröffneten Armee und Polizei das Feuer und gingen gegen die Demonstration vor.

In Ankara demonstrierten am 1. Mai 100000 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten.

Am 31. Mai, Montag vor den Wahlen, sind die Arbeiter von 33 Betrieben, insgesamt 33000, in den Streik getreten. Bei Mannesmann (Izmir) wurde über 170 Tage gestreikt. Bei Siemens (Bursa) über vier Monate u.a. für die Forderungen: 20 Türkische Pfund mehr Stundenlohn, Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 45 Stunden. Bei MAN wurde ebenfalls gestreikt. Die Arbeiter haben ihre Forderungen in großen Transparenten an die Zäune und Tore der Fabrik gehängt: „Nicht für Luxus, für unser täglich Brot kämpfen wir!" „Wir werden kämpfen, bis unsere Forderungen erfüllt sind" „Nieder mit der Ausbeutung!"

Der Streik der Arbeiter stieß auf große Sympathie bei den Volksmassen. In Istanbul wurden in manchen Stadtteilen Bazars aufgestellt und Geld zur Unterstützung der streikenden Arbeiter gesammelt.

September 1977: Kampf gegen die Räumung der Häuser der Bewohner in den Armutsvierteln rund um Istanbul. Die Bewohner haben die Räumung mit zähem Widerstand zu verhindern gesucht. Große Demonstrationen. Die Regierung setzte Armee und Polizei ein, die mit Panzern die Häuser niedermachten.

Mitte September: In Ümranye (Anatolien) haben sich die Bewohner ebenfalls gegen die gewaltsame Räumung zur Wehr gesetzt. Drei Stunden lang kämpften 7000 Frauen gemeinsam mit den Männern und Kindern gegen die Polizeitruppen.

Gegen die Pläne der Regierung, einen Lohnstopp durchzusetzen, wird der Kampf vorbereitet. In keiner der Fabriken reißen die Streikaktionen ab, auf dem Land werden Landbesetzungen durchgeführt.

Die Revolutionäre nehmen zunehmend in all diesen Kämpfen die führende Rolle ein. – (Z-Red.)

Das türkische Volk im Kampf gegen imperialistische Freibeuter und Zinswucherer

„Die Türkei ist ein unabhängiger, demokratischer, moderner, friedlicher, klassenloser, glücklicher Staat ... Der Fortschritt der Türkei auf diesem Weg bietet ein Beispiel für alle unterdrückten Völker." (§ 2 des Gesetzes Nr. 107 vom 5.4.1973)

Ein Beispiel der Raubgier der Imperialisten und ihres Fortschritts, über Kreditvergaben und Verschuldung die Türkei in den Bankrott zu treiben, das ist die Wahrheit. Am 16. September berichtet „Blick durch die Wirtschaft", daß der türkische Finanzminister C. Bilgehan, begleitet durch den Leiter der türkischen Zentralbank und den Leiter des türkischen Schatzamtes, in die Vereinigten Staaten reisen wird, um dort in „Verhandlungen über einen größeren Kredit an die Türkei zu beraten. Ferner sollen auch, wie der türkischen Presse mitgeteilt wird, mit amerikanischen Privatbanken Beratungen stattfinden, um auch von ihnen Kredite für den kommenden türkischen Fünfjahresplan zu erhalten." (Blick durch die Wirtschaft, 16.9.77) „Beratung" wird da wenig stattfinden, so viel ist sicher. Die Würgeschlinge werden die US-Imperialisten noch ein Stück enger ziehen.

Das türkische Pfund ist diese Woche mit einer Rate von 5 bis 11 Prozent abgewertet worden. Der Abwertungssatz beträgt durchschnittlich 8,4%. „Eine Delegation des Internationalen Währungsfonds hatte vor kurzem die Türkei besucht und die Regierung zwecks Stärkung der Wirtschaft zu einer Abwertung von 25% aufgefordert. Mit Rücksicht auf die innenpolitische Situation hatte die Regierung in Ankara eine stufenweise Abwertung bevorzugt." (Handelsblatt vom 22.9.1977) Es ist dies das dürre Pressebulletin der Bourgeoisie über die Ausplünderung des Landes und seine Abhängigkeit von den ausländischen Imperialisten.

Es ist die fünfte Abwertung des türkischen Pfundes (1 türkisches Pfund entsprach 1976 16 Pfennig) seit dem 13. Januar 1975. Seit dem 8. Juli 1975 können die türkischen Währungsbehörden nicht mehr gewährleisten, daß die Devisenkurse des türkischen Pfundes gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen innerhalb der bis dahin zu beachtenden Kursgrenzen gehalten werden. Für die Imperialisten ist dies die Grundlage, über weitere Kreditvergaben das Land in noch größere Abhängigkeit zu bringen. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sind zwei Instrumente dieser Wuchertätigkeit. Von 1960 bis 1974 hat die Türkei von der Europäischen Investitionsbank 168,19 Millionen US-Dollar, von der Weltbank 153,97 Millionen US-Dollar und der International Development Association (IDA) – einer Agentur der Weltbank – 101,92 Millionen US-Dollar Kredite erhalten. (Statistisches Bundesamt 1977) Allein die Weltbank hat im Jahr 1975/76 folgende Kredite an die Türkei gegeben:

– 63 Millionen US-Dollar Agrarkredit; der Kredit muß verwandt werden für den Bau eines Wasserstraßenbausystems über das Mittelmeer nach Italien und Jugoslawien. 18400 Bauern sollen „kontrollierte Investitionen und kurzfristige Kredite" erhalten. Das Gesamtvolumen des Projekts beträgt 172,8 Millionen US-Dollar.

– 21,5 Millionen US-Dollar Agrarkredit für Viehzucht; 5jähriges Kreditprogramm zur technischen Hilfe der Viehzuchtabteilung.

– 56 Millionen US-Dollar für die Finanzierung von Überlandleitungen für Elektroenergie und zum Bau von Zweigwerken. Geplante Gesamtkosten von 185 Millionen US-Dollar.

– 70 Millionen US-Dollar: Die Waldbestände sollen erschlossen werden. Anlagen für die Herstellung von Zeitungspapier und integrierte Sägewerke sieht das Projekt vor. (Weltbankbericht 1976)

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die US-Imperialisten, gestützt auf die nationale Kompradorenbourgeoisie den Bankrott der Türkei betrieben. Mit den Mitteln des „Marshall-Plans", der von vornherein ein imperialistischer Raubplan war, haben die US-Imperialisten unter der Fahne der „humanitären Hilfe" die Türkei in die Schuldknechtschaft genommen. Nach dem Weltbankbericht zählt die Türkei zu den 10 Ländern, die am meisten verschuldet sind (neben Brasilien, Mexiko, Indonesien, Südkorea, Argentinien, Taiwan, Peru, Philippinen). Ende 1976 betrug die Auslandsschuld nach eigenen Angaben 7 Milliarden US-Dollar. Damals waren allein 798 Millionen Dollar an Zinszahlungen im Jahr zu leisten. 1976 reichten die Währungsreserven nur noch zur Deckung von 2 Monatseinfuhren. (Quelle: Börsen- und Wirtschaftsbuch 1977, S. 274) Nach Angaben der türkischen Zentralbank vom Juni 1977 ist sie mit Zahlungen vom Juni 1977 ist sie mit Zahlungen von rund 1,3 Milliarden Dollar im Rückstand.

Den Aufbau einer eigenen nationalen Industrie haben die US-Imperialisten unterdrückt. Die Hauptmethode der Profitmacherei nach dem Zweiten Weltkrieg war die Installation ganzer Werke und Bereitstellung fertiger Maschinenparks in der Türkei. So wurde der Import von ganzen Montagehallen von 1957: 2923 auf 1960: 4921 gesteigert, die von fertigen Maschinen bzw. Einrichtungen von 1957: 903 auf 1960: 7620. (Quelle: Foreign Trade Regimes and Economic Development: Turkey, S. 111) Mit diesen Montagehallen entsandten die US-Imperialisten zugleich ein Heer von Technikern und Beratern. Das Land war vollständig abhängig in der Produktion von der Lieferung von Ersatzteilen für die Maschinen oder Einzelteilen zur Fertigstellung der zu produzierenden Waren. Von den 100 größten Monopolisten in der Türkei waren 1975 ca. 75% in der Hand der ausländischen Imperialisten.

Um den Bau von Straßen und Kraftwerken zu finanzieren, müssen der Finanzminister, der Schatzminister und der Chefbankier der Türkei die Vasallenreise in die USA unternehmen, um die Bedingungen der weiteren Ausbeutung und Ausplünderung der türkischen Volksmassen auszuhandeln. Schmidt eilt ganz in Kaiser Wilhelms Spuren in die Türkei und erneuert die „traditionelle Freundschaft" der Waffengeschäfte und Ausplünderung.

Die BRD-Imperialisten haben bis 1975 2,738 Milliarden DM in die Türkei an Kredithilfen investiert. (Länderkurzbericht 1977) „Seit der Zusammenarbeit der Türkei mit den EG-Ländern (1963–1976) erreichte der Gesamtimport einen Betrag von 125178 Millionen, die türkische Ausfuhr 5,3428 Millionen, so daß sich ein Fehlbetrag von 6,175 Millionen Dollar ergibt." (Blick durch die Wirtschaft, 6.7.77) Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren zunehmend mit eingegriffen. Sie sind hungrige Wölfe, die teilhaben wollen an der Ausplünderung der Rohstoffe. Seit 1967 haben sie Kreditsummen in Höhe von 1054,45 Millionen Dollar in die Ausbeutung der Rohstoffe, insbesondere des Aluminiums, und für Raffinerien gegeben, wie z.B. die Aluminiumfabrik Seydisehir oder die Ahaga-Raffinerie Izmir.

Die ausländischen Imperialisten haben den türkischen Staatsapparat in der Hand. Er garantiert ihnen Extraprofite. So sehen die Pläne für den neuen Fünfjahresplan 1977 bis 1982 vor, daß die ausländischen Monopolisten von jeglicher Steuer und allen Zöllen freizustellen sind, wenn sie Werke und Fabriken in der Türkei bauen. Die Lizenzen für den Bau von Fabriken werden großzügig ausgeteilt, den Monopolisten wird gestattet, weder Steuer noch sonstige Abgaben zu zahlen, bis die volle Investitionssumme erreicht ist. (Turkey survey, S. 21)

Die Türkei ist reich an natürlichen Bodenschätzen. Chrom, Eisen, Kupfer, Mangan, Zink sind vorhanden. Reiche Ölvorkommen werden vermutet. Daß es ein fruchtbares Land ist, zeigt die Baumwollproduktion und die diesjährige Weizenernte. Es wird mit einem Weizenertrag von 18 Millionen Tonnen gerechnet. (Blick durch die Wirtschaft, 17.9.77) Unter der Herrschaft der Imperialisten heißt das Fäulnis, Verrottung und Vernichtung der Reichtümer. Während die Massen in der Türkei hungern, werden Millionen Tonnen dieses Weizens vernichtet werden. „Da es an Unterbringungsmöglichkeiten fehlt, müssen gewaltige Weizenmengen unter freiem Himmel einfach mit Säcken oder Nylonplanen bedeckt gelagert werden."

Die Imperialisten aller Länder nehmen zu diesen Reichtümern den Standpunkt ein, daß er ihre ist. Den Schuldner über Kredite zu Zinseszins zahlungsunfähig gemacht und über neue Kredite zur Zahlung der Zinsen in den Bankrott getrieben, stellen sie sich auf den Standpunkt des Gläubigers, der die Zwangsversteigerung betreibt und nunmehr den vormaligen Eigentümer legitim vom Hof weist oder ihn versklavt. Und sowieso: Gehört erst die Türkei ihnen, so verbessert sich von diesem Stützpunkt aus auch die Möglichkeit der Unterwerfung der anderen Völker des Nahen Ostens. Heran an die dortigen Ölquellen und Rohstoffe, an die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern in diesen Ländern, das sind ihre Ziele. Deshalb bereiten sich alle Imperialisten zur Verteidigung ihres „Eigentums" auf die kriegerische Auseinandersetzung vor. Alle haben sie ihre Flotten dort im Mittelmeer zu diesem Zweck kreuzen. Die türkische Kompradorenbourgeoisie holt die Zinsen für die Schulden aus der verschärften Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und Volksmassen.

So stiegen die Steuern auf die Löhne um das Vierfache, seit 1972 von 11,29 Milliarden Türkischen Pfund auf 55,40 Milliarden im Jahr 1976. Die indirekte Steuerlast wuchs um das Zehnfache von 6,74 Milliarden Türkischen Pfund auf 65,05 Milliarden Türkische Pfund.

Die Lebenshaltungskosten der Massen werden immer drückender. Die Regierung hat jetzt die Preise sämtlicher Waren und Dienstleistungen um 100% erhöht. Dies, nachdem die Preissteigerungen des letzten Jahres 30% betrugen. Dies betrifft nicht nur sämtliche Lebensmittel, sondern auch Mieten für Wohnungen usw. Für Fleisch auf den Mittagstisch muß ein türkischer Arbeiter zwei Tage arbeiten. Die Wohnungsmiete kostet die Hälfte seines Lohnes. Gleichzeitig hat die Regierung einen Lohnstopp angekündigt, den sie durchsetzen will. Die Maßnahmen der Kompradorenbourgeoisie werden weitere Tausende von kleinen Bauern vernichten und Millionen weiter ins Elend hinabstoßen. Die türkische Bourgeoisie kann diese Maßnahmen nicht widerstandslos durchführen. Wenn es im „Handelsblatt" vom 22. September heißt: „... mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage", so ist dies nichts anderes als die Schärfe der Klassenkampfsituation.

Die Kämpfe der Massen verbreitern und vertiefen sich täglich. Haben die westeuropäischen Imperialisten, insbesondere die westdeutschen, darauf gesetzt, die Kämpfe der Massen, die seit 1976 einen neuen Aufschwung genommen haben, durch ihre Lumpenjournalisten und Harvardgänger Ecevit zu fesseln und niederzuhalten, so müssen die Imperialisten heute feststellen, daß ihnen das nicht gelungen ist. Das Bewußtsein der Massen wächst, täglich finden Fabrikbesetzungen und Landbesetzungen statt. Die Jugend an der Hochschule führt große Demonstrationen gegen die Imperialisten durch. Die Vertreibung der Imperialisten – raus aus allen imperialistischen Bündnissen wie der NATO usw., die Errichtung der Volksdemokratie sind die Forderungen, die dieses Jahr auf den großen Demonstrationen erhoben wurden wie am 1. Mai in Istanbul und Ankara.

In den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen wächst der revolutionäre Zusammenschluß der türkischen Volksmassen. In diesen Kämpfen wird die marxistisch-leninistische Partei aufgebaut, die die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern befähigt, die Imperialisten zu vertreiben, die Herrschaft der Grundbesitzer und Kompradorenbourgeois zu stürzen und die Neue Demokratie des Volkes zu errichten. – (Z-Red.)



Demonstration während des Generalstreiks im Juni 1970



Landbesetzung. Die Grundherren werden vertrieben. Am Ende des Kampfes haben die Bauern die Erde besetzt und sie unter sich verteilt.



September 1977. Die Bewohner von Ümraniye kämpfen gegen den Abriß ihrer Wohnungen.

Renner für den Profit durch Senkung des Gebrauchswertes

47. Internationale Automobilausstellung

Mit dem bisher größten Besucherandrang ist die Internationale Automobilausstellung zu Ende gegangen. „Tatsächlich ist das Auto des Deutschen liebstes Kind. Trotz unsicherer wirtschaftlicher Zukunft, bedrohter Arbeitsplätze und geringerem Realeinkommen; die Deutschen kaufen in diesem Jahr so viele Autos wie nie zuvor." (Deutsche Zeitung, 16.9.)

Ohne Zweifel machen die Automobilkonzerne Rekordprofite. Ohne Zweifel ist das Realeinkommen der Arbeiterklasse gefallen. Im Gegensatz zur Bourgeoisie kaufen die Volksmassen sich Autos, weil sie diesen Gebrauchswert zum täglichen Leben benötigen. Der Nahverkehr durch öffentlichen Linienverkehr ist teuer, umständlich und mit Verschwendung von viel Zeit zu bewältigen. So ist in der Zeit von 1974 bis 1975 der Buslinienverkehr von 756427 (1974) auf 606353 (1975) Kilometer bis auf 601050 (1976) Kilometer zusammengestrichen worden. Die Einzugsgebiete der großen Fabriken sind z.B. bei Opel 100 Kilometer weit, die ohne Auto gar nicht bewältigt werden können. Um morgens mit dem Bus zur Arbeit zu fahren, kann man oft eine Stunde früher aufstehen als bei einer Fahrt mit dem Auto.

Billiger einkaufen kann man im Großmarkt. Ohne eigenes Auto ist dies kaum möglich und wirkt sich erhöhend auf die Kosten für das Essen aus. Auf der Grundlage der Arbeitslosigkeit sind die Arbeiter gezwungen, weit entfernte neue Arbeitsplätze anzutreten. Um die Zeit der Überbrückung von Schichtschluß in die jetzt oft weiter entfernte Wohnung gering zu halten, ist ein schneller Wagen nötig, der nicht viel Benzin frißt und keine Unsummen kostet. Mobil zu sein ist nur möglich mit einem eigenen Wagen. Dem entsprechen die schnellen, hochgezüchteten Kleinwagen.

Das Auto ist kein Zeichen für hohen Lebensstandard oder Luxus, es ist ein alltäglicher Gebrauchswert. Daß dieser Gebrauchswert eine solche Bedeutung in Westdeutschland erlangt hat, schafft für die Bourgeoisie die Möglichkeit von irrsinnigen Profiten trotz gesunkenem Realeinkommen der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Die Anschaffung eines Autos kostet viel Geld. Sinkt der Lohn, steht in vielen Arbeiterhaushalten die Frage, den verschlissenen Wagen lieber noch ein Jahr zu fahren und mit der Anschaffung eines neuen etwas zu warten. Das haben sich viele in diesem Land 1973/74 überlegt.

Das kommt auch in der Steigerung des Gebrauchtwagenverkaufs von 3,299 Millionen (1974) auf 4,030 Millionen (1975) zum Ausdruck.

Direkte Folge ist eine Zunahme der Unfälle. Die alten Autos sind verschlissen und neue Reparaturen lohnen sich nicht, weil der Wagen eh verkauft werden soll.

Zunahme der Unfälle
mit Sachschäden
1974: 348515
1975: 396615
1976: 501312

Sprunghaft ist dadurch der Kauf von Neuwagen gestiegen, weil die alten nicht mehr benutzt werden konnten oder durch den TÜV zwangsweise aus dem Verkehr gezogen worden sind. Auch letztere Methode hat viel dazu beigetragen, den Neukauf von Autos zu befördern.

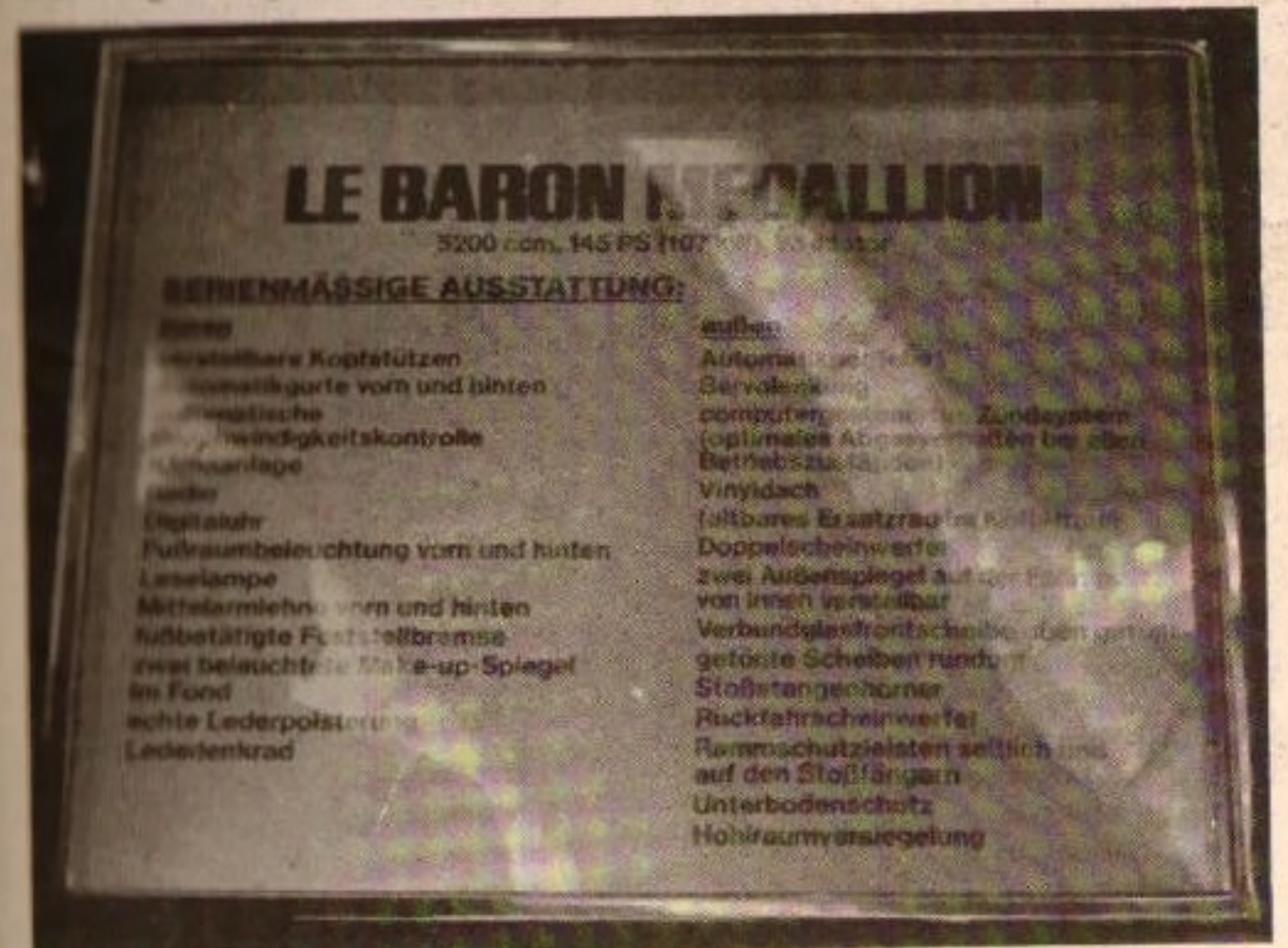
Es ist die Natur der Sache, daß, wenn der Gebrauchswert verschlissen ist oder durch Prüfungsmonopol des TÜV nicht mehr zugelassen wird, ein Ersatz dafür benötigt wird. In einem Land, in dem die verrotteten Zustände des Nahverkehrs, die Konzentration der Fabriken in wenigen Zentren, die Arbeitslosigkeit zur Mobilität zwingen, ist der Besitz eines Autos unabdingbare Voraussetzung.

Voraussetzung.

Hier setzt auch die Bourgeoisie an. Das Auto wird gebraucht; also muß es gekauft werden. Wird das Auto billiger gebaut, ist zwar sein Gebrauchswert schneller verschlissen und kann der Preis durch Monopolstellung gehalten werden, steigt der Profit in neue Höhen. Das genau ist der Fall. Nicht bei den Luxuskarossen der Bourgeoisie, die neben der Verbesserung der Qualität in der Ausstattung der Lebensweise der Bourgeoisie entsprechen. Der „Golf" von VW ist einer dieser Renner für den Profit, der jedes Jahr teurer wird, während in gleicher Zeit die Verschleißkonstruktion des Autos zugenommen hat, um Extraprofite zu kassieren.

1977 werden 4,1 Millionen PKWs von den Arbeitern in der BRD produziert werden. Diese bisher höchste Produktionszahl wird so schnell nicht mehr erreicht werden, darüber sind sich die Kapitalisten einig. Obwohl es keineswegs so ist, daß es unter den Volksmassen entsprechend den Zwängen des Verkehrs und Transports usw. etwa ausreichend Autos gäbe. Es ist das fehlende Geld in Händen der Arbeiterklasse, welches dazu führt, daß die verschiedenartigen Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, daß Teile der Arbeiterklasse direkt Mangel leiden.

Mit dem bisher größten Besucherandrang ...



Große Teile der Arbeiterklasse sind in Westdeutschland mit der Produktion von Lastkraftwagen und Pkws befaßt. Das Interesse für diese Produkte ist groß, zumal Pkws einer der wesentlichsten Gebrauchswerte für die Arbeiterklasse sind. Weniger der Lack oder die verschnörkelten Modelle, die manchem Bourgeoisie-Leibkonstrukteur entspringen, finden das Interesse, sondern die Technik wird begutachtet. Bewundernswert ist nicht, wie der Sitz dieses Autos ausschaut, das in der Mitte aufgetrennt und auseinandergeklappt wird, sondern die technische Perfektion der Vorführung.

Mit dem Sicherheit wird die Bourgeoisie nichts unversucht lassen und den Absatz ankurbeln. Institutionen wie der TÜV mit seinem Zulassungsmonopol werden tätig werden. Mit Sicherheit wird die Konstruktion der neuen Wagenreihen gleich noch eine Stufe tiefer den Schrott ansetzen, um den schnellen Verschleiß des Gebrauchswertes Auto durchzusetzen. – (Z-Red.)



Ideologisch versuchte die Bourgeoisie auf der IAA die Profitexplosion der Automobilkonzerne zu verschleiern. Die oben stehende Rechnung ist eines ihrer Prunkstücke. Man braucht die Lüge dieser Darstellung erst gar nicht durch die Geschäftsberichte nachrechnen, die Frechheit glaubt keiner. Angenommen, der Käufer handelt beim Kauf des Autos 300 DM runter, was durchaus möglich ist, dann wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Automobilkonzerne pleite gingen.



Massenhaft wurden Schulklassen auf die IAA gefahren. Die zukünftigen Käuferschichten sollen mit den glänzenden Profitrennern vertraut gemacht werden. Großteile der Schüler nahmen die Gelegenheit wahr, sich der Unterdrückung durch die Schulaufsicht zu entziehen, was öfters zu hören war in aufgeregten Durchsagen an ganze Schulklassen, sich endlich bei den Lehrern zu melden.

Durchsagen an ganze Schulklassen, sich endlich bei den Lehrern zu melden.

Automobilkonstruktion bei VW

Mit dem „Golf" haben die Kapitalisten neue Horizonte des Höchstprofits anvisiert. Der Golf hat den „Käfer"

anvisiert. Der Golf hat den „Käfer"

abgelöst. Ist beim Käfer schon an allen Ecken eingespart worden, ist der Golf als Billigbauweise erschienen. Die Blechstärke, beim Käfer 0,88 mm, ist beim Golf auf 0,66 mm verringert worden. Der Golf ist dadurch um 80 Kilo leichter und darf nur noch mit 1200 Kilo zulässigem Gesamtgewicht beladen werden, weil man für die Fahrweise nichts garantieren kann. Die geringe Blechstärke fördert die Beulenanfälligkeit. In die Betriebsanleitung ist die Anweisung aufgenommen, die Haube nur durch Fallenlassen aus 30 cm Höhe zu schließen. Sonst entstehen Beulen in der Gegend, wo der Verschluß liegt. Ebenfalls, aber nach innen, wenn die Haube aus weniger als 30 cm mit der Handfläche zugedrückt wird.

Die Golf-Stoßstange, Zierleiste genannt, ist in der Blechstärke von 1,5 (Käfer) auf 0,88 mm reduziert worden. Wurde die Stoßstange beim Käfer gezogen und ist durch Rundungen stabiler geworden, wird sie heute nur noch abgekantet, so daß sie per Hand ohne weiteres zusammengedrückt werden kann. Ihr großer Vorteil für die Reparaturwerkstätten liegt darin, daß sie sich beim Aufprall gleich in die Karosserie reindrückt. Im Innenraum ist der Golf auf den ersten Blick gut ausstaffiert. Aber die vielen Plastikteile brechen schnell. Neue Methoden des Betrugs sind die Farbausstattungen. Alle hellen Farben gelten als Signalfarben und müssen mit 88 DM Aufpreis bezahlt werden. Vor Schmückers Antritt mußten nur Sonderlackierungen und schwarz extra bezahlt werden.

Bei den alten VW-Modellen waren seitliche Ausstellfenster vorhanden. In der ersten Golf-Modellreihe konnten sie noch zum Aufpreis gekauft werden. Jetzt werden sie nicht mehr hergestellt. Begründung: Die Arbeit ist zu langwierig, also zu teuer.

Bleibt man auf der Autobahn liegen und versteht was von kleineren Reparaturen, nützt es beim Golf nicht viel. Reparaturwerkzeug ist nur für den Radwechsel vorgesehen, im Gegensatz zu den alten Modellreihen, wo es vielfältiger war. Reparaturhinweise und Erklärungen sind aus der Bedienungsanleitung gestrichen worden, d.h. wegen jeder Kleinigkeit muß die Werkstatt aufgesucht werden. Der Kauf des Golf GL, der an die 1000 DM teurer ist, ist ein einziger Betrug, denn die GL-Ausführung ist nichts anderes als die ehemalige L-Ausführung. Die heutige L-Ausführung ist verschlechtert worden, bei gleichem Preis natürlich. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)

Eine Woche Bourgeoisie in ZDF (heute)

Montag, 19. September. Guten Abend, meine Damen und Herren, zu Beginn ein Überblick. Im Entführungsfall Schleyer wurde auch am 14. Tag keine neue Entwicklung bekannt.

Bundespräsident Scheel: „Man beleidigt die Würde dieser Demokratie, wenn man ihr faschistische oder faschistoide Züge unterstellt. Als Präsident dieses Staates verwahre ich mich im Namen des deutschen Volkes ganz entschieden gegen solche Unterstellungen. (...) Ich bitte unsere ausländischen Kritiker darum, zu glauben, daß die Deutschen auf solche Anwürfe genauso reagieren wie im umgekehrten Falle unsere westlichen Freunde darauf reagieren würden. (...) Für Kritik sind wir dankbar. Aber man sollte aufhören, unsere demokratische Substanz anzuzweifeln. Unsere Fehler, die ich nicht leugne, sind, soweit ich das beurteilen kann, nicht schwerer erträglich als die unserer Nachbarn."

Dienstag, 20. September. Guten Abend, meine Damen und Herren, das Schicksal von Hanns-Martin Schleyer blieb auch heute ungewiß.

Ministerpräsident Stoltenberg: „Die Bundesregierung hat im Gegensatz zu einigen Parteipolitikern keine Veränderung der gesetzlichen Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern gefordert. Mit dem übereinstimmend gehen wir davon aus, daß sich diese Zusammenarbeit im wesentlichen bewährt hat. (...) Die Verstärkung und die bessere Ausrüstung unserer Polizei wird aufgrund der neueren Entwicklung beschleunigt fortgeführt."

Mittwoch, 21. September. Guten Abend, meine Damen und Herren, in Bonn ist unter Leitung von Bundeskanzler Schmidt wieder der Große Krisenstab zusammengekommen, um über die Lage im Entführungsfall Schleyer zu beraten.

Kardinal Höffner: „Wir haben ein besonderes Wort gerichtet an die Sympathisanten. Ich will es wörtlich vorlesen. (...) Es heißt: ‚Wir wenden uns nachdrücklich an jene Menschen und Gruppen in unserer Bevölkerung, die durch ihre bisherige Unterstützung, in welcher Weise auch immer, das unmenschliche Werk des Terrorismus ermöglicht und das Ergreifen der Täter verhindert haben. Geben Sie bitte ihre direkte oder indirekte Mitwirkung an Verbrechen auf! Begreifen Sie ihre Mitverantwortung an dem furchtbaren Leid einzelner Menschen und ganzer Familien! Erkennen Sie endlich, daß gesellschaftliche Verhältnisse durch Haß, Brutalität und Mord nicht verbessert werden können. Kehren Sie um und verhindern Sie, daß Ihre Schuld noch größer wird.'"

Donnerstag, 22. September. Guten Abend, meine Damen und Herren, vom Entführungsfall Schleyer gibt es auch am 18. Tag keine Meldung.

Richard von Weizsäcker: „Gegenwärtig spüren wir besonders, daß unser demokratischer Staat ohne ein ausreichendes Maß an Übereinstimmung in den Grundlagen gar nicht mehr handlungsfähig wäre. Um so mehr hängt davon ab, wie die Parteien die Auseinandersetzung um die Grundwerte führen. Ziel muß es sein, nicht die Grundwerte an eine Partei, sondern die Parteien an Grundwerte zu binden."

Freitag, 23. September. Strauß (CDU-Parteitag): „Wir haben in den letzten Tagen mancherlei Beschwörungen gehört, daß jetzt der Pakt der Demokraten nicht gestört werden dürfe, daß jetzt die Solidarität der Demokraten nicht durchbrochen werden dürfe, daß jetzt die Gemeinsamkeit der staatspolitischen Verantwortung obwalten müsse. Wir bekennen uns zu all dem. Zur Solidarität, zum Pakt der Demokraten und zur gemeinsamen Verantwortung. Aber, wir sagen auch sehr deutlich, daß gerade der Schatten, der über diesem Parteitag liegt, die Ungewißheit unseres Wartens, Bangens und Hoffens um ein Menschenleben es gebietet, dem Rechtsstaat nicht nur durch Parolen klingenden Ausdruck zu verschaffen, sondern dem Rechtsstaat die Waffen zu geben, mit denen er Freiheit, Ordnung und Gerechtigkeit für die Bürger und ihre Menschenwürde durchsetzen kann."

Kohl (CDU-Parteitag): „Wir müssen diesen Staat wieder dazu bringen, daß er seine friedensstiftende Qualität jedem Bürger gegenüber garantieren kann. Das ist ein Stück Bundesrepublik, wie wir sie wollen."

Innenminister Hirsch (Nordrhein-Westfalen) einen Tag vor der Großkundgebung gegen das Atomkraftwerk Kalkar: „Ich kann und muß an die Bürger appellieren, sich von solchen Formen der Gewaltanwendung eindeutig zu distanzieren, und das kann der Bürger am besten, in seinem eigenen Interesse am besten dadurch tun, daß er an der Demonstration nicht teilnimmt. (...) Es ist unsere Aufgabe, Landfriedensbruch zu verhindern. Das schließt den Schutz von Leben und Eigentum der Bürger ein."

Samstag, 24. September. Strauß: „... und daß in Deutschland linke Politik als Reformpolitik ausgegeben werden konnte, während sie in Wirklichkeit zum großen Teil reaktionäre Politik war. (...) Und eine Liberalität, die sich vom christlichen Traditionsbewußtsein, von den Grundwerten des christlichen Sittengesetzes trennt, ist nicht mehr liberal. Die echten Liberalen unserer Zeit sind wir."

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing

Eigentlich ist Bundespräsident Scheel der Schrittmacher und Top Hit Star. Außer ihm hat es bisher keiner der „westdeutschen Volksliedersänger" geschafft, mehrere Wochen den Platz eins der „Deutschen Hitparade" zu belegen. Gleich nach Scheel in der Propagierung „deutscher Kultur" mit „Hoch auf dem gelben Wagen" kommt die DKP:

„Doch heute ist auf dem Marktplatz viel mehr los als sonst. Schon von weitem hört man die Klänge alter deutscher Volkslieder. Und als wir sehen, daß viele, die dort auf dem Platz stehen, bei den Liedern der Volksliedergruppe ‚Liederjan' mitsingen, waren wir zunächst ziemlich überrascht." Sehr angenehm waren die Funktionäre der DKP sogar überrascht, die die Volkssingebewegung nach Kräften fördert und deren Organisation eine Reihe der „Volkssänger" angehören: „Sie singen Volkslieder, Lieder, die sich gegen die Obrigkeit und Unterdrückung richten; in denen ihre Wünsche zum Ausdruck gebracht werden, und es sind auch Lieder, die von Liebe, Freude und Tanz berichten." (Elan, August 1977) Vom Leben des Volkes: „Ick heff mol en Hamburger Veermaster sehn", oder von seinen Problemen: „Wer von dem Brünnlein trinket, wird jung und nimmer alt", obwohl – es ist ziemlich unwahrscheinlich, daß jemand angesichts des Kostendämpfungsgesetzes auf den Gedanken käme, den Jungbrunnen im Schneegebirge zu suchen, anstatt das Problem durch Kampf zu lösen.

Wir wollen, sagt die „deutsche" Volksliedergruppe „Liederjan" über ihre Absichten, „daß die Leute, die uns zuhören, auch nachdenken, was im eigenen Land so vor sich geht. Wir wollen auf verschiedene Konflikte hinweisen, die man täglich im Konsumgeschäft leicht aus den Augen verliert." Natürlich, während die Massen der Völlerei frönen, sich die Bäuche mit Schinken, Wacholderschnaps und Rinderlendchen vollschlagen und konsumieren, was das Zeug hält, sollen sie „auch mal nachdenken", als Anregung dazu vielleicht der Hinweis, daß „die Gedanken frei sind".

„Wenn ich nun Volkslieder singe", so Hannes Wader, „dann ist es unter anderem ein Programm, einem Heino nicht das brachliegende Potential an Liedern zu überlassen, das in dem Augenblick, wo es die Heinos verramscht haben, für mich oder für andere nicht mehr singbar ist." Vor allem nicht mehr versilberbar.

Der Kurs der westdeutschen Finanzbourgeoisie ist Expansion, und sie bereitet sich auf kriegerische Abenteuer vor. Ob Heino oder Hannes Wader „Wenn die bunten Fahnen wehen, geht die Fahrt wohl übers Meer" propagieren, es dient dem gleichen Herrn, Förderer und Aushalter: für die westdeutsche Bourgeoisie hat dieses Lied an Aktualität gewonnen, nachdem sie sich jetzt mit Flotteneinheiten wieder im Mittelmeer und vor Finnland herumtreibt und die Fregatten des Fregattenbauprogramms im Bau begriffen sind. Deshalb fördern sie die Verbreitung dieser „deutschen Kultur".

Hannes Wader, Knut Kiesewetter und Fiede Kay haben in Zusamenarbeit eine Reihe von Platten mit deutschen Volksliedern, meist in Mundarten wie plattdeutsch oder friesisch, herausgebracht. Es werden Lieder verbreitet als deutsche Tradition, mit denen zum Beispiel Lale Andersen ihre Glanzzeiten schon im Nationalsozialismus erleben durfte: „Dat du men Leefsten büst, dat du wohl weeßt, kum bi de Nacht, seech wo du heeßt", oder „Ick wüll wi wör noch jung Jehann". Es werden auch weniger populäre, und das rechnen sich diese Liedermacher besonders an.

Verbreitung von Nationalbewußtsein ist der Zweck der Wiederauflebungsversuche des deutschen Volksliedes. Darüber täuscht auch nicht hinweg, daß Wader zumindest eine Platte herausgebracht hat, auf der er Lieder aus den Bauernkriegen und der bürgerlichen Revolution singt. Weiter, zu Liedern der Arbeiterbewegung traut er sich aber auch schon nicht mehr zu gehen und war zum größten Teil auch recht vorsichtig bei der Auswahl der Lieder. Nationalismus ist zwangsläufig das Ergebnis der „Kulturpflege" dieser Liedermacher, weil sie vom Klassenkampf abgehoben wird und diese Herren im Gegehsatz zur Arbeiterklasse und den Volksmassen Kultur sozusagen berufsmäßig pflegen und nicht im Klassenkampf entwikkeln. Da sie davon leben wollen, verbreiten sie die herrschenden Tonlagen: Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.

„Und als Hannes Wader und Perry Friedmann das Lied von dem Mädchen singen, ‚das meine werden muß', ein gutes altes deutsches Volkslied, singt das Publikum mit. Sicherlich nicht alle, aber die meisten ..." Wie die DKP ist die Bourgeoisie insgesamt hocherfreut über diese „Kulturentwicklung" und schreibt im „Stern" bereits vor zwei Monaten:

„Was sich in diesem Sommer auf deutschen Wiesen, Dorfplätzen und Burghöfen tut, gleicht den Festivals der Love und Peace Generation in den sechziger Jahren. Doch Folk 77 ist Pop auf Drehleier und Klampfe ... Niemand rauft. Die Szenerie ist friedfertig wie all diese Folk-Festivals, die ein bißchen an Woodstock erinnern und doch ganz anders sind. Anders als 1969 beim Massenaufmarsch der Love und Peace Generation in dem nordamerikanischen Rock-Mekka sind die Wochenenden der Folklore-Freunde keine Demonstrationen einer Gegenkultur, keine musikalische Provokation. Während vor acht Jahren in Woodstock noch elektronische Orgeln heulten und der schwarze Pop-Gott Jimi Hendrix mit elektronischen Rückkoppel-Orgien seiner Gitarre die Nationalhymne Amerikas akustisch zerfetzte, schreiten die Folk-Fans heute sittsam im Gewande der Altvorderen über den Pfarrhof von Ingelheim."

Die Gruppe „Liederjan" ist mit dem „Stern" einer Meinung, denn „immer mehr Jugendliche wollen neben dem harten Rock und Disco Sound auch Lieder hören, die nicht so elektronisch geladen sind". Die Absichten sind klar. Die von Jimi Hendrix „elektronisch zerfetzte" US-Nationalhymne war unter den Jugendlichen deshalb so beliebt, weil die Jugendlichen den Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützten, das die US-Imperialisten mit Krieg überzogen hatten und die „Zerfetzung" die US-Imperialisten ideologisch schwächte. Weniger „geladen" soll es zugehen und dafür etwas mehr „deutsch".

„Es ist gut, daß hier ohne Bruch möglich ist, ein deutsches Volkslied zu singen", hatte Hannes Wader erfreut nach einem Auftritt festgestellt.

Die Ideologie der Bourgeoisie sollen sich die Massen bruchlos zu eigen machen, in die imperialistischen Feldzüge gehen mit „Aus grauer Städte Mauern ziehn wir hinaus aufs Feld" oder, nach Afrika geschifft, singen: „Wie oft sind wir geschritten auf schmalem Negerpfad, heia Safari", dort im Auftrag der Bourgeoisie und im Namen Gottes die Völker unterdrücken: „Gott liebt diese Welt und wir sind sein eigen, wohin er uns stellt, sollen wir es zeigen", in die Seeschlachten ziehen mit: „Oh Bootsmann, Bootsmann, sag uns doch, wann geht die Reise los?". Für die Jugendlichen, die der bürgerliche Staat und die Kapitalistenklasse in den Arbeitsdienst zwingen wollen, wird „Wer nur den lieben langen Tag ohne Plag, ohne Arbeit vertändelt, wer das mag, der gehört nicht zu uns" neu aufbereitet. Chauvinismus findet seine Gestalt in der Verbreitung von „Wir hassen das Leben nach Zwergenart ... wir ziehen hinaus zu fröhlicher Fahrt ..." Als Krönung des Ganzen: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt ..."

Daß die Lieder deutsch sind, bestreitet keiner, daß sie bourgeoise Tradition haben, auch nicht, daß sie jedoch die Kultur der Arbeiter, Bauern und Volksmassen sind, schon. – (Z-Red.)



Bauern greifen Kloster an

„Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition. Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolution anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierten Nation die großartigsten Resultate erzeugt hätte, wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschaudern." (Friedrich Engels, Der Deutsche Bauernkrieg)

Was Hände gebaut, können Hände zerbrechen

Es ist ein neuer Anschlag geschehn
zu Gottorp auf dem Schlosse,
Das hat Herr Klaus von Ahlefelde getan,
seinen edlen Herren zunutze.

Er ließ wohl bauen ein festes Schloß
unserm schönen Lande zur Schande.
Da sprach sich Rolf Boikensohn,
der beste in unserm Lande:

„Tretet herzu, ihr stolzen Dithmarschen,
unsern Kummer wollen wir rächen.
Was Hände gebauet hab'n,
können Hände auch zerbrechen."
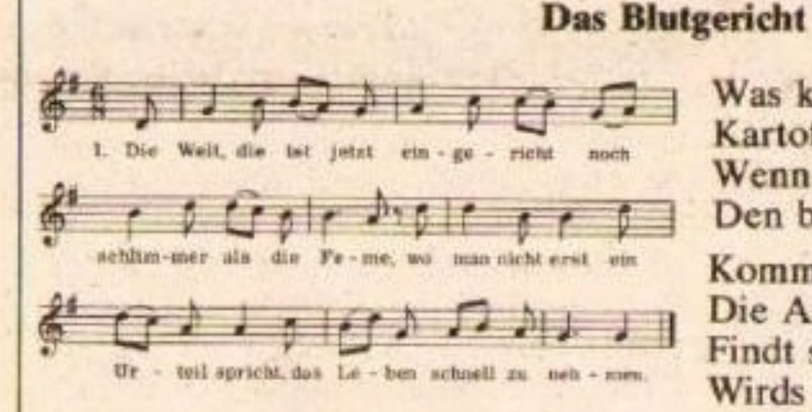
Die Dithmarschen riefen überlaut:
„Das leiden wir nun und nimmermehre,
wir wollen darum wagen Hals und Gut
und wollen das ganz umkehren!

Wir wollen darum wagen Gut und Blut
und wollen dafür alle sterben,
eh' daß der Holsteiner Übermut
so sollte unser schönes Land verderben!"

(Steinitz, Band 1, Berlin)

In Liedern haben die Dithmarscher Bauern ihren Kampf gegen die Feudalherren begleitet und weitergegeben. Anfang des 15. Jahrhunderts baute der Graf von Holstein gemeinsam mit dem Herzog von Schleswig eine Zwingburg bei Delbrügge in Dithmarschen, um von da die Plünderungs- und Brandschatzungszüge gegen die Bauernschaft durchzuführen. Dagegen schlossen sich die Bauern zusammen und zogen in den Kampf. Die erste Schlacht verloren sie und in ihr auch ihren Führer Rolf Boikensohn. Zwei Jahre später, nachdem der Herzog von Schleswig mit seiner Ritterschaft erneut einen Raubzug gegen sie durchgeführt hatte, überfielen sie ihn und erschlugen ihn und seine Gefolgschaft. Die Burg in Delbrügge haben sie dann geschleift.

Das Blutgericht



Die Welt, die ist jetzt eingericht
Noch schlimmer als die Feme,
Wo man nicht erst ein Urteil spricht,
Das Leben schnell zu nehmen.

Hier wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Folterkammer,
Hier werden Seufzer viel gezählt,
Als Zeugen von dem Jammer.

Die Herren Zwanziger die Henker sind,
Die Dierig ihre Schergen.
Davon ein jeder tapfer schindt,
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut
Ihr höllischen Dämone,
Ihr freßt der Armen Hab und Gut,
Und Fluch wird euch zum Lohne.

Ihr seid die Quelle aller Not,
Die hier den Armen drücket,
Ihr seids, die ihm das trockne Brot
Noch von dem Munde rücket.

Was kümmerts euch, ob arme Leut
Kartoffeln satt könn' essen,
Wenn ihr nur könnt zu jeder Zeit
Den besten Braten fressen.

Kommt nun ein armer Weber an,
Die Arbeit wird besehen,
Findt sich ein kleiner Fehler dran,
Wirds ihm gar schlecht ergehen.

Hier hilft kein Betteln und kein Flehn,
Umsonst ist alles Klagen.
„Gefällts euch nicht, so könnt ihr gehen
Am Hungertuche nagen."

Nun denke man sich diese Not
Und Elend dieser Armen.
Zu Hause oft keinen Bissen Brot.
Ist das nicht zum Erbarmen?

Erbarmen, ha! ein schön Gefühl,
Euch Kannibalen fremde,
Ein jedes kennt schon euer Ziel,
S'ist der Armen Haut und Hemde.
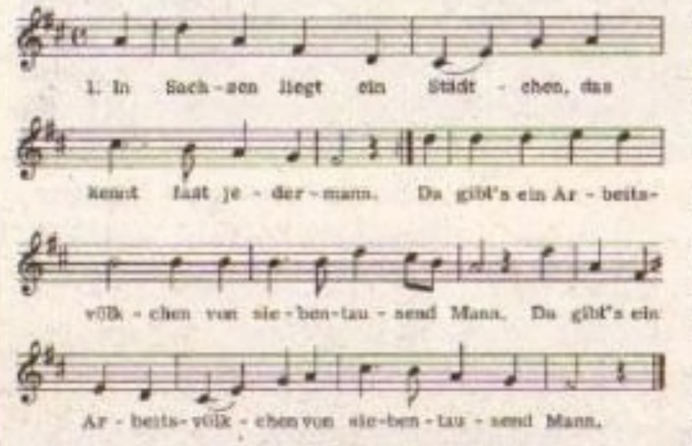
Ich frage, wem ist wohl bekannt,
Wer sah vor zwanzig Jahren
Den übermütigen Fabrikant
In Staatskarossen fahren?

Wer traf da wohl Hauslehrer an
Bei einem Fabrikanten,
In Livreen Kutscher angetan,
Domestiken, Gouvernanten?

Das Lied handelt von den Aufständen der Weber gegen die mörderischen Ausbeutungsverhältnisse und das Hungerelend 1844 in Peterswald. Dierig und Langenbilau sind die Textilkapitalisten. Militär mit Schußwaffen wurde gegen die Aufständischen eingesetzt, viele – darunter Frauen und Kinder – erschossen.

Um den Zehnstundentag muß erst gestritten werden

Im Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages forderten die Textilarbeiter in Sachsen 1903: „Eine Stunde für uns – eine Stunde für unsere Familie – eine Stunde fürs Leben!" – die Anerkennung des Zehnstundentages. Die Kapitalisten lehnten die Forderung der Arbeiter ab und sperrten die Arbeiter aus. 9000 Arbeiter, davon die Hälfte Frauen, traten daraufhin in einen sechsmonatigen Streik.



In Sachsen liegt ein Städtchen,
Das kennt fast jedermann,
Da gibt's ein Arbeitsvölkchen
von siebentausend Mann.

Und dieses kleine Völkchen
Heißt Proletariat,
Fürs Leben mehr ein Stündchen
Fünf Jahre lang es bat.

Umsonst war alles Bitten.
um den Zehnstundentag
Muß werden erst gestritten,
Eh' man's erkennen mag.

Die Herren und die Fakse,
Ihr werdet mich verstehn,
Wolln machen selbst die Taxe,
Wie wir zur Arbeit gehn.

Man will euch nur betören
Mit zwei Mark Prämien noch,
Daß ihr zurück sollt kehren
Bedingungslos ins Joch.

Kollegen, müßt bedenken,
Es wär' der reine Hohn,
Von uns jetzt abzuschwenken
Für diesen Judaslohn.

Nur vorwärts weiter ringen
Im Kampfe mutig fort,
Es wird und muß gelingen,
Dies sei das Losungswort.

Und der, der dies geschrieben,
Steht ausgesperrt mit da,
Mit Sturm hat's ihn getrieben
Zu diesem Liedchen da.

Erschienen auf einem einseitigen Flugblatt 1903 (Steinitz, Band 2, S. 281)

Dat Leed vun dan Atomwarkbau

Das Lied entstand im Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf. Es ist auf die Melodie des in Schleswig-Holstein jedermann bekannten Liedes „Herrn Pastor sin Kauh" gedichtet.

Kennt ji all dat //: neege Leed ://
wat dat ganze Land all weet,
vun dan Atomwarkbau?

Jo, sing man to, sing man to,
vun dan Atomwarkbau, jo, jo
Sing man to, sing man to,
vun dan Atomwarkbau.

De HEW un NWK,
de seggt, bi Brokdörp geit dat ja,
dor wüllt wi dat Ding baun.

De Industrie, de brukt den Strom,
un nix is billiger as Atom,
drum wüllt se dat Ding baun.

De Buern makt se kaputt dormit,
denn se denkt blots an eern Profit
mit eern Atomkraftwark.

Dor slüt de Buern sick tosom:
„In Brokdörp wüllt wie keen Atom
Wi wüllt keen Kraftwarkbau!"

De NWK will us bedregen
mit Blomenpött un scheune Reden
över eern Atomwarkbau.

Dan Börgermeester hebbt se kööpt
den hebbt se'n Kinnergoorn hinset,
nu seggt he ja dorto.

Dat deit us gar nich intresseern,
wi ward us wieger gegen wehrn,
geg'n dan Atomwarkbau.

Un in Oktober inne Nacht,
dor hebbt se sick een Plan utdacht
för eern Atomwarkbau.

Beför dor noch de Morgen graut,
dor hebbt se sick een Festung baut
för eern Atomwarkbau.

De Arbeiters, de sünd ansmeert,
de ward wegrationalisiert,
wenn de dat Ding dor baut.

Un drum kämpft wi nu all tosom
Buer un Prolet tohop nu gahn
geg'n dan Atomwarkbau.

Un een poor Weeken later denn
keem wi mit Döttigdusend* hen
geg'n dan Atomwarkbau.

Dor schitt de Staat sick inne Büx,
geit för't Gericht, dat helbt em nix
bi sin Atomwarkbau.

In'n Februar, dat is man klor,
besett wi'n Platz in Brokdörp dor,
vun dan Atomwarkbau.

Un wenn's dan Staat vun Sockel haut:

Dat AKW, dat ward nich baut,
wi stoppt nu de eern Bau!

Wi holt us sülbens user Recht,
Prolet un Buer un Schipper seggt:
„Verhinnert düssen Bau!"

Jo, sing man to,
dat AKW, dat ward nicht baut!

* Döttigdusend: 30 000

Text: Rotes Sprachrohr Hamburg, Musik: traditionell

Kommunistische Volkszeitung